



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
27. Juni 2019

Protokoll Nr. 30

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 21. Februar 2019,
17.30–22.05 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:

Ratspräsident Daniel Furrer

Präsenz:

Anwesend sind 43–45 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:

Reto Biesser, Roger Sonderegger und Lisa Zanolla für die ganze Sitzung, Michael Zeier-Rast bis 18.10 Uhr, Peter With bis 18.40 Uhr.

Der Stadtrat ist vollzählig erschienen.

Protokoll:

Franz Lienhard

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen des Ratspräsidenten	2
2. Bericht und Antrag 21/2018 vom 19. September 2018: Anpassung der Rechtsgrundlagen von Fonds im Eigenkapital aufgrund der Umstellung auf HRM2 Erlass und Teilrevision von Reglementen	3
3. Bericht und Antrag 31/2018 vom 31. Oktober 2018: Aktionsplan Fussverkehr und Aktionsplan Veloverkehr	4
4. Bericht 36/2018 vom 19. Dezember 2018: LuzernSüd: Vertiefungsgebiete III, IV, V und städtebauliche Richtlinien Mattenplatz	17
5. Motion 160, Adrian Albisser und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion vom 27. November 2017: Unterrichtszeiten der Volksschule evaluieren	23
6. Motion 161, Judith Wyrsh und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 28. November 2017: Tagesschulen für die Stadt Luzern	27

- | | | |
|-----|--|---|
| 7. | Postulat 236, Noëlle Bucher und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion, Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Stefan Sägesser und Judith Wyrtsch namens der GLP-Fraktion vom 20. September 2018:
Mädchenförderung im Sport – auch in der Stadt Luzern! | 41 |
| 8. | Postulat 217, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. Juni 2018:
Luzern braucht ein City-Management | 47 |
| 9. | Interpellation 255, Peter Gmür namens der CVP-Fraktion vom 28. November 2018:
Landerwerb Industriestrasse | 53 |
| 10. | Motion 210, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 23. Mai 2018:
Werterhaltenden Unterhalt der Liegenschaften nicht vernachlässigen | Die Traktanden 10 bis 13 wurden aus zeitlichen Gründen nicht behandelt. |
| 11. | Interpellation 227, Katharina Hubacher, Noëlle Bucher und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 5. September 2018:
Der SGV-Container vor dem KKL | |
| 12. | Postulat 223, Maria Pilotto und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 13. August 2018:
Bildungschancen für alle Luzernerinnen und Luzerner ermöglichen | |
| 13. | Interpellation 225, Andreas Felder namens der CVP-Fraktion vom 17. August 2018:
Aktuelle und zukünftige Einbürgerungspraxis der Stadt Luzern | |

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Daniel Furrer begrüsst die Anwesenden zur 30. Sitzung des Grossen Stadtrates, die zu einer ungewöhnlichen Zeit stattfindet. Er heisst die zahlreichen Besucherinnen und Besucher herzlich willkommen und bedankt sich für ihr Interesse an der Arbeit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Speziell begrüsst er Loredana Gsponer mit ihren Begleiterinnen und Begleitern; sie sind gehörlos und lassen sich die Ratsdebatte von ihrer Dolmetscherin Esther Gries in die Gebärdensprache übersetzen. Der Sprechende freut sich, dass sie heute Abend hier sind, denn es ist wichtig, dass auch Menschen mit einer Behinderung den Zugang zur Politik haben und gleichberechtigt an den demokratischen Prozessen teilhaben können. Weiter begrüsst er einige Mitglieder aus dem Kinderparlament und dem Jugendparlament sowie zwei Lernende des SAH Zentralschweiz, Fekrije Abazi und Nicolas Lewis. Vielleicht legt bei ihnen der heutige Besuch der Ratssitzung den Grundstein für eine spätere politische Karriere.

Die heutige Abendsitzung ist ein Experiment; soviel der Sprechende weiss, fand noch nie eine Sitzung des Grossen Stadtrates am Abend statt. Es war daher sehr schwierig abzuschätzen, wie viele Leute kommen würden. Wie man jetzt sehen kann, sind zahlreiche Besucherinnen und Besucher erschienen. Da die Platzverhältnisse im Ratssaal relativ eng sind, ist von Zeit zu Zeit ein Wechsel nötig: Der Sprechende bittet die Besucherinnen und Besucher, welche einen Platz im Ratssaal haben, nach zirka einer halben Stunde in den Porträtsaal hinüberzuwechseln, wo sie eine Live-Videoübertragung der Sitzung mitverfolgen können. So hat eine weitere Gruppe die Möglichkeit, in den Ratssaal zu kommen und die Debatte hier wiederum zirka eine halbe Stunde mitzuverfolgen, um dann auch wieder für andere Platz zu machen. Auf diese Weise sollten alle, die heute Abend gekommen sind, die Chance erhalten, eine Zeitlang im Ratssaal zu sein. Für die Unruhe, die durch den Wechsel jeweils entsteht, bittet der Sprechende seine Ratskolleginnen und Ratskollegen um Verständnis, und auch dafür, dass der Kameramann, der die Aufnahmen für die Übertragung in den Porträtsaal macht, vielleicht manchmal im Weg steht.

Ein spezieller Dank gilt den Mitarbeitenden der Stadtkanzlei und ganz besonders Brigitte Koller, welche die Organisation des heutigen Abends übernommen hat, zusammen mit den Gastgeberinnen im Rathaus Barbara Brunner und Irene Emmenegger. Die Kommunikationsabteilung der Stadt Luzern hat die Informationsblätter für die Besuchenden ausgearbeitet; auch dafür vielen Dank.

Der Sprechende bittet die Besucherinnen und Besucher, ihre Handys auszuschalten oder auf das öffentliche WLAN umzuschalten, damit es nicht zu Störungen der Anlagen kommt. Das ist heute ja besonders wichtig, damit die Übertragung in den Nebenraum klappt.

Der Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

2 Bericht und Antrag 21/2018 vom 19. September 2018: Anpassung der Rechtsgrundlagen von Fonds im Eigenkapital aufgrund der Umstellung auf HRM2 Erlass und Teilrevision von Reglementen

Ratspräsident Daniel Furrer: Am 29. November 2018 sistierte der Grosse Stadtrat die Behandlung dieses Berichts und Antrags im Sinn einer Verschiebung. Das geschah, weil die Finanzaufsicht über die Gemeinden des Kantons Luzern interveniert und so eine neue Ausgangslage geschaffen hatte. Der B+A wurde auf Wunsch des Stadtrates auf die heutige Sitzung wieder traktandiert; somit wird die Sistierung der Behandlung heute aufgehoben. Der Stadtrat stellte mit dem StB 63 den Antrag auf Rückweisung zur Überarbeitung, weil mittlerweile Gespräche mit dem Kanton stattfanden und es gewisse neue Erkenntnisse gibt. Der Grosse Stadtrat wird somit heute die Eintretensdebatte zu diesem B+A führen und über den Antrag zur Rückweisung zur Überarbeitung abstimmen.

EINTRETEN

Christian Hochstrasser macht eine formalistische Vorbemerkung: Es ist eine eher ungewöhnliche Situation, bei einem B+A über einen Antrag zu diskutieren, den die Öffentlichkeit gar nicht kennt.

Bei diesem B+A geht es darum, einige Fonds im Zusammenhang mit der neuen Rechnungslegung umzuwandeln. Jetzt stellt der Stadtrat neu den Antrag, den B+A zur Überarbeitung zurückzuweisen. Dieser Antrag ist gar nicht öffentlich bekannt, und trotzdem muss der Grosse Stadtrat sich jetzt genau zu diesem Antrag äussern, denn er möchte ja, dass der B+A in seinem Sinn überarbeitet wird. Darum will der Sprechende ein paar Bemerkungen dazu machen. Die Fonds, um welche es hier geht, sind nicht einfach spezielle Kässeli, wie manchmal auch gesagt wird, sondern sie sind ein sehr pragmatisches Mittel, damit die Stadt während des Jahres bei gewissen ganz spezifischen Ausgaben Geld sprechen kann, ohne dass sie relativ mühsam Nachtragskredite beantragen muss. Es geht insbesondere um drei Fonds, die umstritten sind: um den Verkehrsinfrastrukturfonds, den Energiefonds und den Sozialfonds. Sie sind in dem Sinn umstritten, weil sie nach dem Prinzip von «true and fair view» aufgelöst werden müssten. Für die G/JG-Fraktion ist es sehr wichtig, dass es eine Lösung gibt, um diese drei Fonds in irgendeiner Form weiterzuführen, damit die Aufgaben, für welche sie gedacht sind, sichergestellt werden können, also die Aufgaben im Verkehrsbereich, im Energiebereich und im Sozialbereich. In diesem Sinn ist die G/JG-Fraktion mit der Rückweisung einverstanden. Für die Überarbeitung des Berichts und Antrags will sie aber dem Stadtrat auf den Weg mitgeben, dass er bei der kantonalen Verwaltung eine gute Lösung zu erwirken versucht, mit welcher diese Aufgaben letztlich sichergestellt werden können. Insbesondere geht es der G/JG-Fraktion um den Energiefonds, denn mit diesem sind sehr viele konkrete Massnahmen im Energieeinsparbereich verbunden. Die G/JG-Fraktion ist mit der Rückweisung zur Überarbeitung einverstanden, auch wenn man die genauen Begründungen des Stadtrates öffentlich nicht kennt.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Antrag des Stadtrates zu, den B+A 21/2018 zur weiteren Überarbeitung zurückzuweisen.

3 Bericht und Antrag 31/2018 vom 31. Oktober 2018: Aktionsplan Fussverkehr und Aktionsplan Veloverkehr

EINTRETEN

Baukommissionspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Die Baukommission hat den B+A 31/2018: «Aktionsplan Fussverkehr und Aktionsplan Veloverkehr» am 24. Januar beraten und eine ausführliche Eintretensdebatte geführt. Dabei gingen die Meinungen weit auseinander. Sie reichten einerseits von der Enttäuschung darüber, wie wenig bisher tatsächlich vor allem für den Velo-, aber auch den Fussverkehr unternommen wurde, über die Forderung nach mehr Infrastrukturmassnahmen anstelle von Kommunikation und Dienstleistungen, bis auf der anderen Seite hin zu Verständnis für das Vorgehen des Stadtrates. Insbesondere war eine Mehrheit der Baukommission nicht einverstanden mit dem geplanten Einsatz der Geldmittel. Sie forderte eine stärkere Fokussierung auf Infrastrukturmassnahmen, um die vorhandenen Netzlücken bei den Veloverbindungen in der

Stadt Luzern möglichst bald zu schliessen. Schliesslich beschloss die Kommission deutlich mit 7 : 2 : 0 Stimmen eine Rückweisung des Geschäfts an den Stadtrat zur Überarbeitung.

Ratspräsident Daniel Furrer erklärt den Besucherinnen und Besuchern, weshalb der B+A trotz der Rückweisung durch die Baukommission für die Ratssitzung traktandiert wurde. Nach Art. 3 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates hat der Stadtrat, wenn er mit einer Rückweisung durch die Kommission nicht einverstanden ist, die Möglichkeit, die Traktandierung der Vorlage im Grossen Stadtrat zu beantragen. Das trifft für den vorliegenden Fall zu, und deshalb führt der Grosse Stadtrat heute die Eintretensdebatte zu diesem B+A.

Nico van der Heiden: Die SP/JUSO-Fraktion folgt dem Antrag der Baukommission und weist den Bericht und Antrag zur Überarbeitung zurück. Der Sprechende war überrascht, dass der Stadtrat trotz des sehr klaren Verdikts der Baukommission die Vorlage vors Parlament bringt. Aber das ist sein gutes Recht. Zudem wurde dem Sprechenden, als er den Stadtratsbeschluss las, der ja auch nicht öffentlich ist, aber den der Stadtrat nachher vielleicht noch öffentlich erläutern kann, klarer, wieso der Stadtrat bei dieser Vorlage öffentlich Klarheit über das weitere Vorgehen haben möchte. Der Stadtrat hat sich in der Mobilitätsstrategie sehr ambitionierte Ziele gesetzt: Er möchte, dass in der Stadt Luzern schon sehr bald sehr viel mehr Leute zu Fuss und mit dem Velo unterwegs sind. Er kündigte den Aktionsplan Fussverkehr und den Aktionsplan Veloverkehr als das Werk an, das die Stadt zu diesem Ziel bringen soll. Leider muss die SP/JUSO-Fraktion konstatieren, dass das aus ihrer Sicht zumindest für den Veloverkehr nicht der Fall sein wird. In Bezug auf den Fussverkehr ist die Fraktion grundsätzlich mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden, aber beim Veloverkehr hapert es.

Die Grundfrage lautet, wie die Stadt mehr Leute aufs Velo bringt. Der Stadtrat schlägt vor, den Richtplan zu überarbeiten, diverse Studien in Auftrag zu geben und in Kommunikationsmassnahmen zu investieren. Die SP/JUSO-Fraktion sieht das anders; ihrer Ansicht nach braucht es eine gute Infrastruktur, es braucht auf den Hauptachsen im Zentrum und von den Quartieren ins Zentrum sichere, gut ausgebaute Velowege. Diese sind heute nicht vorhanden; sie sind teilweise lückenhaft oder für ungeübte Velofahrende nicht zumutbar. Wenn die Stadt, wie es ihr Ziel ist, massiv mehr Leute aufs Velo bringen will, muss sie die Veloinfrastruktur neu denken, und zwar aus Sicht der ungeübten Velofahrenden neu denken. Dass der Umwelt- und Mobilitätsdirektor oder der Sprechende problemlos und sicher über den Bahnhofplatz, über die Seebrücke und auf der Zürichstrasse fahren, ist klar, aber von vielen Leuten erhält der Sprechende die Rückmeldung, dass sie sich das nicht zutrauen. Genau für diese Leute muss die Stadt eine Infrastruktur auf die Beine stellen. Für den Sprechenden sieht denn auch die logische Reihenfolge so aus: «Tue Gutes und sprich darüber!» Zuerst muss die Stadt eine tolle Infrastruktur für die Fussgängerinnen und Fussgänger und für die Velofahrenden bauen, wie z. B. das Freigleis, und dann soll sie das kommunikativ begleiten. Umgekehrt funktioniert es eben leider nicht: Nur mit gut Zureden bringt die Stadt niemanden dazu, mehr zu Fuss unterwegs zu sein oder das Velo zu benutzen. Diesbezüglich befindet sich die Stadt Luzern leider nicht da, wo sie sein sollte. Das zeigt auch folgender Satz aus dem StB sehr eindrücklich: «Der Stadtrat wird nicht in der Lage sein, den Bericht und Antrag zeitnah zu überarbeiten, weil keine umsetzungsreifen Projekte vorliegen.» Das ist genau der springende

Punkt, und da muss der Stadtrat unbedingt nachbessern. Wo war denn die kontinuierliche Entwicklung von Veloinfrastrukturprojekten in der städtischen Verwaltung in den letzten Jahren? Die SP/JUSO-Fraktion hat den klaren Wunsch, dass der Stadtrat möglichst rasch konkrete Infrastrukturprojekte vorlegt.

Nach all dem Gemeckere auch noch etwas Positives: Der Sprechende glaubt, dass der Stadtrat das Signal aus der Baukommission gehört hat und, zumindest aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion, richtig interpretiert. Das heisst, dass die Fraktion mit dem im StB 71 dargelegten Vorgehen des Stadtrates einverstanden ist. Sie dankt dem Stadtrat für seine Bereitschaft, jetzt vorwärtszumachen. Für sie ist klar, dass es dazu stadintern auch Ressourcen braucht, um die Infrastrukturprojekte schnell weiterzubringen, damit sie dem Parlament in einem Stadium vorgelegt werden können, dass es dazu Ja sagen kann. Zu guter Letzt: Die SP/JUSO-Fraktion freut sich natürlich darüber, dass der Stadtrat damit einverstanden ist, die Nutzung der Velostation gratis zu machen; sie dankt ihm dafür, wenn er dem Parlament den entsprechenden Antrag möglichst rasch separat vorlegt. Nichtsdestotrotz bleibt es jetzt aber dabei, dass der vorliegende B+A aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion zur Überarbeitung zurückgewiesen werden muss.

Andreas Felder: Die CVP-Fraktion folgt der Baukommission und beantragt die Rückweisung des Berichts und Antrags «Aktionsplan Fussverkehr und Aktionsplan Veloverkehr» zur Überarbeitung. Auch die CVP-Fraktion war erstaunt, dass sich der Stadtrat nach der Diskussion in der Baukommission nicht an deren klare Empfehlung hielt, aber das ist natürlich sein gutes Recht. Gerne legt der Sprechende die Haltung der CVP-Fraktion hier im Rat öffentlich vor. Die CVP-Fraktion erwartet in einer Vorlage unter dem Titel «Aktionsplan», dass Investitionen in konkrete Infrastrukturprojekte beantragt werden und nicht bloss Planungs- und Kommunikationsmassnahmen, welche im Rahmen des zur Verfügung stehenden Globalbudgets erfüllt werden könnten. Das Thema Mobilität spielt für die Bewohner, für die Wirtschaft und für die zukünftige Entwicklung der Stadt Luzern eine zentrale Rolle. Für die CVP-Fraktion sind dabei gute Rahmenbedingungen für alle Verkehrsteilnehmenden wichtig. Dazu gehört auch eine sinnvolle Förderung des Fussverkehrs und Veloverkehrs als flächeneffiziente Mittel. Die Stossrichtung des Stadtrates, die Lücken im bestehend Netz zu schliessen, wird daher grundsätzlich begrüsst. Die Fraktion hätte aber diesbezüglich auch sehr gern über konkrete Projekte gesprochen, mit welchen die Attraktivität gesteigert werden soll. Als der Sprechende den Aktionsplan Fuss- und Veloverkehr genauer las, kam es ihm vor, als hätte er ein Déjà-vu: Ähnlich wie beim B+A zur Biodiversität wird ein grosser Teil des beantragten Kredits nicht etwa in konkrete Massnahmen investiert, sondern unter dem Titel Infrastrukturmassnahmen werden vor allem Richtpläne erstellt und überarbeitet sowie Vorstudien und Studien gemacht. Insbesondere sind für den Sprechenden folgende Punkte nicht nachvollziehbar:

- Weshalb wird ein Kredit beantragt, um Studien zu Kantonsstrassen im Umfang von gut 400'000 Franken zu finanzieren, obwohl die Zuständigkeit beim Kanton liegt?
- Die Überarbeitung des Richtplans leichter Zweiradverkehr ist zwischenzeitlich sicher notwendig. Aber braucht die Stadt dafür einen Zusatzkredit von 250'000 Franken? Die Überarbeitung sollte eigentlich auch über das ordentliche Budget erfolgen können.
- Wenn man die Beträge beim Veloverkehr zusammenzählt, bleiben unter dem Strich von den beantragten 2,1 Mio. Franken – sehr grosszügig gerechnet – noch 500'000 Franken für konkrete Projekte. Das ist der CVP-Fraktion klar zu wenig.

- Auch im Hinblick auf den Fussgängerverkehr sieht es ähnlich aus, und auch damit ist die CVP-Fraktion nicht einverstanden. So werden z. B. Gutachten für 160'000 Franken für die Umsetzung von Tempo-30-Zonen und Begegnungszonen in Aussicht gestellt.

Für die CVP-Fraktion stimmt auch die Verteilung der Mittel im Dreisäulenkonzept nicht. Der Stadtrat geht zu Recht nach diesem Konzept vor, aber es kann nicht sein, dass neben den Aufwendungen für Infrastrukturmassnahmen, zu welchen auch die Erarbeitung von Planungsgrundlagen gezählt wird, 40 Prozent für Kommunikations- und Dienstleistungsmassnahmen vorgesehen sind.

Auch dafür nimmt der Sprechende ein paar Beispiele heraus:

- 300'000 Franken werden für einen Tag des Velos vorgesehen, obwohl das Parlament den Tag des Velos ja schon ausführlich diskutierte.
- Für 150'000 Franken soll die Fuss- und Velokarte (MAP Luzern) aktualisiert und neu aufgelegt werden. Warum es dieses Angebot braucht, sieht der Sprechende nicht ganz ein.
- Die Stadt will «take a bike» weiterhin gratis fortsetzen. Auch diese Diskussion hat der Grosse Stadtrat bereits geführt. Die CVP-Fraktion vertrat dabei klar den Standpunkt, dass eine Anschubfinanzierung sicher notwendig und gut war, dass die Stadt aber zwischenzeitlich eine weitere Finanzierung sein lassen kann.

Zusammenfassend wünscht sich die CVP-Fraktion, dass die beantragten Mittel in konkrete Infrastrukturmassnahmen fliessen. Die Erarbeitung der Richtpläne und Gutachten sowie Kommunikations- und Dienstleistungsmassnahmen sind im Rahmen des ordentlichen Globalbudgets abzuwickeln.

Urs Zimmermann: Die SVP-Fraktion hat bei der Lancierung der Verkehrsinitiative stets betont, dass es ihr wichtig ist, alle Verkehrsteilnehmenden zu fördern. Darum ist die Fraktion gegenüber einer Förderung des Fussverkehrs oder des Veloverkehrs nicht per se negativ eingestellt. Im Gegenteil, es soll ein Gleichgewicht herrschen, alle Verkehrsteilnehmenden sollen berücksichtigt werden. Im vorliegenden B+A geht es um den Langsamverkehr. Beim Lesen hatte auch die SVP-Fraktion ein Déjà-vu, nämlich im Zusammenhang mit dem B+A Biodiversität. Es werden sehr viele Massnahmen zur Kommunikation und zur Überarbeitung von Richtplänen und Reglementen aufgeführt, aber eigentliche konkrete Umsetzungsmassnahmen oder Infrastrukturmassnahmen fehlen. Aufgrund von zwölf verschiedenen Vorstössen wurden Forderungen gestellt: Es sollen die Verkehrssicherheit erhöht, Sitzgelegenheiten geschaffen und die Veloparkierung verbessert werden. So lauten die Kernanliegen. Was mit dem beantragten Sonderkredit aber wirklich vorgesehen ist, hat die SVP-Fraktion sehr zum Staunen gebracht. Ein grosser Teil der Ausgaben im B+A wird für Kommunikationsmassnahmen, Studien, Kampagnen usw. vorgesehen. Für die SVP-Fraktion ist das Fuder wieder einmal massiv überladen. Selbstverständlich gibt es Massnahmen, welche die Fraktion sinnvoll findet und unterstützen kann. Aber in einer Gesamtbetrachtung ist der B+A zu überladen, vor allem aus finanzieller Sicht und wenn man bedenkt, wie der Output letztlich aussieht. Der Vorredner des Sprechenden hat dazu diverse Beispiele aufgezählt. Weiter bemängelt die SVP-Fraktion insbesondere die fehlende vernetzte Denkweise. Im B+A beziehungsweise in der darin aufgezeigten Strategie fehlen Verknüpfungen zu anderen Verkehrsarten. Sogar die beiden Verkehrsarten Fussverkehr und Veloverkehr werden im vorliegenden B+A separat und eigentlich völlig unabhängig voneinander betrachtet. Die SVP-Fraktion spricht sich nicht grundsätzlich gegen den Planungsbericht zum Velo- oder Fussverkehr aus. Für sie ist aber elementar wichtig, dass die

Schnittstellen zu anderen Mobilitätsformen beachtet und einbezogen werden. Das ist in diesem B+A nicht der Fall. Aus diesem Grund wird die SVP-Fraktion wie in der Kommission weiterhin Rückweisung auf Überarbeitung beantragen.

Die Stellungnahme zum Vorstoss zur Gebührenbefreiung der bestehenden Velostation bei der Universität kann die SVP-Fraktion ganz und gar nicht unterstützen. Es gibt eine klare Leistungsvereinbarung bis 2020 mit der Caritas, welche für diesen Betrieb 60'000 Franken erhält. Man kann doch nicht einfach mittendrin die Spielregeln ändern. Es stellt sich dann auch die Frage, was denn die jetzt in der Velostation angestellte Person macht, wenn die Velostation gratis ist und diese Person dort keine Aufgabe mehr hat. Es ist auch sehr fragwürdig, wie gut eine gebührenfreie Velostation in der Bevölkerung ankommt, wenn man sich an die Diskussion erinnert, die der Grosse Stadtrat im Zusammenhang mit der Velostation unter der Bahnhofstrasse führte. Jedes Auto muss zahlen, jedes Parkhaus kostet, aber der Velofahrer soll die Infrastruktur immer gratis nutzen können. Das findet die SVP-Fraktion nicht richtig. Sie fordert nicht nur jetzt für die Rückweisung zur Überarbeitung, sondern auch für den auf 2021 versprochenen Folgebericht und -antrag, dass der Stadtrat neben konkreten Umsetzungsprojekten auch eine gesamtheitliche Betrachtung der Auswirkungen auch auf andere Mobilitätsarten aufzeigt. Wenn der Stadtrat aber mit dem StB 71 kapituliert und sich nicht im Stande sieht, diesen B+A zeitnah zu überarbeiten, und wenn das Parlament jetzt den Erwägungen des Stadtrates folgen und auf den B+A eintreten würde, dann könnte die SVP-Fraktion nicht die Verantwortung mittragen, jetzt diese 3,35 Mio. Franken zu sprechen. Sie würde den Kredit ablehnen. Sie würde es sehr bedauern, dass die Stadt Luzern, die ja offensichtlich in Geld schwimmt, aber sich keine Steuersenkung leisten kann, wieder einmal konzeptlos über 3 Mio. Franken für zahlreiche Hochglanzstudien und Verhaltenskampagnen ausgeben will. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Baukommission auf Rückweisung zur Überarbeitung.

Korintha Bärtsch führt den Anwesenden folgendes Szenario vor Augen: Es ist ein Dienstagmorgen im Mai, kurz vor 8 Uhr, wir befinden uns am Schweizerhofquai, die Sonne glitzert über dem See, die Berge erstrahlen in voller Pracht. Auf den Strassen ist gerade Rushhour, der Verkehr fliesst, die Ampel am Schwanenplatz geht jetzt auf Orange, jetzt ist sie rot. Auch die Velos halten an, ein Velo nach dem anderen reiht sich in die Schlange ein. Das Rotlicht dauert ein Weilchen, denn die Fussgängerinnen und Fussgänger sollen ja genügend Zeit haben, um die Strasse zu queren. Mittlerweile haben sich sage und schreibe 25 Velofahrerinnen und Velofahrer in die Schlange eingereiht und warten auf die Weiterfahrt. Etwa eine ganze Schulklasse wartet vor dem Rotlicht. Das Bild ist aber nicht der Start einer Schulreise, es ist auch nicht eine Collage mit Bildern aus Velostädten wie Kopenhagen oder Amsterdam, nein, es ist das Zielbild der Stadt Luzern im Jahr 2035, dem der Grosse Stadtrat in der Mobilitätsstrategie und im Raumentwicklungskonzept zugestimmt hat. 2035 sollen in der Stadt Luzern 10 Prozent aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer mit dem Velo unterwegs sein, heute sind es etwa knapp 5 Prozent. Der Veloverkehr hat in den letzten Jahren zwar zugenommen, aber zurzeit stagniert der Anteil. Es ist also nicht so, dass die Zählanlage am Schweizerhofquai im Moment nicht mehr funktionieren würde, weil sie überlastet wäre oder die Zahl so gross ist, dass sie sie nicht mehr darstellen könnte. Damit die Stadt ihre ambitionierten Ziele in der Veloförderung erreichen kann, braucht sie einen grossen Effort. Der Stadtrat hat jetzt einen Aktionsplan Velo- und Fussverkehr vorgelegt, eine Kombination,

um das Zu-Fuss-Gehen und das Velofahren zu attraktivieren. Mit dem Teil des Berichts und Antrags, der den Fussverkehr betrifft, ist die G/JG-Fraktion einverstanden. Da sind gute Ansätze vorhanden, und auch mit dem B+A Stadtraum, der ja noch vorgelegt werden soll, sind gute Projekte vorgesehen. Vom Aktionsplan Veloverkehr ist die Fraktion aber enttäuscht; für sie bedeutet ein Aktionsplan «action», dass Massnahmen umgesetzt werden, dass basierend auf einer problembezogenen Analyse und daraus abgeleiteten Lösungsansätzen Verbesserungen in der Infrastruktur vorgenommen werden. Diese Lösungen müssen in einem ersten Schritt nicht unbedingt schon perfekt sein, man darf ruhig pragmatisch vorgehen. Die Hauptsache ist «action», dass etwas passiert. Das vermisst die G/JG-Fraktion in diesem Aktionsplan. Der Hauptteil des Berichts und Antrags bezieht sich auf Studien. Dabei wissen der Stadtrat und die Verwaltung ziemlich genau, wo die Schwierigkeiten im Velonetz in der Stadt Luzern und in der Agglomeration liegen. Viele Leute trauen sich mit dem Velo nicht über die Seebrücke und schon gar nicht über den Bahnhofplatz. Das ist ein limitierender Faktor in der Veloförderung, aber dazu ist im B+A nichts zu lesen. Auch ist es heute sehr ungemütlich, mit dem Velo die Bernstrasse hinaufzufahren. Das wird sich auch nicht gross ändern, wenn die Bernstrasse vom Kanton saniert wird, sie ist einfach zu schmal. Im Zusammenhang mit dem Raumentwicklungskonzept wurde gesagt, man wolle die Littauer Bevölkerung aufs Velo bringen. Also braucht es eine alternative und attraktive Veloverbindung zwischen Littau und dem Stadtzentrum. Auch dazu ist im B+A nichts zu lesen. Aber wie kann man denn die Leute ganz generell animieren, Velo zu fahren, und warum fährt jemand vielleicht lieber Bus statt Velo? Das sind die Kernfragen, die in einem Aktionsplan beantwortet und angegangen werden müssten. Der Stadtrat müsste also nicht um den heissen Brei herumreden, sondern agieren. Für die G/JG-Fraktion ist klar, dass mehr Leute Velo fahren, wenn die Stadt sichere und attraktive Velowege hat, wenn Velofahren nicht mehr als gefährlich wahrgenommen wird. Dafür braucht es Investitionen in die Infrastruktur und nicht in die Kommunikation. Natürlich ist auch der Kanton mit seinen velounfreundlichen Kantonsstrassen ein limitierender Faktor in der Veloförderung. Die oberste Maxime des Kantons ist leider nicht das Velo; das Auto und der Bus geniessen da mehr Priorität. Trotzdem darf die Stadt nicht lockerlassen, sondern muss weiter für die städtische Mobilität lobbyieren und für das Velo sensibilisieren. Die G/JG-Fraktion will eine Luzerner Velooffensive. Sie will mehr Mittel bereitstellen und investieren, und sie will konkrete Projekte sehen. Sie unterstützt daher den Antrag auf Rückweisung zur Überarbeitung. Die Interpretation des Stadtrates zu dieser Rückweisung im StB 71 ist für die Fraktion im Grundsatz richtig, mit Ausnahme der Kommunikationsmassnahmen: Diese betrachtet die Fraktion im Moment nicht als vordringlich. Die Fraktion will nicht zuwarten, sondern Gelder für den Richtplan budgetieren, diese Studie in Auftrag geben, und dann mit dem überarbeiteten Aktionsplan, der wirklich «action» vorsieht, ins Parlament kommen.

András Özvegyi: Die Mitglieder der GLP-Fraktion sind Velofahrer, sie gehen selbstverständlich zu Fuss zum Velo und, wenn sie das Velo abgestellt haben, gehen sie zu Fuss weiter. Darum setzt sich die GLP-Fraktion auch gleichwertig für die Veloförderung und für Verbesserungen für die Fussgänger ein. Um den Gästen an der Ratssitzung heute Abend die Ausgangslage bei diesem B+A zu verdeutlichen, erwähnt der Sprechende, dass die GLP-Fraktion nicht in der Baukommission vertreten ist und somit jetzt zum ersten Mal mit den anderen Fraktionen über den vorliegenden B+A diskutiert. Die Baukommission hat ziemlich deutlich beschlossen, nicht auf den B+A einzutreten.

ten. Das ist natürlich, wenn man Velos und Fussgängermassnahmen fördern will, keine ganz einfache Ausgangslage. Der Sprechende legt darum jetzt die Ansicht der GLP-Fraktion zum B+A und zum StB 71 dar, sowohl was den Inhalt, als auch was das weitere Vorgehen, das die GLP-Fraktion erwartet, betrifft.

Auch die GLP-Fraktion ist enttäuscht von diesem Bericht und Antrag mit dem Titel «Aktionsplan». Der Titel hätte passenderweise etwa so lauten müssen: «Weitere Schritte für die Veloförderung». Die GLP-Fraktion hat mehr erwartet, als dass nur 16 Prozent des Kredits für konkrete Infrastrukturmassnahmen vorgesehen sind und der Rest für Kommunikation und Studien. Weshalb hat die GLP-Fraktion mehr erwartet? Der Sprechende war 2012 einmal auf Besuch bei der damaligen Stadträtin. Sie berichtete begeistert, dass die Stadt eine Velooffensive durchführe und in Bezug auf die Veloförderung Gas gebe. Seither sind sieben Jahre vergangen. Natürlich hat die Stadt in dieser Zeit etwas gemacht, es fahren mehr Leute Velo, aber die GLP-Fraktion kann trotzdem keine richtige Offensive dahinter erkennen. Die Fraktion ist auch enttäuscht, weil sie aufgrund der Mobilitätsstrategie, welche der Grosse Stadtrat im September 2018 bestätigte, mehr erwartete. Denn die Mobilitätsstrategie klärte die generellen strategischen Fragen zur Veloförderung, und sie formulierte auch ein Ziel: Der Veloanteil im Modalsplit soll von heute 5 Prozent auf 10 Prozent im Jahr 2035 steigen. In der Mobilitätsstrategie steht auch ein Zwischenziel: 2023 will die Stadt bereits 8 Prozent Velofahrer haben. Wenn die Stadt jetzt beginnt, Studien auszulösen, die dann vielleicht 2021/2022 vorliegen, wird sie das Ziel, das sie sich für 2023 gesteckt hat, nicht erreichen. Aus Sicht der GLP-Fraktion muss es viel schneller gehen. Der Sprechende betont, dass die GLP-Fraktion auch bereit ist, Ressourcen dafür zu sprechen.

Im B+A werden auf Seite 18 f. politische Vorstösse aufgelistet. Da fehlt das Postulat 110 der GLP-Fraktion: «Umsetzung einer durchgehenden und sicheren Velostrasse vom Südpol bis zum Mühlenplatz», das vor einem Jahr überwiesen wurde. Die Fraktion bittet den Umwelt- und Mobilitätsdirektor, diesen überwiesenen Vorstoss nicht zu vergessen.

Im B+A werden die verschiedenen Massnahmen beim Veloverkehr und beim Fussgängerverkehr priorisiert. Die Fraktion konnte nicht erkennen, wie diese Priorisierung zustande kam. Sie ist mit ihr nicht einverstanden und hat ein paar konkrete Vorschläge, was die Stadt schneller angehen könnte. So ist sie z. B. der Ansicht, dass die Studie zu einer Fuss- und Velobrücke vom Steghof zur Fruttstrasse in die erste Priorität aufgenommen werden sollte. Auf den überwiesenen Vorstoss der GLP-Fraktion hat der Sprechende schon hingewiesen, dieses Anliegen betrachtet die Fraktion ebenfalls als dringend. In zweiter Priorität ist auch eine Studie zu Schrägliften für Fussgänger an drei Stellen im Stadtteil Littau vorgesehen. Warum will die Stadt damit zuwarten? Nach Ansicht der GLP-Fraktion sollte sie diese Studie jetzt auslösen, das liegt ja in der Kompetenz des Stadtrates. Die Stadt sollte auch mit der Verbindung für Fussgänger vom Rösslimattquartier ins Hirschmattquartier vorwärtsmachen. Der Stadtrat hat das Problem eigentlich identifiziert, aber aus dem B+A erhielt die Fraktion den Eindruck, dass das Vorhaben irgendwie zurückgestellt wird. Und noch ein weiteres Projekt für die Fussgänger: Am letzten Samstag und Sonntag konnte man wieder einmal sehen, dass sehr viele Leute am Quai flanieren. Die Seebrücke wird täglich von durchschnittlich 28'800 Fussgängern überquert, auf diesem schmalen Trottoir. Nach Ansicht der GLP-Fraktion muss man im Bereich der Seebrücke irgendetwas machen, um die Fläche für die Fussgänger zu vergrössern. Dazu wird die Fraktion wahrscheinlich einen Vorstoss nachreichen.

Wenn es jetzt zur Rückweisung des Berichts und Antrags kommt, ist es der GLP-Fraktion wichtig, dass die Veloförderung nicht gestoppt wird. Vielmehr möchte die Fraktion, dass insbesondere Infrastrukturmassnahmen gefördert werden, nach dem Motto: «Wer Velostrassen sät, wird Veloverkehr ernten.» Das weitere Vorgehen, das der Stadtrat im StB 71 beim dritten Punkt der Schlussfolgerungen skizziert, findet die GLP-Fraktion in Ordnung. Der Stadtrat soll vorwärtsmachen, möglichst unter der Berücksichtigung der vom Sprechenden erwähnten Anliegen.

Zusammenfassend hält der Sprechende fest, dass der vorliegende B+A nicht genügt, die Ziele werden nicht erreicht. Wenn die Fraktionen jetzt gleich stimmen wie in der Baukommission, kommt es gar nicht auf die Stimmen der GLP-Fraktion an. Die GLP-Fraktion unterstützt jedoch den Antrag der Baukommission.

Rieska Dommann: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat und den Mitarbeitenden der Verwaltung für den sehr umfangreichen, aber gut lesbaren und übersichtlichen B+A. Die Mobilität hat in unserer Gesellschaft einen enorm hohen Stellenwert. Wir alle sind immer häufiger und immer länger unterwegs. Auch für die FDP-Fraktion hat das Thema Mobilität eine hohe Priorität, wobei ihr alle Formen von Mobilität wichtig sind. Dazu zählen selbstverständlich auch der Fuss- und der Veloverkehr.

Der vorliegende B+A stellt ein weiteres Puzzleteil im Umfeld der Mobilität dar. Er steht im Zusammenhang mit dem Raumentwicklungskonzept, mit konkreten Aufwertungs- und Infrastrukturprojekten, aber auch mit Projekten im Bereich der Verkehrssicherheit. In den letzten Jahren wurde bereits einiges für Velofahrende und auch für Fussgängerinnen und Fussgänger gemacht. Der Sprechende denkt z. B. an die Neugestaltung von Grendel und Löwengraben, an die Gesamterneuerung der Hirschmatt und an das Projekt Gesamtsanierung Kleinstadt, insbesondere aber an den Rad- und Gehweg auf dem ehemaligen Trasse der Zentralbahn.

Der Stadtrat beantragt nun für zahlreiche Massnahmen Sonderkredite von 1,2 Mio. Franken für den Fussverkehr und von 2,15 Mio. Franken für den Veloverkehr.

Der Richtplan Veloverkehr ist rund 10-jährig, der Richtplan Fussverkehr ist mehr als 20-jährig. Beide beinhalten den Stadtteil Littau noch nicht. Für die FDP-Fraktion ist klar, dass eine Aktualisierung und eine Überarbeitung nötig sind. Sie unterstützt das Hauptziel im B+A, nämlich eine Stadt der kurzen Wege. Auch das Thema Verkehrssicherheit hat für die FDP-Fraktion eine sehr hohe Priorität. Sie unterstützt ebenfalls die Bestrebungen, wo immer möglich den Fuss- und Veloverkehr getrennt zu führen. Beim Aktionsplan Veloverkehr ist die Fraktion zwar nicht von jeder Massnahme im gleichen Mass überzeugt oder begeistert, insgesamt erachtet sie jedoch das Gesamtpaket als angemessen und ausgewogen.

Die anderen Fraktionen haben jetzt kritisiert, dass im B+A keine konkreten Infrastrukturprojekte enthalten seien. Die FDP-Fraktion hat ein anderes Verständnis, was den Inhalt des Berichts und Antrags betrifft. Im B+A geht es schwerpunktmässig um Massnahmen im Bereich der Dienstleistungen und der Kommunikation. Das sind Elemente, welche für die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs ebenfalls wichtig, aber bei den Infrastrukturprojekten jeweils nicht enthalten sind. Der Grosse Stadtrat hat gerade in jüngster Vergangenheit diverse Infrastrukturprojekte behandelt. Der Sprechende erinnert an den B+A zur Umsetzung des BehiG, an die Velostation Bahnhofstrasse oder an den Velotunnel. Die Kosten allein für diese drei Projekte belaufen sich auf über 60 Mio. Franken. Hinzu kommen die bereits erwähnten Projekte Gesamterneuerung Hirschmatt usw. Die

FDP-Fraktion hat alle diese Infrastrukturprojekte unterstützt, weil Investitionen in die Infrastruktur aus ihrer Sicht unerlässlich sind. Die Fraktion unterstützt jetzt aber auch das Vorgehen des Stadtrates und erachtet es als sinnvoll, Infrastrukturprojekte jeweils mit separaten Berichten und Anträgen zu unterbreiten, und zwar dann, wenn sie bereit sind. Daneben braucht es, gemäss dem Dreisäulenprinzip des Stadtrates, weitere Massnahmen, und diese sind im vorliegenden B+A enthalten.

Sollte das Parlament – und danach sieht es jetzt aus – den B+A zurückweisen, erwartet die FDP-Fraktion, dass dann nicht einseitig nur zusätzliche Massnahmen für den Veloverkehr aufgenommen werden, sondern auch der Fussverkehr angemessen berücksichtigt wird und auch dort Verbesserungen angestrebt und realisiert werden. Wir alle sind Fussgänger, egal ob wir davor Auto- oder Velofahrer sind oder den ÖV benutzen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Der Stadtrat kann einen Teil der Kritik, die jetzt geäussert wurde, durchaus nachvollziehen. Der Begriff «Aktionsplan» weckte offenbar mehr Erwartungen, als die Stadt einlösen kann. Bei einem Aktionsplan werden Aktion und Umsetzung erwartet. Derzeit besteht ein Mangel an umsetzungsreifen Projekten. Die Stadt hat in den letzten Jahren einiges umgesetzt, vor allem für Fussgängerinnen und Fussgänger gab es verschiedene Aufwertungen, z. B. in der Kleinstadt, in der Hirschmatt, im Grendel und Löwengraben, und auch die Planung der Bahnhofstrasse geht in diese Richtung. An zahlreichen Stellen wurde an der Sanierung der Fussgängerstreifen gearbeitet. Das Freigleis ist auch für Fussgängerinnen und Fussgänger eine wichtige Verbindung. Für die Velofahrenden verweist der Sprechende neben dem Freigleis auf die Verbindung Geissmattbrücke–Pfistergasse, auf den Pilotversuch Velostrasse, auf Allmend und Zihlmattweg, auf die Spitalstrasse usw. Eine Massnahme bestand darin, Einbahnstrassen für den Velogegeverkehr zu öffnen; das war eine kleine Massnahme und wurde wahrscheinlich gar nicht gross wahrgenommen. Nach Ansicht des Sprechenden wird von der Mehrheit der Fraktionen ein Stück weit unterschätzt, was die Stadt unabhängig vom vorliegenden B+A schon alles für den Fuss- und Veloverkehr erarbeitet. Es laufen sehr viele separate Projekte, sie werden vorbereitet, sie sind in Planung, zum Teil auch in Umsetzung. Zum Teil arbeitet die Stadt dabei mit Partnern zusammen, z. B. mit dem Kanton. Auf Seite 48 f. werden 21 Projekte aufgelistet, die vor allem Kantonsstrassen betreffen; an diesen Projekten arbeitet die Stadt unabhängig vom vorliegenden B+A, in der Regel zusammen mit dem Kanton, zum Teil auch mit dem Bund oder weiteren Partnern. Der Stadtrat wird weiterhin separate Infrastrukturprojekte vorlegen; sobald ein Projekt bereit ist, möchte er dem Grossen Stadtrat den Kredit dazu beantragen. Meistens sind diese Projekte sehr stark mit allen anderen Verkehrsarten verknüpft, auch wenn die SVP-Fraktion das im vorliegenden B+A nicht so wahrgenommen hat. Die Stadt arbeitet zurzeit an konkreten Planungen, z. B. an der Planung der Velostation Bahnhofstrasse, an der Planung der Verbindung Neustadtstrasse/Zentralstrasse oder an der Planung, wie die Velos über den sanierten Pilatusplatz geführt werden.

Das Kernproblem, das zu Schwierigkeiten führen kann, liegt darin, dass der Kanton, mit welchem die Stadt grundsätzlich eine gute Zusammenarbeit pflegt, in gewissen Fragestellungen, notabene in Fragestellungen, bei welchen es um den Fuss- und Veloverkehr geht, manchmal andere Ansätze verfolgt. Die wichtigsten, neuralgischsten und schwierigsten Stellen für den Veloverkehr in der Stadt Luzern – Haldenstrasse, Zürichstrasse, Schweizerhofquai, Seebrücke, Bahnhofplatz,

Bernstrasse – sind Kantonsstrassen und liegen in der Kompetenz des Kantons. Zum Teil macht die Stadt die Planung für diese Abschnitte, zum Teil macht sie der Kanton. Die Stadt kann die Umsetzung jedoch nicht unabhängig vom Kanton angehen.

Der Stadtrat versteht auch den Kritikpunkt, dass die Wirkung des Aktionsplans auf das Erreichen der Ziele beim Modalsplit nicht ausgeleuchtet wurde. Das trifft zu; es wäre allerdings sehr schwierig und aufwendig, das zu machen. Weiter wurde kritisiert, der Stadtrat gehe zu wenig von den Problemstellen aus, sondern eher pragmatisch vor, dort, wo gerade etwas aktuell ist. Auch diese Kritik kann der Stadtrat nachvollziehen. Hingegen die Kritik der SVP-Fraktion, im B+A gehe es zu stark um den Velo- und Fussverkehr, es fehle die Verknüpfung mit den anderen Verkehrsarten, weist der Stadtrat zurück; das ist auch nicht die Mehrheitsmeinung, die hier im Parlament vertreten wird. Die Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger untereinander wurde in der Mobilitätsstrategie vorgenommen; dort wurde auch versucht, unabhängig von den einzelnen Verkehrsträgern zu denken. In der Mobilitätsstrategie wurden aber auch als zwei von elf speziellen Handlungsfeldern ein Aktionsplan Fussverkehr und ein Aktionsplan Veloverkehr definiert.

Aus der Debatte in der Baukommission zieht der Stadtrat das Fazit, das jetzt auch durch die Eintretensvoten bestätigt wurde: Die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs soll verstärkt werden, denn anders lässt sich das Verkehrsaufkommen in den engen Verhältnissen der Stadt gar nicht bewältigen. Das ist dem Stadtrat ein grosses Anliegen, und deshalb wollte er diese Debatte auch öffentlich führen. Mit dem Velo zu fahren und zu Fuss zu gehen stellt einen Beitrag zur Gesundheit dar, es sind Fortbewegungsmittel, die eine Stadt mit menschlichen Massstäben voraussetzen, eine Stadt der kurzen Wege; es sind flächeneffiziente Fortbewegungsmittel, die einen wichtigen Beitrag für den Umwelt- und Klimaschutz leisten, und auch in Bezug auf die Verkehrssicherheit sind sie positiv zu bewerten.

Der Stadtrat will den vorliegenden B+A jetzt als Basis und Arbeitspapier nutzen, er will Projekte daraus einzeln auslösen, je nachdem, in welcher Kompetenz sie liegen. Eine Analyse der Fraktionsmeinungen zeigt, dass zwei oder drei Fraktionen eher mehr oder sogar deutlich mehr finanzielle Mittel für die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs einsetzen wollen; die CVP-Fraktion vertritt die Ansicht, die Stadt solle dieses Geld ein bisschen umschichten und dann damit arbeiten; die FDP-Fraktion ist mit einzelnen Massnahmen nicht einverstanden, aber grundsätzlich verlangt sie nicht, dass die Stadt weniger Ressourcen einsetzt. Nur die SVP-Fraktion betrachtet die Beträge als zu hoch. Das Parlament wird jährlich über die budgetierten Gelder befinden können. In Bezug auf den Aktionsplan Velo zieht der Stadtrat aus der Diskussion die Lehre, dass er den Fokus mehr auf die Problemstellung setzt, wie er es im StB 71 dargelegt hat. Der StB ist nicht vertraulich, er wurde, soweit der Sprechende richtig informiert ist, den Medien zugestellt. Der Stadtrat möchte vor allem die Lücken auf den Hauptachsen zu schliessen versuchen und dort gewisse Vorleistungen in die Wege leiten. In einem Eintretensvotum wurde kritisiert, dass die Stadt Mittel für Kantonsstrassen einsetzt. Anders kommt die Stadt nicht zu Ergebnissen, sie erarbeitet Betriebs- und Gestaltungskonzepte, welche dann die Basis für die Diskussion mit dem Kanton bilden. Das ist gut eingesetztes Geld, dadurch wird etwas angestossen. Es geht um die Abschnitte Schweizerhofquai, Haldenstrasse, Zürichstrasse, Kreuzstutz–Grenzhof, Bruchstrasse, die Verbindung auf dem linken Reussufer. Zum Teil hat der Stadtrat dazu auch parlamentarische Aufträge. Er ist überzeugt, dass das Dreisäulenkonzept – Infrastruktur, Dienstleistungen, Kommunikation – nach wie vor gut ist.

Viele Stimmen aus dem Parlament verlangten jetzt, dass für die Kommunikation weniger Mittel aufgewendet werden. Es sind pro Jahr 50'000 Franken für die Kommunikation vorgesehen. Die Dienstleistungen wurden teilweise vom Parlament mit überwiesenen Vorstössen bestellt, z. B. Dienstleistungen im Bereich von Nextbike oder der Velostation; der Grosse Stadtrat wird an einer seiner nächsten Sitzungen anhand eines Vorstosses darüber diskutieren, ob die Velostation gratis sein soll. Der Sprechende kann Urs Zimmermann versichern, dass die Velostation, auch wenn es ermöglicht würde, sie gratis zu nutzen, genau gleich weiterbetrieben wird, das Personal dort wird dadurch nicht unbeschäftigt werden, aber die Stadt müsste dann natürlich für den Ertragsausfall aufkommen.

Wie der neue B+A aussieht, den der Stadtrat jetzt ausarbeiten wird, ist noch offen; der Stadtrat wird sicher nicht warten, bis z. B. fünf grosse Projekte spruchreif sind, sondern er wird versuchen, die Projekte, sobald sie erarbeitet sind, schnell zu realisieren. Der Fokus liegt jetzt darauf, schnell vorwärtszugehen. Mehrmals wurde kritisiert, dass der Stadtrat zahlreiche Studien ausarbeiten lassen will; 40 Prozent dieser Kredite seien für Kommunikation und Dienstleistungen, wurde ausgerechnet. Das ist nicht ganz richtig. Bei vielen von diesen Studien handelt es sich um Vorstudien, die es braucht, um überhaupt ein Vorprojekt zu lancieren und Projekte möglich zu machen. Man muss sich doch zuerst überlegen, welche Lösung z. B. für die Bernstrasse die beste wäre. Wie diese Lösung aussieht, weiss niemand. Dazu braucht es zuerst eine Studie. Die Studien sind eine Vorarbeit für die geforderten Infrastrukturmassnahmen. Die Stadt kann nicht ins Blaue hinein mit der Planung beginnen, sondern muss zuerst die gescheiteste Lösung finden. Man könnte dem Stadtrat vielleicht vorwerfen, er hätte das schon längst tun müssen, aber dazu fehlen der Stadt einfach die Ressourcen; sie versucht, die Ressourcen, die ihr zur Verfügung stehen, möglichst effizient einzusetzen.

In Bezug auf den Fussverkehr hat der Sprechende in der Debatte weniger konkrete Anliegen gehört als in Bezug auf den Veloverkehr. Der Stadtrat wird den Fussverkehr sicher nicht vernachlässigen, sondern diesen B+A im Wesentlichen als Basis für die Arbeit nehmen.

Die Feststellung von Urs Zimmermann, der Velofahrer nutze die Infrastruktur gratis, trifft überhaupt nicht zu. Alle Steuerzahler zahlen an die Gemeindestrassen, welche in der Stadt Luzern etwa 220 km ausmachen. Aber die Abnutzung durch den Autoverkehr, durch den Schwerverkehr und durch den öffentlichen Verkehr ist natürlich markant grösser als durch Fussgängerinnen und Fussgänger oder durch Velofahrende.

Der Sprecher der CVP-Fraktion äusserte die Ansicht, die Studien könnten aus dem Globalbudget finanziert werden. Dann müsste man jedoch auf etwas anderes, was jetzt aus dem Globalbudget finanziert wird, verzichten. Soll die Stadt dann z. B. die Planung der Cheerstrasse zurückstellen oder soll sie bei der Reinigung in den Quartieren Einsparungen machen? Das Globalbudget des Tiefbauamts ist zwar relativ umfangreich, aber das Tiefbauamt muss sich trotzdem nach der Decke strecken. Es gibt nicht irgendwo noch ein spezielles Kässeli, aus welchem die Stadt diese Studien finanzieren könnte. Aber die Botschaft, dass die Stadt vorwärtsmachen soll, ist beim Stadtrat angekommen. Der Stadtrat muss vor allem konkrete Infrastrukturprojekte bringen, er muss sich überlegen, ob die Dienstleistungs- und Kommunikationsmassnahmen im Moment ein bisschen zurückgestuft werden sollen. Der Stadtrat hält auch Dienstleistungs- und Kommunikationsmassnahmen für wichtig, aber er nimmt die vom Grossen Stadtrat geäusserten Einwände sicher ernst.

Der Sprechende geht davon aus, dass der B+A jetzt zur Überarbeitung zurückgewiesen wird, aber er ist froh, dass die Debatte mit allen Fraktionen heute Abend öffentlich geführt werden konnte, auch mit der Fraktion, die nicht in der Baukommission vertreten ist.

Marcel Lingg: Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula hat jetzt ganz am Schluss auch festgestellt, dass die Rückweisung des Berichts und Antrags höchstwahrscheinlich beschlossene Sache ist. Die SVP-Fraktion hat Mühe damit, wie der Stadtrat mit dieser Rückweisung umgeht. Der Sprechende stützt sich dabei vor allem auf den StB 71, aber auch auf die Ausführungen, die Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula eben machte. Im StB 71 schreibt der Stadtrat in der Schlussfolgerung unter anderem, dass er sich bei einer Rückweisung das folgende Vorgehen vorstellen könnte: «Der Stadtrat ist bereit, die im B+A 31/2018 enthaltenen Vorhaben sowohl für den Fuss- als auch den Veloverkehr in eigener Kompetenz einzeln zu beschliessen.» Also der Stadtrat will, obwohl der B+A zurückgewiesen wird, die Vorhaben einfach in eigener Kompetenz einzeln beschliessen. Das ist für die SVP-Fraktion nicht logisch und nicht fair. Immerhin fügt der Stadtrat dann noch an, dass er bereit ist, die entsprechenden Strukturveränderungen dem Parlament jährlich mit dem Budget zu unterbreiten. Aber der Sprechende weiss genau, wie es herauskommt: Man muss dann vermutlich das Budget sehr genau und mit der Lupe durchsuchen, um die entsprechenden Beträge zu finden. Ein weiteres Beispiel aus den Schlussfolgerungen des Stadtrates: «Die Massnahmen aus den Bereichen «Dienstleistung» und «Kommunikation» erachtet der Stadtrat als ebenfalls wichtig. Er wird diese ergänzend zur Planung der Infrastrukturmassnahmen weiterführen.» Der Grosse Stadtrat weist den B+A zurück, aber der Stadtrat sagt, dass er diese Massnahmen trotzdem weiterführen will. Zitat: «Der vorliegende B+A 31/2018 und die darin erarbeiteten Massnahmenblätter dienen weiterhin als interne Grundlage für die Förderung des Fuss- und des Veloverkehrs.» Den B+A, der vom Parlament zur Überarbeitung zurückgewiesen wird, betrachtet der Stadtrat weiterhin als Grundlage. Für die SVP-Fraktion ist das im StB 71 aufgezeigte Vorgehen des Stadtrates einfach nicht korrekt. Wenn der Grosse Stadtrat eine Vorlage zur Überarbeitung zurückweist, wäre es die Aufgabe des Stadtrates, die Überarbeitung möglichst schnell vorzunehmen und erst dann dem Grossen Stadtrat mit dem überarbeiteten B+A wieder darzulegen, was er genau machen und wie er weiterfahren will. Aber er kann nicht einfach sagen, er wolle in gleicher Weise weiterfahren, Rückweisung hin oder her.

Nico van der Heiden bemerkt zu Marcel Lingg, dass er der Debatte hier im Parlament besser zuhören sollte. Es war ja genau das Ziel des Stadtrates, dass er öffentlich erfahren wollte, warum das Parlament den B+A zurückweist und welche Stossrichtung es ihm mitgibt. Der Sprechende hat zugehört, was die Fraktionen sagten: Eine klare Mehrheit unterstützt die Haltung des Stadtrates, wie sie im Stadtratsbeschluss zum Ausdruck kommt, und nicht das, was Marcel Lingg möchte. Darum ist es absolut richtig, dass der Stadtrat so weitermacht, wie er es im StB 71 dargelegt hat.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Der Grund, weshalb der Stadtrat diese Debatte öffentlich führen wollte, liegt genau darin, dass die Meinung des Parlaments öffentlich kundgetan und im Protokoll festgehalten werden soll, damit der Stadtrat weiss, wie die Rückweisung zu verstehen ist. Das ist nämlich bei einer Rückweisung nicht immer einfach. Der Stadtrat braucht diesen B+A nicht unbedingt, er könnte die darin beschriebenen Massnahmen auch einzeln auslösen, ohne

den B+A. Er braucht jedoch einerseits Ressourcen, und dafür ist letztlich das Parlament zuständig, und er braucht die Unterstützung des Parlaments in den wesentlichen Aussagen. Marcel Lingg hat nicht genau zugehört, wenn er sagt, der Stadtrat mache eigentlich, obwohl der B+A zurückgewiesen wird, trotzdem genau das, was im B+A steht. Das ist eben gerade nicht die Absicht des Stadtrates, sondern der Stadtrat will den Fokus auf die neuralgischen Stellen in der Infrastruktur legen, er will versuchen, schneller konkrete, umsetzungsreife Projekte ins Parlament zu bringen. Eine Erkenntnis aus dieser Diskussion ist für den Sprechenden auch, dass die Massnahmen aus den Bereichen Dienstleistungen und Kommunikation ein bisschen zurückgenommen werden. Der Grosse Stadtrat kann ja nicht über die einzelnen Massnahmen abstimmen, aber der Stadtrat zieht natürlich seine Schlüsse aus dem, was er hört. Um die Diskussion heute gut zu führen, hat der Stadtrat den StB 71 verabschiedet, damit das Parlament weiss, wie er die Rückweisung interpretiert. Nach Ansicht des Sprechenden gibt die Debatte dem StB in weiten Teilen recht. Deshalb wird der Stadtrat so verfahren. Der Sprechende weist den Vorwurf von Marcel Lingg zurück, das Vorgehen des Stadtrates sei nicht korrekt. Bei einer Rückweisung muss der Stadtrat immer herauszufinden versuchen, was das Parlament will. Das ist ihm, wie der Sprechende glaubt, heute Abend gelungen, gerade weil er im Dialog mit dem Parlament steht.

Korintha Bärtsch kann den Unmut von Marcel Lingg sehr gut nachvollziehen. Dasselbe Problem zeigte sich auch beim Rückweisungsantrag im vergangenen Juni: Auch da hielten alle Fraktionen ihr Votum – und jetzt, wo die Parteien im Wahlkampf stehen, fallen die Voten vielleicht zum Teil noch pointierter aus als zu anderen Zeiten –, aber manchmal ist es für den Stadtrat extrem schwierig herauszuhören, was die Mehrheit der Fraktionen will, weil man eigentlich erst bei der Abstimmung weiss, wo die Mehrheit liegt. Die G/JG-Fraktion ist sehr froh, wenn die SVP-Fraktion sie unterstützt, wenn es darum geht, das Geschäftsreglement des Grossen Stadtrates bezüglich der Vorgehensweise anzupassen. Die G/JG-Fraktion will, dass bei einer Rückweisung zur Überarbeitung ein Auftrag mitgegeben wird, dass also ein klarer Überarbeitungsauftrag vorliegt, über den der Grosse Stadtrat abstimmt, sodass der Stadtrat den Willen des Parlaments eins zu eins aufnehmen kann.

An die Adresse des Stadtrates bemerkt die Sprechende, dass nach Ansicht der G/JG-Fraktion die Kommunikationsmassnahmen nicht so weitergeführt werden müssen, wie er das im StB schreibt. Darüber hat schon die Baukommission diskutiert. Hingegen soll im Dienstleistungsbereich etwas gemacht werden. Die G/JG-Fraktion hat ja zusammen mit der SP/JUSO-Fraktion ein Postulat eingereicht, dass die Velostation kostenlos zur Verfügung stehen soll, damit man erreicht, dass sie endlich ausgelastet wird. Der Stadtrat ist bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen; das soll im Sinn eines Pilotprojekts einmal so versucht werden, damit man sieht, ob es wirklich funktioniert. Die G/JG-Fraktion hat nie gesagt, die Stadt solle bei den Dienstleistungen zurückfahren; sie will bei der Kommunikation zurückfahren, aber nicht bei den Dienstleistungen.

Der Grosse Stadtrat nimmt den Rückweisungsantrag der Baukommission an. Der B+A 31/2018: «Aktionsplan Fussverkehr und Aktionsplan Veloverkehr» wird zur Überarbeitung zurückgewiesen.

4 Bericht 36/2018 vom 19. Dezember 2018: LuzernSüd: Vertiefungsgebiete III, IV, V und städtebauliche Richtlinien Mattenplatz

EINTRETEN

Baukommissionspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Die Baukommission hat auch diesen Bericht an ihrer Sitzung vom 24. Januar beraten und ihn grossmehrheitlich zustimmend zur Kenntnis genommen. LuzernSüd liegt auf den Gemeindegebieten von Kriens, Horw und der Stadt Luzern. Die Vertiefungsgebiete III, IV und V betreffen die Stadt nur ganz am Rande. Die politische Gesamtwürdigung durch den Stadtrat wird weitgehend geteilt. Wie am Mattenplatz dereinst der Verkehr und die erwünschte Aufenthaltsqualität in Einklang gebracht werden sollen, kann sich die Baukommission nur schwer vorstellen.

Mario Stübi wendet sich speziell an die Gäste nicht nur hier im Ratssaal, sondern auch an jene im Saal nebenan, er winkt in die Kamera in der Hoffnung, dass sie das im anderen Saal sehen und ihn natürlich auch hören.

Im ganzen Bericht kommt das Wort Stadtentwicklung kein einziges Mal vor. Das ist insofern passend, als im Gebiet LuzernSüd auch keine Stadtentwicklung stattfindet. Das ist schade, denn sie wäre in diesem Gebiet nötig. Der Begriff Stadtentwicklung bedeutet, dass man urbane Gebiete nicht einfach nur mit Gebäuden, Strassen und sonstiger Infrastruktur bestückt, sondern einen Raum gesamtheitlich anschaut und zu entwickeln versucht, losgelöst von planerischen Schranken wie Gemeindegrenzen, Grundeigentum, Privatinteressen usw., dafür mit dem Fokus auf der Geschichte einer Region, auf der Natur, auf den Bedürfnissen der Menschen vor Ort oder auch auf künftigen Bedürfnissen, die noch kommen werden. Die SP/JUSO-Fraktion bedauert, dass diese Chance in LuzernSüd nicht genutzt wird. Aber die Stadt Luzern kann Kriens und Horw eben nicht dreinreden.

Der Investitionsdruck in diesem Gebiet ist bereits hoch, die einzelnen Akteure verfolgen in erster Linie ihre eigenen Interessen, statt sich mehr auf übergeordnete, langfristige gemeinsame Ziele zu einigen. Auch die Stadt Luzern ist ein Teil dieses Spiels und macht mit. Auf dem eigenen Gemeindegebiet hält sie Richtlinien und Vorgaben sehr hoch, sie verlangt viel von Privaten und will Standards durchgesetzt haben. In LuzernSüd tritt sie aber selber als Akteurin auf und hat Interessen, die sie in der Planung vertreten haben will. Sinnbildlich dafür ist der Satz in der Übersicht auf Seite 4: «Die Stadt ist mit den städtebaulichen Richtlinien grundsätzlich einverstanden, steht dem Detaillierungsgrad der Richtlinien aber kritisch gegenüber und setzt sich dafür ein, dass der Handlungsspielraum für die städtischen Areale möglichst gross bleibt.» Als Grundstückeigentümerin legt die Stadt Luzern also einen klaren Fokus auf die eigenen Interessen.

Trotzdem tritt die SP/JUSO-Fraktion auf den vorliegenden Bericht ein und nimmt ihn zustimmend zur Kenntnis, weil mit der jetzigen Gesetzgebung nicht mehr herauszuholen ist. Die Fraktion beurteilt also das, was die Stadt Luzern überhaupt mitbestimmen kann. Die Stadt Luzern grenzt einzig ans Entwicklungsgebiet LuzernSüd, ist aber als Grundeigentümerin in die Prozesse involviert.

Trotzdem sollte sie weniger den Investorenfokus verfolgen, sondern eher den langfristigen städteplanerischen, eben stadtentwicklerischen Standpunkt einnehmen. Immobilien und Verkehrsinfrastruktur prägen dieses Gebiet. Wer kümmert sich da um Aspekte wie Biodiversität und Freiraum mit nicht-kommerzieller Ausrichtung? Diese Anliegen findet die SP/JUSO-Fraktion wichtig; ihrer sollte sich der Stadtrat annehmen und sich für sie stark machen.

Noch ein kurzes Wort zum Abschnitt Mattenplatz, dem Kreisel zwischen der Autogarage Galliker und McDonald's. Der Stadtrat geht tatsächlich davon aus, dass dort dereinst eine Aufenthaltsqualität zu erreichen sei. Dabei wird es an dieser Stelle eine grosse Kreuzung geben oder es bleibt gar bei einem fünfarmigen Kreisel; das weiss man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht. Kaffee trinken und die Sonne geniessen neben dem Autostau? Der Mattenplatz ist und bleibt ein lauter Verkehrsknoten. Da genügt es nicht, wenn man rundherum Tiefgaragen mit rückseitigen Ausfahrten bewilligt. Der Verkehr ist jetzt schon da und wird mit der viel zu deregulierten Mobilitätsplanung der Gemeinde Kriens nur zunehmen. Aber eben, letztlich ist es nicht das Gemeindegebiet der Stadt Luzern, und die Stadt hat ihre letzten Grundstücke dort sowieso schon verkauft.

Korintha Bärtsch: Bei LuzernSüd geht etwas, und es wird in den nächsten Jahren und sogar Jahrzehnten noch viel gehen. Darum ist die übergeordnete Planung extrem wichtig. Die G/JG-Fraktion begrüsst diese übergeordnete Planung, und sie begrüsst es, dass sich die Stadt da beteiligt. In LuzernSüd soll vieles möglich werden. Die Transformation eines heutigen Industriegebiets mit Industriecharakter hin zu einem Stadtzentrum, in welchem Wohnen und Arbeiten gemischt stattfinden sollen, ist aber auch eine grosse Herausforderung. Das Potenzial ist sicher vorhanden, aber es ist noch nicht ganz sicher, ob es auch wirklich so realisierbar ist, wie es auf den Bildern dargestellt wird. Die angedachten Volumen und Dichten sind gewaltig, und ob so viele Hochhäuser bei der Bevölkerung von Kriens und Horw eine Chance haben werden, ist offen. Für die G/JG-Fraktion sind zwei Punkte wichtig:

- Die Planung zeigt exemplarisch und eindrücklich, wie wichtig eigenes Land für die Erfüllung von Aufgaben eines Gemeinwesens ist. Öffentliche Nutzungen, öffentliche Aufgaben benötigen Land, sei es z. B. für ein neues Schulhaus oder für Flächen für die Versorgung und für die Entsorgung.
- Der zweite Punkt ist der Verkehr. Es ist der G/JG-Fraktion schleierhaft, wie das funktionieren soll, wenn man überall entwickeln will und sich trotzdem gegen wirksame Massnahmen für eine nachhaltige Mobilität wehrt. Die Grünen haben vor etwa drei Jahren das Referendum ergriffen, als die Stadt Land verkaufte und gleichzeitig gleich noch 500 Parkplätze bei der Mobimo-Überbauung bewilligte. Im Bericht steht jetzt, das Gebiet sei hervorragend erschlossen, die S-Bahn fahre bald im 7,5-Minutentakt. Dass die Stadt Luzern diese vielen Parkplätze unmittelbar beim Bahnhof zugelassen hat, ist ein beachtlicher Planungsfehler. Die G/JG-Fraktion findet es richtig, dass der Stadtrat jetzt doch seine Haltung geändert hat und für eine nachhaltige städtische Mobilität einsteht, dass er nochmals insistiert und mit den Partnergemeinden Horw und Kriens prüft, wie eine bessere Mobilität auch mit autoarmen Nutzungen verwirklicht werden kann. Bei so hoher Dichte ist ein qualitativ guter öffentlicher Raum extrem wichtig. Ob der Mattenplatz das sein kann, bezweifelt die G/JG-Fraktion; er ist in der vorgesehenen Form eher ein Verkehrsmoloch als ein Platz mit hoher Aufenthaltsqualität. Aber es freut die Fraktion

natürlich, wenn sich die Stadt Luzern zusammen mit Kriens und Horw für mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum im neuen Stadtzentrum LuzernSüd einsetzt.
Die G/JG-Fraktion tritt auf den Bericht ein und wird ihn zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Andreas Felder: Die CVP-Fraktion dankt der Stadtverwaltung für den vorliegenden Bericht, den sie mit grossem Interesse gelesen hat. Es wird zu Recht darauf hingewiesen, dass es sich beim Gebiet LuzernSüd um einen Entwicklungsschwerpunkt der Region Luzern handelt. Dementsprechend begrüsst es die Fraktion, dass sich der Stadtrat im Sinn einer aktiven Aussenpolitik eng abspricht und in die Zusammenarbeit mit den Gemeinden Horw und Kriens eingibt. Die Stadt Luzern beteiligt sich an der Planung, obwohl sie bei den Vertiefungsgebieten III und V nicht betroffen und beim Vertiefungsgebiet IV und beim Mattenplatz nur indirekt betroffen ist. Insgesamt teilt die CVP-Fraktion die politische Gesamtwürdigung des Stadtrates, der es begrüsst, dass dank der regen Bautätigkeit ein neuer urbaner Raum am Entstehen ist. Es ist dabei sicher nicht optimal, dass die Gemeinden Kriens und Horw die von den Gemeinderäten vorgesehenen Massnahmen nicht wie geplant umsetzen konnten. So ist immer noch offen, ob der zusätzliche Verkehr auf dem bestehenden Strassennetz aufgefangen werden kann. Auf der anderen Seite ist es allerdings nach Ansicht der Fraktion auch sehr heikel, wenn sich der Stadtrat diesbezüglich zu weit aus dem Fenster lehnt. Titel in der Zeitung wie «Luzerner Stadtrat stellt Forderungen an Kriens und Horw» sind für eine Lösung im Interesse der Stadt Luzern sicher nicht förderlich. Schliesslich handelt es sich um Volks- bzw. Parlamentsentscheide, und ein zu aufdringliches Verhalten des Stadtrates oder auch von Rednern in diesem Parlament ist kontraproduktiv. Weiter ist es im Zusammenhang mit dem Grundstück der Stadt im Gebiet Hinterschlund heikel, wenn der Stadtrat im gleichen Bericht einerseits Forderungen an andere Gemeinden bezüglich Parklösungen stellt und gleichzeitig ankündigt, dass die Stadt auf dem Gebiet einer anderen Gemeinde eine Carparkierung plant. Da hat der Sprechende fairerweise Verständnis, wenn diese Gemeinde eine ablehnende Haltung einnimmt. Auch für ihn ist, wie er es von seinem Vorredner und seiner Vorrednerin hörte, nicht nachvollziehbar, dass man beim Mattenplatz die Aufwertung des öffentlichen Raums noch in den Fokus rücken will. Man muss doch ehrlich zugeben, dass das ein zentraler Verkehrsknotenpunkt ist und die Erwartung, dort eine wirkliche Aufwertung zu erreichen, nicht realistisch ist. Insgesamt unterstützt die CVP-Fraktion jedoch das Vorgehen des Stadtrates und wird den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Urs Zimmermann: LuzernSüd ist für die Weiterentwicklung ein interessantes Gebiet. Dabei sind mehrere Gemeinden und verschiedene Akteure involviert. Es bestehen daher auch unterschiedliche Interessen, was die ganze Sache sicher nicht einfach macht. Das Entwicklungskonzept stammt aus dem Jahr 2013, das Grundkonzept Verkehr aus dem Jahr 2016; diesem stand die SVP-Fraktion immer sehr skeptisch gegenüber. Der vorliegende Bericht definiert die Rahmenbedingungen, aber es liegt noch nichts Handfestes vor. Die Vertiefungsgebiete III und V betreffen die Stadt Luzern gar nicht: sie ist weder Eigentümerin noch Angrenzerin. Es geht eigentlich nur um das Entwicklungsgebiet IV, auf welchem die Stadt Luzern ein Grundstück hat, und um den Mattenplatz, der für die Stadt Luzern als wichtiger Verkehrsknoten von Bedeutung ist. Auch für die SVP-Fraktion ist es nicht ganz klar, wie der Mattenplatz künftig aussehen soll. Es gibt die Stichworte «autoarm»

und «autofrei»; da läuten bei ihr die Alarmglocken. Es ist ihr schleierhaft, wie man gerade diesen dicht befahrenen Verkehrsknotenpunkt aufwerten will, zumal der Verkehr dort jetzt schon extrem gross ist und in Zukunft sicher nicht abnehmen wird. In der politischen Gesamtwürdigung ist festgehalten, dass der Stadtrat die Gemeinden Kriens und Horw auffordert, Gegensteuer zu geben und die Mobilität in die richtige Richtung zu lenken. Es ist ja allen bekannt, was für den Stadtrat die «richtige Richtung» ist. Die SVP-Fraktion war schon beim Grundkonzept Verkehr im Jahre 2016 skeptisch und beantragte schon damals bloss Kenntnisnahme. Sie ist auch jetzt der Meinung, dass der Verkehr zu wenig beachtet und gewichtet wurde. Die Fraktion wird in der logischen Konsequenz auch jetzt **blosse Kenntnisnahme beantragen**. Sie tritt auf den Bericht ein.

Rieska Dommann: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den vorliegenden Bericht zum Entwicklungskonzept LuzernSüd mit den Vertiefungsgebieten III, IV und V. Die Stadt Luzern ist von der Entwicklung im Gebiet LuzernSüd direkt betroffen. Sie kann jedoch die Entwicklung nur sehr eingeschränkt selber steuern, weil nur ein kleiner Teil tatsächlich auf ihrem Stadtgebiet liegt. Die Stadt Luzern ist aber Eigentümerin mehrerer grosser Liegenschaften im Gebiet LuzernSüd und hat damit ein erhebliches Interesse an einer positiven Entwicklung auf dem Weg zu einem attraktiven, urbanen Stadtteil. Auch das Thema Mobilität hat aus Sicht der Stadt Luzern einen hohen Stellenwert. Die FDP-Fraktion hat deshalb das Grundkonzept Verkehr im April 2016 unterstützt. Die Fraktion begrüsst das Engagement der Stadt Luzern im Gebiet LuzernSüd. Es geht darum, die eigenen Interessen zu schützen, insbesondere im Vertiefungsgebiet IV. Die Fraktion unterstützt die klare Haltung des Stadtrates, dass es für die eigenen Grundstücke Hinterschlund und Grabenhof langfristig eine hohe Wertschöpfung und eine gute Nutzung braucht. Die politische Gesamtwürdigung des Stadtrates ist für die Fraktion nachvollziehbar. Die FDP-Fraktion tritt darum auf den Bericht ein und wird die zustimmende Kenntnisnahme unterstützen.

András Özvegyi: Es ist spannend, was in den Nachbargemeinden der Stadt Luzern angedacht wird. Die aktuelle Bautätigkeit ist für die zurückhaltende oder fast konservative Innerschweiz sehr rasant. Der Sprechende hat Mühe damit, dass sich das Luzerner Stadtparlament politisch intensiv mit dem fremden Gebiet auseinandersetzen soll. Hat es denn überhaupt etwas zu sagen? Nein, es hat eben nichts zu sagen. Unter dem Aspekt, dass diese Gemeinden nicht einmal Fusionsgespräche mit der Stadt führen wollten, findet der Sprechende das Traktandum eigenartig, ebenfalls unter dem Aspekt, dass die Verwaltung der Stadt für die Abfassung des Berichts auch Zeit aufwenden musste. Es heisst ja immer, die Stadtverwaltung habe zu wenig Ressourcen, um die eigenen Aufgaben zu erfüllen. So viel, um über diesen Bericht zu motzen.

Es ist aber auch zu sagen, dass die GLP-Fraktion die Haltung des Stadtrates weitgehend teilt und es sehr begrüsst, wenn der Stadtrat darauf hinweist, dass durch den motorisierten Individualverkehr kein Mehrverkehr entstehen darf, dass die sozialräumlichen Themen stärker berücksichtigt und die Grundvoraussetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft eingeplant werden müssen, falls das noch nicht gemacht wurde. Alle diese Themen wurden ja schon mit einigen Vorstössen vor zwei, drei Jahren explizit thematisiert und zum Teil auch hier im Grossen Stadtrat besprochen. Die GLP-Fraktion hat wie der Stadtrat Mühe damit, dass die neuen Parkplatzreglemente in Kriens und Horw abgelehnt wurden. Als der Sprechende kürzlich eine dieser neuen Siedlungen, den Schweighofpark, anschauen ging, hatte er einen gewaltigen Schock. In der Tiefgarage werden tatsächlich

1'100 Parkplätze gebaut, für 650 Wohnungen und ein paar Quadratmeter Bürofläche. Der Sprechende wünscht viel Vergnügen, wenn dann alle um 7.30 Uhr hinausfahren und an die Arbeit wollen. Die Sammelstrasse beim Mattenplatz ist ein Autobahnzubringer auch für viele andere Siedlungsgebiete. Das wird nicht funktionieren. Der Sprechende empfiehlt Urs Zimmermann, dereinst dort wohnen zu gehen und zu schauen, ob er aus der Garage herauskommt.

Mühe hat die GLP-Fraktion auch mit dem erwähnten neuen Standort einer Talstation der Pilatusbahnen beim Pilatusmarkt. Ob das raumplanerisch das Richtige wäre, bezweifelt die Fraktion. Zu den städtebaulichen Richtlinien: Es ist gut, dass man sich über die Freiräume Gedanken macht, wenn auch ein bisschen spät, denn die Baulinien sind ja schon gegeben oder zum Teil sogar schon verbaut.

Einige Fraktionen haben Zweifel geäußert, ob man den Mattenplatz beleben kann. Der Sprechende weist darauf hin, dass die Situation etwa gleich wie beim Bundesplatz ist. Am Bundesplatz gibt es jetzt Beizen, die Leute sitzen draussen und schauen dem Verkehr zu. Vielleicht kann man das auch am Mattenplatz anstreben.

Die GLP-Fraktion tritt auf den Bericht ein und wird ihn zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Baudirektorin Manuela Jost dankt namens des Stadtrates für die Eintretensvoten. Der Bericht stellt einen weiteren Meilenstein in Richtung Entwicklung des übergeordneten Stadtteils Luzern Süd dar. Es ist anders, als es András Özvegyi darstellte: Die Stadt und der Stadtrat konnten da sehr wohl mitreden, gerade was die Verabschiedung von Richtlinien oder sonstiger weiterer Grundbedingungen für die Entwicklung dieses Gebiets betrifft. Wichtig ist die Stärkung der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit. Es geht darum, ein gemeinsames Verständnis der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung dieses Raums zu generieren und aufzubauen, denn die Entwicklung dort hat grosse Auswirkungen auf die Stadt Luzern. Zudem ist die Stadt Luzern eine grosse Grundstückeigentümerin im Bereich LuzernSüd; ihre Grundstücke dort sind gefragt, gerade weil zu Beginn verschiedene Themen vergessen gingen, nämlich die übergeordneten Infrastrukturen wie Schulraumplanung, Entsorgung, Versorgung, oder eben auch die ganze Freiraumthematik. Solche Aspekte müssen rechtzeitig berücksichtigt werden; diese Lehre hat man nun gezogen. Das Vertiefungsgebiet IV ist aus Sicht der Stadt, die dort relativ viele Grundstücke hat, sicher das wichtigste. Die Stadt steht bezüglich der Anliegen, welche an diese Grundstücke herangetragen werden, in engem Austausch mit ihren Partnergemeinden. Im Moment ist es wirklich schwierig, sich vorzustellen, dass der Mattenplatz irgendwann eine hohe Qualität aufweisen könnte. Aber deshalb hat man sich eben auch Gedanken gemacht, was für Richtlinien gelten sollen. Die Voraussetzung, dass dort überhaupt jemals eine Form von Aufenthaltsqualität entstehen kann, ist, dass man die zukünftigen Nutzungen und die baulichen Anforderungen gemeinsam koordiniert und festlegt. Erst wenn alle Ansprüche koordiniert sind, hat man die Voraussetzung, um die Aufenthaltsqualität zu schaffen. In den Richtlinien zum Mattenplatz wurde Verschiedenes angedacht: Gebäudefluchten, in welchen gewisse Aussenräume möglich sind, die Erschliessung, vor allem aber die Fussgängerfreundlichkeit. Der Stadtrat würde der Stadt Kriens empfehlen, für diesen Ort ein Betriebs- und Gestaltungskonzept auszuarbeiten, damit sie herausfinden kann, wie die gestalterischen und die funktionalen Rahmenbedingungen aussehen müssen, um das Ziel einer maximalen Aufenthaltsqualität an diesem relativ stark frequentierten Verkehrsknoten zu erreichen. Der Stadtrat hat sich in Bezug

auf den Verkehr geäussert. Dazu will die Sprechende hier einfach festhalten, dass für die Titelsetzung in der LZ – ein Vertreter der LZ ist ja jetzt anwesend – nicht der Stadtrat verantwortlich ist. Das Verkehrskonzept ist für die Stadt Luzern wie auch für Kriens und die anderen Gemeinden sehr wichtig. Der Stadtrat erwartet, dass die Massnahmen in der einen oder anderen Form umgesetzt werden. Vor allem soll auch ein effizientes Controllingssystem aufgebaut werden, damit man erkennen kann, wie die Massnahmen funktionieren und welche Anpassungen es allenfalls braucht. Das sind Erwartungen der Stadt an ihre Nachbargemeinden. Weil das alles im Moment ja noch nicht verbindlich ist, sind die Stadt und diese Gemeinden bestrebt, in einem nächsten Schritt ein behördenverbindliches Regelwerk LuzernSüd zu erarbeiten, das aus zwei Teilen besteht: einem Konzeptteil und einem Teilrichtplan. Dadurch wird eine grössere Verbindlichkeit für alle Akteure entstehen.

Zum Parkplatz im Schweighof will sich die Sprechende nicht äussern, sie verweist auf die Stadt Kriens, die diesbezüglich Auskunft geben kann. Die Sprechende dankt den Mitgliedern des Grosse Stadtrates, wenn sie den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den Bericht 36/2018: «LuzernSüd: Vertiefungsgebiete III, IV, V und städtebauliche Richtlinien Mattenplatz» eingetreten.

DETAIL

Keine Wortmeldung.

Seite 42 Antrag

Von der SVP-Fraktion wurde der Antrag auf blosser Kenntnisnahme gestellt.

Der Grosse Stadtrat nimmt vom Bericht «LuzernSüd: Vertiefungsgebiete III, IV, V und städtebauliche Richtlinien Mattenplatz» zustimmend Kenntnis.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht 36 vom 19. Dezember 2018 betreffend

LuzernSüd: Vertiefungsgebiete III, IV, V und städtebauliche Richtlinien Mattenplatz,

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von Art. 27 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 52 des Geschäftsreglements des Grosse Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

Vom Bericht «LuzernSüd: Vertiefungsgebiete III, IV, V und städtebauliche Richtlinien Mattenplatz» wird zustimmend Kenntnis genommen.

**5 Motion 160, Adrian Albisser und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion vom 27. November 2017:
Unterrichtszeiten der Volksschule evaluieren**

Der Stadtrat nimmt die Motion teilweise entgegen.

Adrian Albisser ist mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden.

Aus dem Grossen Stadtrat hält niemand an der vollständigen Überweisung fest.

Adrian Albisser: Es geht ja nicht darum, mit dieser Motion, welche eine Evaluation der Unterrichtszeiten fordert, diese, ähnlich wie heute den Ratsbetrieb, in den Abend zu verlegen. Vielmehr muss sich die Schule, unter anderem aufgrund der Wochenstundentafel, die eine Erhöhung der Lektionen auf Unter-, Mittel- und Oberstufe nach sich zieht, und auch aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen überlegen, wie sie mit ihren Unterrichtszeiten und mit der Mittagspause, die in der Stadt Luzern zwei Stunden dauert, umgehen will. Die SP/JUSO-Fraktion möchte mit dieser Motion der Volksschule die Chance geben, Überlegungen anzustellen, was für Konzepte in einem pädagogischen Setting möglich und notwendig sind. Bereits jetzt wird auf der Oberstufe der Nachmittag oft für das sogenannte selbstorganisierte Lernen genutzt. Mehr und mehr wird die Aufgabenlernbegleitung zu einem Thema. Das bedeutet, dass die Unterrichtszeit gewisse Veränderungen erlebt, nicht nur durch die Tagesstruktur, sondern auch durch die pädagogische Struktur. Diese Veränderungen möchte die SP/JUSO-Fraktion anhand eines Berichts bemessen können und dann allenfalls Schlussfolgerungen daraus ziehen. Der Stadtrat hat nicht die Absicht, das gleich in einem Planungsbericht zu umreissen – deshalb nimmt er die Motion nur teilweise entgegen –, sondern er möchte es zuerst auf der Basis von Fakten evaluieren, er möchte die Erwartungen und Bedürfnisse der Schule, der Eltern, der Schülerinnen und Schüler einholen. Diesem Vorgehen kann die SP/JUSO-Fraktion zustimmen und ist daher mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden. Die Fraktion hofft, dass durch den Bericht die Fakten für eine Weiterentwicklung herausgearbeitet werden, damit man tatsächlich besser einschätzen kann, was für Einflüsse Unterrichtszeiten haben und wo die Stadt sie allenfalls anpassen muss.

Sandra Felder-Estermann: Eine Verkürzung der Mittagspause auf 45–60 Minuten wäre nach Ansicht der FDP-Fraktion falsch. Das Mittagszeitfenster wird nämlich heute teilweise sehr gut genutzt. Der freiwillige Schulsport und auch der Musikunterricht hätten dann am Mittag nicht mehr Platz; es

wäre auch nicht mehr möglich, über den Mittag eine echte Pause zu machen oder die Hausaufgaben, welche die Schülerinnen und Schüler am Morgen erhalten haben, bereits am Mittag zu erledigen, damit nach der Schule mehr Zeit bleibt. Auch hätten die Kinder nicht mehr genügend Zeit für den teilweise langen Schulweg – oder sollen sie etwa mit dem Auto abgeholt werden oder den Bus nehmen, statt dank des Schulwegs wertvolle Bewegung zu erleben? Oder sollen die Kinder gar nicht mehr nach Hause gehen, ist das die Absicht der Motion? Wird die Betreuung zuhause gar nicht mehr erwünscht? Die Sprechende hat das Thema zuhause mit der Familie und mit Freunden besprochen. Sie fände diese Entwicklung sehr schade. Ihre Kinder, inzwischen Teenager, genießen gern, wenn immer möglich, die Mittagszeit zuhause. Die FDP-Fraktion geht aber mit den Motionären einig, dass die Schulzeiten einmal genauer angeschaut werden sollen und eine auf 1 Stunde 45 Minuten verkürzte Mittagszeit eventuell bereits vielen viele Vorteile bietet. Eine kleine Kürzung um nur gerade 15 Minuten würde vielleicht grosse Wirkung zeigen. Neu wäre das übrigens für den Stadtteil Littau nicht, sondern er würde zu seiner damals bewährten Mittagszeit zurückkehren. Es gibt im Stadtteil Littau noch heute Sportvereine, die sich die alten Mittagszeiten zurückwünschen. Die FDP-Fraktion ist gespannt auf den Evaluationsbericht, der hoffentlich unter Einbezug der Eltern sowie sämtlicher wichtiger Akteure wie des freiwilligen Schulsports, der Musikschule, der Sport- und Freizeitorganisationen und der Religionsgemeinschaften erarbeitet wird. Diese alle leisten nämlich einen enorm wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt Luzern. Zu ihnen gilt es Sorge zu tragen und sie und ihre Anliegen ernst zu nehmen. Für die FDP-Fraktion ist die teilweise Entgegennahme der Motion in Ordnung.

Marcel Lingg kann seiner Vorrednerin in fast allem zustimmen, er könnte sein Votum ganz ähnlich formulieren. Aber die Schlussfolgerung sieht bei der SVP-Fraktion anders aus: Die Fraktion lehnt die teilweise Überweisung der Motion ab, weil sie der Ansicht ist, dass es keinen Evaluationsbericht braucht. Die Motionäre schreiben: «Zugleich ist der heutige Tagesrhythmus der Gesellschaft mehr und mehr auf kurze Mittagszeiten ausgerichtet.» Dem kann der Sprechende zustimmen. Er lebt genau nach diesem Rhythmus: Zum Frühstück gibt es einen Kaffee, als Mittagessen nichts oder etwas von der Hand in den Mund, und normalerweise, wenn er nicht gerade an einer stadträtlichen Abendsitzung ist, hat er zuhause gemütlich ein ausgiebiges Nachtessen. Aber ist diese Lebensweise, welche viele Erwachsene jetzt angenommen haben, wirklich auch für Kinder und Jugendliche umsetzbar und tauglich, angefangen vom Kindergarten bis in die Sekundarschule oder in die erste Ausbildungsphase? Da setzt die SVP-Fraktion ein sehr grosses Fragezeichen. Eine Mittagspause von 45 Minuten wäre einfach eine Pause, die doppelt so lang ist wie die grosse Pause, die man heute schon in den Schulen hat. Ist das wirklich ausreichend für Jugendliche, einerseits um sich wieder zu erholen, den Kopf zu lüften für den Nachmittagsunterricht, andererseits aber auch, um soziale Kontakte zu pflegen, ob daheim in der Familie oder, wenn man das Tagesangebot nutzt, im Schulhaus, und dort mit Schulkolleginnen und Schulkollegen zu spielen und etwas zu unternehmen? Die SVP-Fraktion setzt hier ein sehr grosses Fragezeichen, und darum ist sie der Ansicht, dass es nicht nötig ist, 40'000 bis 60'000 Franken für eine Evaluation auszugeben, um genau das abzuklären. Wenn der Stadtrat den Versuch mit der Verkürzung um eine Viertelstunde machen will, wie das die FDP-Fraktion angeregt hat, soll er das tun, aber dafür braucht es vorgängig nicht eine teure zusätzliche Studie. In diesem Sinn lehnt die SVP-Fraktion die Motion ab.

Mirjam Fries: Die Motion verlangt eine Überprüfung der Unterrichtszeiten der Volksschule. Im Fokus steht dabei die Mittagspause, welche allenfalls verkürzt werden soll. Spontan betrachtet die CVP-Fraktion eine solche Verkürzung eher kritisch. Die Kinder sollen am Mittag genug Zeit haben, um sich zu erholen. Für Kinder, die am Mittag nach Hause gehen können, soll das auch weiterhin möglich sein. Andererseits soll es aber am Mittag genügend Betreuungsplätze für diejenigen geben, welche nicht nach Hause können. Die CVP-Fraktion begrüsst es deshalb, dass die Stadt neu auch den Mittagstisch an der Sekundarschule eingeführt hat.

Es gibt zu wenig Fakten, um eine fundierte Aussage zu machen. Einerseits kamen aufgrund des Lehrplans 21 zusätzliche Lektionen dazu, andererseits steigt der Bedarf an Betreuung in der Schule, und es sollen auch noch andere Bildungsangebote wie Musik, Sport und Religion ihren Platz im Alltag haben. Die Anforderungen an unsere Kinder und entsprechend auch an die Institution Volksschule sind hoch. Die CVP-Fraktion ist deshalb mit dem Stadtrat einverstanden, dass er in diesem Zusammenhang eine Evaluation durchführen will. Erst danach kann man einen Entscheid über eine allfällige Anpassung der Unterrichtszeiten fällen. Die CVP-Fraktion unterstützt daher die teilweise Überweisung der Motion.

Obwohl **Noëlle Bucher** das Thema Betreuung am Herzen liegt, hatte sie Mühe, dieses Votum vorzubereiten – bis sie merkte, dass sie mit dem Vorstoss Mühe hat. Viele Lernende in der Stadt Luzern haben einen Schulweg von 25 oder mehr Minuten. Wird die Mittagspause auf 45 bis 60 Minuten verkürzt, müssten viele Schülerinnen und Schüler, kaum dass sie daheim angekommen sind, sogleich wieder umkehren. 45 bis 60 Minuten reichen für die allermeisten nicht, um sich zuhause zu verpflegen und sich zu erholen, und dann wieder den Weg in die Schule zu gehen. 1 zu 0 für die bestehenden Unterrichtszeiten.

Lange Mittagspausen führen gemäss den Motionärinnen und Motionären dazu, dass weniger Zeit für zusätzliche Schulangebote – Instrumentalunterricht, freiwilliger Schulsport, Religionsunterricht – bleibt. Gerade der freiwillige Schulsport, aber auch der Instrumentalunterricht findet bereits heute oftmals über den Mittag statt. 2 zu 0 für die bestehenden Unterrichtszeiten.

Die meisten Familien betreuen und verpflegen ihre Kinder über Mittag zuhause. Familien, die das weiterhin wollen, sollen das beibehalten können. Die Wahlfreiheit sollte nicht eingeschränkt werden. 3 zu 0 für die bestehenden Unterrichtszeiten.

Kinder kommen heute mit sechs Jahren in die Schule. Eine ausreichende Erholungszeit nach vier Schullektionen ist notwendig, gerade dann, wenn am Nachmittag noch einmal Unterricht stattfindet. 4 zu 0 für die bestehenden Unterrichtszeiten.

Jetzt kommt das aus Sicht der Sprechenden allerwichtigste Argument: Es gibt aktuell viel zu wenig Plätze, als dass alle Kinder über Mittag in der Schule betreut werden könnten. 5 zu 0 für die bestehenden Unterrichtszeiten? – Nein, trotzdem ist die G/JG-Fraktion geschlossen dafür, die Unterrichtszeiten der Volksschule evaluieren zu lassen, und somit unterstützt die Fraktion auch die teilweise Entgegennahme der Motion. Der Grund ist einfach: Eine Evaluation der Unterrichtszeiten der Volksschule, die Erhebung der Bedürfnisse und des Bedarfs der Eltern löst eine Diskussion über das heutige System aus. Und diese Diskussion bewirkt hoffentlich eine Weiterentwicklung der Betreuungsangebote, wie die Stadt sie heute hat. Darin sieht die Fraktion einen ersten Schritt in Richtung Tagesschule, welche sie seit Jahren fordert: eine Tagesschule, welche die Argumente, die gegen eine Verkürzung der Mittagspause sprechen, berücksichtigt, eine Tagesschule, die freiwillig ist,

eine Tagesschule, die Freizeitaktivitäten und Entspannungselemente beinhaltet, eine Tagesschule, die mit stabilen Strukturen ein erfolgreiches Lernen unterstützt, und eine Tagesschule, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit verbunden auch die Gleichstellung von Frau und Mann endlich verbessert.

Die Stadt Luzern verfügt über das UNICEF-Label «Kinderfreundliche Gemeinde». Gerade vor diesem Hintergrund sollten die Mitglieder des Grossen Stadtrates nicht vergessen, um wen es in dieser Diskussion hauptsächlich geht: um die Kinder in dieser Stadt. Deshalb plädiert die Sprechende dafür, dass im Rahmen der Evaluation auch die Bedürfnisse der Kinder entsprechend erfragt werden.

Judith Wyrtsch: Noëlle Bucher hat das Thema vorweggenommen: die Tagesschule. Die Motionen 160 und 161 gehören zusammen, auch wenn sie jetzt nacheinander behandelt werden. Die GLP-Fraktion unterstützt die Evaluation der Unterrichtszeiten, denn sie spielt dem Anliegen der Motion 161 zu. In der Antwort schreibt der Stadtrat selber, dass die Forderung nach einer verkürzten Mittagszeit angesichts der komplexen Situation der verschiedenen Bedürfnisse und Angebote eventuell zu kurz greift. Das sieht wieder anders aus, sobald man beginnt, sich Tagesschulmodelle zu überlegen. Dann ist nämlich der Schulweg gar kein Thema mehr. Weiter heisst es in der Stellungnahme des Stadtrates, dass für die Weiterentwicklung der Tagesstrukturen weitere Abklärungen nötig sind. Das sieht die GLP-Fraktion auch so. Daher unterstützt sie die teilweise Überweisung der Motion 160.

Stadtpräsident Beat Züsli: Dem Stadtrat ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein sehr wichtiges Anliegen. Die Stadt Luzern hat in den letzten Jahren ein gutes Betreuungsangebot aufgebaut, dem laufend stärker nachgefragt wird. Gerade die neusten Zahlen zeigen, dass über die gesamte Stadt 36 Prozent der Kinder ein Betreuungsangebot in Anspruch nehmen. Die Unterschiede in den einzelnen Quartieren sind jedoch sehr gross, die Spanne geht aktuell von 17 bis 61 Prozent. Insgesamt lässt sich aber feststellen, dass ein Wachstum stattfindet. Diesem muss die Stadt entsprechen können. Mit dem Lehrplan 21 haben sich die Unterrichtszeiten verändert, und auch die Ansprüche steigen, was in die Schulzeit integriert werden oder anschliessend an den Unterricht im Umfeld der Schulzeiten abgedeckt werden soll. Die Musikschule hat z. B. aufgrund der Ausdehnung der Schulzeiten zunehmend Probleme, ihr Angebot zu den Kindern, ihren Kundinnen und Kunden, zu bringen, weil die Musikschulzeiten zum Teil an den Rand gedrängt werden. Es ist schwierig, Sportangebote wie den freiwilligen Schulsport mit den Schulzeiten zu vereinbaren. Über dieses Problem hat der Grosse Stadtrat auch im Zusammenhang mit der täglichen Bewegungs- und Sportstunde diskutiert. Auch die Diskussion, wie es zukünftig mit den Hausaufgaben sein soll, – eine Diskussion, die in anderen Gemeinden schon ein bisschen stärker geführt wurde als in der Stadt Luzern –, ob sie auch integrierter Bestandteil der Schulzeiten sind, gehört in diesen Themenkreis. Die gesellschaftliche Welt verändert sich, es gibt neue Modelle, auch in anderen Städten, und diese möchte die Stadt Luzern prüfen, sie möchte schauen, was sie allenfalls übernehmen könnte, weil es ihren eigenen Bedürfnissen entgegenkommt. Darum ist der Stadtrat der Meinung, dass es wichtig ist, periodisch eine solche Evaluation durchzuführen, und dass das zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll ist. Er möchte dazu die Bedürfnisse breit abholen, selbstverständlich auch die Bedürfnisse der Eltern und der Kinder. Aber auch die pädagogischen und die organisatorischen

Ansprüche sollen berücksichtigt werden. Nicht zuletzt geht es natürlich auch immer wieder um die Kosten; der Stadtrat möchte prüfen, welche Kostenfolgen die verschiedenen Modelle haben. Der Fokus liegt für den Stadtrat, wie das jetzt auch in den meisten Voten zum Ausdruck kam, klar nicht auf einer Verkürzung der Mittagspause; eine solche Verkürzung könnte nicht alle diese Probleme lösen oder die vorgebrachten Anforderungen erfüllen. Die verkürzte Mittagspause kann ein Modell sein, das noch genauer geprüft werden soll, aber der Stadtrat möchte die Evaluation breiter angehen, sie soll verschiedene Modelle umfassen und vergleichen, damit er dann dem Parlament einen entsprechenden Bericht mit Vorschlägen vorlegen kann.

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion 160 teilweise.

Ratspräsident Daniel Furrer möchte an dieser Stelle die Pause machen.

Noëlle Bucher stellt einen **Ordnungsantrag**: Sie würde gern die Motion 161 vor der Pause behandeln, da viele Gäste eigens wegen dieses Traktandums gekommen sind. Die Sprechende findet, man sollte es ihnen nicht unbedingt zumuten, den Mitgliedern des Grossen Stadtrates zuschauen zu müssen, wie sie sich zwischenverpflegen.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag zu; Traktandum 6 wird noch vor der Pause behandelt.

**6 Motion 161, Judith Wyrsh und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 28. November 2017:
Tagesschulen für die Stadt Luzern**

Der Stadtrat lehnt die Motion ab.

Judith Wyrsh: Die GLP-Fraktion hält an der Überweisung der Motion fest. Sie ist mit der Stellungnahme des Stadtrates nicht zufrieden, ja sie ist darüber sogar ungehalten. Für sie ist zudem klar, dass die Motionen 160 und 161 zusammengehören. Der Stadtrat erkennt die grosse Chance, jetzt die Tagesschulen anzudenken, nicht, er packt die Chance nicht, die Tagesschulen jetzt in einem Planungsbericht als Möglichkeit aufzuzeigen, obwohl in der Stellungnahme zur vorherigen Motion eine Evaluation und eine weitere Strategie für die Weiterentwicklung der Tagesstrukturen der Volksschule ins Auge gefasst werden. Die Tagesschule lässt der Stadtrat da aus. Die Sprechende meint jetzt eine gebundene Tagesschule. Diese gehört für die GLP-Fraktion ganz klar in diese Evaluation hinein. Warum die Chance nicht erkannt wird, als Stadt jetzt auch kreativ zu werden, ist nicht nachvollziehbar. Denn es stehen aktuell ja auch Schulraumplanungen vor der Türe. Es bestände für die Stadt die Möglichkeit, zwei Anliegen gemeinsam zu planen. Denn die Tagesschule benötigt Räumlichkeiten und möglichst effiziente Raumnutzungen. Im Gegensatz zu Zürich

oder anderen Städten befindet sich die Stadt Luzern in der komfortablen Lage, vor mehreren Schulhausrenovierungen zu stehen, in denen die zukünftig nötigen Räumlichkeiten für Tagesschulen geplant werden sollen. Laut Statistik werden sich die Elternhaushalte noch einmal massiv verdoppeln; der Stadtrat bestätigt selber im B+A zur Aufstockung des Schulhauses Würzenbach, dass er über die steigenden Schülerzahlen überrascht sei. So ist es auch im Tribschenquartier. Der Stadtrat begnügt sich in seiner Stellungnahme mit einer Auflistung von Tagesschulforderungen, die notabene bis zu 30 Jahren zurückliegen. Dass die Forderung nach einer Tagesschule damals in der Zentralschweiz noch keine Chance hatte, ist nachvollziehbar. Mit dem Hinweis auf das Projekt Grenzhof will der Stadtrat jetzt dem Grossen Stadtrat weismachen, dass es keine Tagesschule brauche. Warum wurde dieses Projekt nicht im Tribschenquartier oder im Würzenbachquartier durchgeführt? Im Tribschenquartier platzt die Betreuungssituation aus allen Nähten, und im Würzenbachquartier muss das Schulhaus aufgestockt werden. Gebundene Tagesschulstruktur bedeutet übrigens – für diejenigen, die das nicht wissen –, dass die Kinder wirklich vom Morgen bis zum Abend dort sind. Die Stadt Luzern hat das modulare Modell.

Wie wird das gebundene Tagesschulmodell ausserhalb von Luzern beurteilt? Der Schweizer Arbeitgeberverband sieht die Tagesschulmodelle «als eine zeitgemässe Erweiterung des Grundschulangebots». Nach Avenir Suisse hat der Mangel an Tagesschulen zur Folge, dass sich Familie und Beruf sehr schlecht vereinbaren lassen; davon sind hauptsächlich die Frauen betroffen, die mittlerweile meistens ebenso gut ausgebildet sind wie die Männer und auf deren Potenzial die Volkswirtschaft in einer alternden Schweiz zunehmend angewiesen ist. Nicht zuletzt sei auch die Haltung der NZZ angeführt, des liberalen Vordenkerblatts der Schweiz: «Die Vorteile eines schlanken und erst noch günstigen Tagesschulmodells, wie es die Stadt Zürich bereitstellen will, sind unbestritten.» Neben diesen starken Argumenten gibt es noch diejenigen der betroffenen jungen Mütter, die nach einem auch vom Staat bezahlten Studium und der Kinderpause möglichst einfach, unkompliziert sowie zeitnah gesicherte Schul- und Betreuungsangebote für ihre Kinder einplanen wollen. Dem ist aber heute mit dem offenen und nicht gebundenen Schul- und Betreuungsangebot der Stadt nicht immer so. Das Anmeldeverfahren ist langwierig und benötigt Monate, bis dann die Mutter weiss, ob ihr Kind einen Platz hat, ob genügend Räumlichkeiten vorhanden sind und ob sie jetzt ihrem neuen Arbeitgeber tatsächlich zusagen kann. Zur Not wird bei den Räumlichkeiten auch einmal auf die Aula oder die Turnhalle ausgewichen. Wenn eine Familie in ein anderes Quartier zieht, kann ihr bisheriges Bedürfnis an Betreuung dort vielleicht nicht gerade im gleichen Rahmen abgedeckt werden wie am alten Wohnort. So kurvt eben diese Mutter mit ihren Sprösslingen einfach einmal ein halbes Jahr lang durch die Stadt. Offene Tagesschulstrukturen beinhalten diese Nebenwirkungen.

Offene Tagesschulen sind in der Schweiz bis jetzt tatsächlich die am häufigsten anzutreffende Form. Sie haben sich deswegen durchgesetzt, weil dadurch die Freiwilligkeit des Angebots gewährleistet bleibt. Es ist eine bedürfnisorientierte Baukastenlösung, die in einer Dorfgemeinschaft sicher Sinn macht. Aber offene Tagesschulformen machen für Städte längerfristig wirklich keinen Sinn. Der administrative Aufwand ist immens und kostet dementsprechend auch den Steuerzahler einiges. Es bleibt zudem fraglich, ob dieser Aufwand bei der prognostizierten, steigenden Anzahl Schülerinnen und Schüler überhaupt noch zu bewerkstelligen ist. Für die GLP-Fraktion gibt es deshalb folgende Mehrwertargumente, die für gebundene Tagesschulen sprechen:

1. Das rein Organisatorische, die Planbarkeit für die Familie.
2. Der pädagogische Mehrwert und die Integration von Kindern und Jugendlichen. In längerfristigen Betreuungen kann die Pädagogik besser greifen und die Betreuer sind nicht nur Aufpasser, die irgendwelche Zeiten überbrücken müssen.
3. Die Förderung von Schülerinnen und Schülern, sei das in der zusätzlichen Lernhilfe oder im Musikunterricht, die innerhalb der Schule stattfinden können. Das Argument der Stadt, dass sich Sport, Musik oder Religionsunterricht nicht in eine gebundene Tagesschule einbringen liessen, kann die GLP-Fraktion überhaupt nicht verstehen. Das Gegenteil ist doch der Fall, sie können sich unter dem gleichen Dach viel besser einbringen, da die Räumlichkeiten vorhanden und die Abläufe für Kinder viel einfacher sind.
4. Die Kosten werden bei der Tagesschule, sobald sie einmal umgesetzt ist, viel tiefer ausfallen. Die GLP-Fraktion will, auf den Punkt gebracht, schlanke Infrastrukturen unter einem Dach zur Verfügung stellen. Der Lehrplan 21 hält schon genügend Herausforderungen bereit, da muss die Tagesstruktur nicht auch noch zusätzlich kompliziert sein. Trotz des HarmoS-Konkordats gibt es tatsächlich keine einheitlichen Tagesschulrichtlinien für den Kanton. Das bedeutet auch, dass die Stadt Spielraum hat. Sie kann jetzt etwas andenken, sie kann etwas entwickeln, zusammen mit der Bildungskommission und auch mit der Bevölkerung. Natürlich ist auch die Freiwilligkeit zu diskutieren. Dazu äussert sich Susanne Gauch, Schulleiterin in Zürich: «Für sie [= die Eltern] ist das Wissen um die Freiwilligkeit wichtig, obschon letztlich nur ganz wenige von einer Abmeldung Gebrauch machen.» Nach Ansicht der GLP-Fraktion ist keine weitere Studie nötig, es braucht eine Haltung, ein Statement der Politik, und es braucht den Austausch zwischen den Gemeinden und den Kantonen, die bereits Tagesschulen haben, so z. B. Solothurn mit steigenden Schülerzahlen. Man soll der Sprechenden einmal ein Argument nennen, warum Solothurn das kann und Luzern es nicht können soll. Die GLP-Fraktion vermisst ganz klar eine Strategie, ein Ziel, eine Führungsaufgabe der Stadt. Die Fraktion möchte, dass die Stadt für dieses Generationenprojekt einsteht und pädagogisch wertvolle Strukturen für die Bildung, für die Kinder und für die Eltern schafft. Die GLP-Fraktion hält an der Überweisung der Motion fest.

Noëlle Bucher fand die Tagesschule immer etwas Tolles und befürwortete sie vorbehaltlos. Aber jetzt liest sie auf Seite 3 der Stellungnahme des Stadtrates, dass die Stadt Luzern keine Tagesschule brauche, weil den Stadtluzerner Eltern bereits heute das gleiche Betreuungsangebot und gleich viel Betreuungszeit zur Verfügung stünden wie in der Stadt Zürich, die aktuell das Pilotprojekt Tagesschule 2025 umsetzt. Theoretisch mag das stimmen. In der Praxis hinkt die Stadt Luzern diesem Anspruch aber leider nach. Immer noch gibt es Eltern, die vergeblich einen Hortplatz für ihre schulpflichtigen Kinder suchen, immer noch fehlen in Quartieren schulnahe Betreuungsangebote, immer noch organisieren sich Eltern privat und geben dafür ein Vielfaches an Geld aus im Vergleich zu dem, was es sie kosten würde, wenn ihre Kinder in einem öffentlichen Hort betreut würden; immer noch verzichten Eltern – leider vor allem Mütter – deshalb darauf, sich beruflich weiterzuentwickeln. Die Sprechende zitiert aus einer E-Mail, die sie letzte Woche erhielt: «Seit zirka zwei Jahren sind auch wir aufgrund unserer beiden schulpflichtigen Söhne und als berufstätiges Elternpaar mit jeweils 60 Prozent Arbeitspensum mindestens einmal in der Woche darauf [auf die schulergänzende Betreuung] angewiesen. Bei der Bewerbung um einen Betreuungsplatz im

Schulhaus Fluhmühle im Jahr 2017 wurden wir abgewiesen mit der Begründung, dass es zu wenige Plätze hat und generell Eltern mit Vollzeitstellen bevorzugt werden. Die ständig unsichere Situation ist familiendiskriminierend und wir empfinden diese als grosse Belastung. Würden wir nicht beide für Gleichberechtigung eintreten und gerne berufstätig sein, hätten wir sehr wahrscheinlich längst kapituliert und wären ins klassische Hausfrauenmodell zurückgefallen. Als dringende Forderung möchte ich Sie daher bitten, sich für die Erweiterung der bisherigen Modelle einzusetzen.»

Aus diesem E-Mail-Auszug lassen sich die Argumente, welche aus gesamtgesellschaftlicher, aber auch aus volkswirtschaftlicher Sicht für die Einführung einer Tagesschule sprechen, ableiten. Was jetzt noch fehlt, ist die Betrachtung aus pädagogischer Perspektive. Auch hier überwiegen die Vorteile der Tagesschule: Der Besuch einer Tagesschule wirkt sich nämlich nicht nur positiv auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus, sondern auch auf die Leistungen der Schülerinnen und Schüler. Bereits nach zwei Jahren Tagesschule weisen Schülerinnen und Schüler bessere Sprachkompetenzen, ein positiveres Sozialverhalten sowie bessere Alltagsfertigkeiten auf als andere Kinder. Schliesslich leistet die Tagesschule auch einen Beitrag an die Verwirklichung der Gleichstellung der Schülerinnen und Schüler: So kann die Tagesschule nachteilige Bedingungen einer geringen Unterstützung innerhalb der Familie kompensieren.

Wer heute diese Motion nicht überweist, verschliesst die Augen vor sämtlichen Veränderungen in unserer Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten. Die Zeit ist reif für die Tagesschule, für eine Tagesschule, welche die Fraktion der Grünen hier drin schon vor 20 Jahren forderte.

Luzia Vetterli: Auch die SP/JUSO-Fraktion unterstützt diese Motion aus ganzem Herzen und versteht den Stadtrat nicht ganz, wenn er das sogenannte additive Modell beibehalten will. Der Sprechenden leuchten die Argumente des Stadtrates auch beim dritten Mal Durchlesen nicht ein. Die Schweiz befindet sich im ausserschulischen Betreuungsbereich, verglichen mit anderen Ländern in Europa, klar im Hintertreffen. In fast allen europäischen Staaten mit Ausnahme der Schweiz, Deutschlands und Österreichs ist die ganztägige Betreuung in der Schule Usus. Zusammen mit der Tatsache, dass die Schweiz über einen Mutterschaftsurlaub von lediglich 14 Wochen verfügt und keinen nennenswerten Vaterschaftsurlaub kennt, führt das dazu, dass sie sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch bei der Gleichstellung von Frau und Mann im europäischen Vergleich klar im Hintertreffen ist. Deshalb darf der Grosse Stadtrat die Chance nicht verpassen, die sich heute bietet, um zumindest in der Stadt Luzern die Weichen für die Zukunft zu stellen. In Zürich reichte übrigens nicht nur die SP, sondern gleichzeitig auch die FDP eine entsprechende Motion ein, die zum heutigen Tagesschulmodell führte, und das mit klaren Hinweisen auf insbesondere die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tagesschulen. Das ein kleiner Hinweis an die FDP-Fraktion in diesem Rat. Zugegebenermassen hätte man die vorliegende Motion ein bisschen klarer formulieren können. Es wird nicht ganz klar, was eigentlich gewollt ist. Aber das sieht die Sprechende nicht als Nachteil, sondern als Chance. Die SP/JUSO-Fraktion versteht die Motion so, dass sie dem Stadtrat einen Spielraum lassen will, um die Bedürfnisse der Kinder – die Kinder kommen da klar an erster Stelle –, der Eltern und Lehrer/innen zu evaluieren. Dann soll ein Vorschlag gemacht werden, der für Luzern passt. Varianten wären wünschenswert. Ganz klar ist aber, dass sich die SP/JUSO-Fraktion für ein offenes Tagesschulmodell einsetzt. Wie die Sprechende glaubt, versteht sie den Begriff ein bisschen anders als Judith Wyrtsch: Die Sprechende versteht ihn so, dass das Angebot freiwillig

bleiben soll. Die Kinder müssen also nicht zwingend an diesem Modell teilnehmen. Der Sprechenden persönlich leuchtet das Zürcher Modell ein, das so funktioniert: Die Kinder verbringen grundsätzlich die Mittage, wenn sie am Nachmittag Schule haben, in der Schule. Im ersten Kindergarten ist das kein Mittag, im zweiten Kindergarten sind es zwei Mittag, von der 1. bis zur 4. Klasse drei Mittag, und danach vier Mittag. Eine Abmeldung ist möglich, übrigens ohne Begründung, in diesem Punkt muss die Sprechende den Stadtrat korrigieren; die Eltern können einfach sagen, dass sie das für ihr Kind nicht wollen. Es gibt jedoch nur zwei Varianten: Entweder bucht man alle Mittagstische oder man bucht keinen. Das erleichtert die Organisation für die Schule und es erleichtert insbesondere die Planung. Die Sprechende ist überzeugt, dass es damit in Zukunft nicht mehr zu solchen Problemen kommen würde, wie Noëlle Bucher es vorhin schilderte. Die Kinder in Zürich können also weiterhin in dieser 80-Minuten-Pause nach Hause, wenn die Eltern das unbedingt wollen. Aber in der Mittagspause soll es auch möglich sein, Hausaufgaben zu machen, in der Turnhalle zu spielen oder im schuleigenen Garten Gemüse anzupflanzen. Weitere Angebote können in Zürich am Morgen und am Abend immer noch individuell hinzugebucht werden. Im Wesentlichen bedeutet deshalb das Zürcher Modell einen Systemwechsel: Grundsätzlich gilt, dass die Kinder am Mittag in der Schule bleiben, aber wer das partout nicht will, kann das Kind quasi auch ausbuchen. Wie Judith Wyrsh bereits erwähnte, tun das in Zürich äusserst wenige Eltern. Das führt dazu, dass über 90 Prozent der Kinder am Mittag in der Schule bleiben. Nach Ansicht der Sprechenden braucht es einen solchen Systemwechsel sehr dringend, um die Gleichstellung vorwärtszubringen und auch der Wirtschaft einen guten Dienst zu leisten. Die Sprechende selber hat dieses Modell schon vor mehr als 15 Jahren in Neuseeland erlebt, und es funktionierte tiptopp. Hausfrauen gab es übrigens in Neuseeland um 1997 praktisch keine mehr. Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen war dort schon damals recht einfach. Am Mittag heimzugehen, um dort wahrscheinlich in 95 Prozent der Fälle vom Mami bekocht zu werden, ist einfach nicht mehr das Modell der Zukunft. Die Tagesschule vereinfacht sodann die Organisation wesentlich, weil klar ist, dass alle Geschwister gleichzeitig in der Schule sind. Zudem wird es mit der Tagesschule auch deutlich günstiger als heute: In Zürich zahlte man bisher für den Mittagstisch je nach Einkommen 5 bis 33 Franken, neu mit dem Tagesschulmodell nur noch 6 Franken. Das bedeutet, dass das Tagesschulmodell insbesondere für Eltern mit mittlerem und tiefem Einkommen ebenfalls deutliche Vorteile bietet. Schliesslich ist auch der soziale und pädagogische Aspekt nicht zu vernachlässigen: Zusammen spielen, essen und aufräumen fördert das soziale Miteinander. Fachleute sind sich deshalb einig, dass das Tagesschulmodell viel pädagogisches Potenzial bietet. Natürlich ist es wichtig, auch eine genügende fachliche und pädagogische Betreuung zu gewährleisten. Billig wird das übrigens nicht – dies an die Adresse der GLP-Fraktion –, das muss hier einfach auch einmal gesagt sein. Da muss man ein bisschen Geld in die Hand nehmen. Nicht zuletzt ist die Tagesschule auch für die Integration fremdsprachiger Kinder eine sehr gute Option. Die SP/JUSO-Fraktion ist daher klar für die Überweisung der Motion. Das Tagesschulmodell ist das Modell der Zukunft. In 15 oder 20 Jahren wird das Modell, dass die Kinder am Mittag heimgehen, nirgends mehr zu sehen sein. Das sagt nicht die Sprechende, sondern das sagen die Fachleute. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates haben jetzt die Chance, um den Trend gerade noch rechtzeitig auch auf die Stadt Luzern anzuwenden. Sie sollen diese Möglichkeit nicht verschlafen, sondern die Motion überweisen.

Sandra Felder-Estermann: Die Stadt Luzern hat bereits eine Tagesschule, und sie darf auf ihr Modell stolz sein. An der Einführung dieses Modells war nicht zuletzt auch die FDP-Fraktion beteiligt, denn die Mehrheitsverhältnisse waren damals bekanntlich anders. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates können in der Broschüre der Volksschule zur familien- und schulergänzenden Betreuung nachlesen, wie gross das Angebot in der Stadt ist. Die Tagesschule der Stadt Luzern ist bedarfsgerecht auf die Bedürfnisse der Eltern massgeschneidert, so individuell, wie jede Familie funktioniert. Alle Eltern, die eine «echte» Tagesschule wünschen, sollen und dürfen ihre Kinder von Montag bis Freitag anmelden und vom tollen Angebot der Stadt Luzern profitieren. Statt die Kinder abzumelden wie in Zürich können sie bedarfsgerecht angemeldet werden. Eigenverantwortung wird bei der FDP-Fraktion grossgeschrieben. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates sollen auf den kleinen, steuergünstigen Kanton Nidwalden schauen: Er hat viel weniger zu bieten als Luzern. Die kantonale Pflicht der bedarfsgerechten Mittagsbetreuung kennt Nidwalden noch nicht, einzelne Gemeinden bieten aber einen Mittagstisch an, weil das einem Bedürfnis entspricht.

In der Stadt Luzern besteht ein Bedarf – Stadtpräsident Beat Züsli hat es bereits erwähnt – von rund 36 Prozent der Kinder nach Betreuung in einzelnen Modulen, vorwiegend an den Mittagagen. Das kostet schon heute 13,6 Mio. Franken. Einen Teil davon zahlen die Eltern zurück. Neu konnte die Bildungskommission einen Zielwert von 60 Prozent bei Sanierungen und Neubauten von Schulhäusern festlegen, was in vielen Quartieren, wie auch bereits erwähnt wurde, ein viel zu hoher Zielwert bleiben wird. Eine Tagesschule, wie sie nun die GLP-Fraktion fordert, strebt einen Anteil von 90–100 Prozent der Kinder an, die betreut werden sollen. Das würde hochgerechnet Kosten von über 35 Mio. Franken verursachen; bauliche Massnahmen sind dabei nicht eingerechnet. Glauben die Mitglieder des Grossen Stadtrates wirklich, dass die Stadt Luzern diesen Bedarf hat? Luzern ist nicht Zürich, Luzern ist und bleibt Luzern, mit seinen eigenen Bedürfnissen. Diese können sich selbstverständlich ändern, aber nicht in den nächsten paar Jahren. Gemäss Angabe in der Motion verfügen nur gerade 40 Gemeinden über eine «richtige» Tagesschule. Das entspricht einem Anteil von 1,8 Prozent aller Gemeinden. Es wäre spannend herauszufinden, wieso einzelne Gemeinden eine «richtige» Tagesschule anbieten. Die Sprechende ging dieser Sache nicht auf den Grund, aber sie weiss von einzelnen Gemeinden, die einfach so ländlich sind, dass ihre Kinder über Mittag gar nicht den langen Schulweg machen können. Bestimmt gehören auch diese Gemeinden zu den 1,8 Prozent.

Noch immer ist es in der Regel meistens so, dass nach der Geburt eines Kindes die Mutter und teilweise auch der Vater das Pensum reduzieren, um mehr Zeit mit dem Kind verbringen zu können. Die Stadt Luzern musste ihr Personalreglement deswegen sogar extra anpassen. Die meisten Mütter arbeiten, wenn sie das erste Kind hatten, nicht mehr in einem höheren als einem 60-Prozent-Pensum, – nicht weil sie nicht könnten, sondern weil sie nicht wollen. Das ist zu akzeptieren. Die Sprechende arbeitet in der Personalabteilung eines Betriebs mit einem Frauenanteil von 75 Prozent. Sie wünschte sich oft, es wäre anders. Denn bei über 560 Mitarbeitenden sind immer mehrere Frauen gleichzeitig schwanger und reduzieren nach dem Mutterschaftsurlaub ihr Arbeitspensum massiv. Sie wollen das, es ist ihr eigener Wille. Ja, die FDP-Fraktion steht ein für Veränderung, aber nicht um jeden Preis. Sie steht zur heutigen Tagesschule der Stadt Luzern und will keinen Zwang, sondern ein Angebot je nach Bedarf, das für die Eltern frei wählbar ist. Die Eltern sollen weiterhin selber bestimmen können. Die FDP-Fraktion wird die Motion fast einstimmig ablehnen.

Marcel Lingg könnte jetzt eine Motion einreichen, Luzern müsse ein neues Fussballstadion bauen. Da würden ihm alle entgegenhalten, dass Luzern schon ein neues Fussballstadion hat, das inzwischen auch schon manchen Trainer sah. Er könnte einen Vorstoss einreichen, es müsse eine direkte Veloverbindung vom Südpol zum Neubad geschaffen werden. Da würden ihm alle sagen, eine solche Verbindung gebe es ja schon, darüber müsse der Grosse Stadtrat nicht mehr diskutieren, sondern eher über die Finanzierung dieser beiden Kulturbetriebe. Genauso ist es mit der vorliegenden Motion. Gefordert wird die Einführung einer Tagesschule. Judith Wyrsh hat jetzt lange erklärt, wie schlecht es sei, wenn man keine Tagesschule hat. Aber seien wir doch ehrlich: Die Stadt Luzern hat ja schon eine Tagesschule. Judith Wyrsh soll doch ehrlich zugeben, dass die Stadt Luzern schon eine Tagesschule hat. Der einzige Unterschied liegt darin, dass die Motionäre ganz klar die heutige Freiwilligkeit und Wahlmöglichkeit, wie intensiv Eltern die Tagesschule nutzen, aufheben wollen. Ihrer Ansicht nach geht es nur noch mit einer 100-Prozent-Tagesschule. Es gibt heute vermutlich zwei Familienmodelle, die man als vollkommen veraltet betrachten muss. Wenn jemand auch aus SVP-Kreisen heute noch sagt, die Frau müsse, sobald sie Kinder hat, zuhause am Herd bleiben, oder auch umgekehrt, dass der Mann zuhause bleibt, also dass nur ein Elternteil die Familie ernährt und der andere Teil den Haushalt macht, dann ist das völlig veraltet. Das kann man heute teilweise auch aus finanziellen Gründen nicht mehr umsetzen. Das ist veraltet, und darum braucht es Angebote. Aber es ist ebenso ein veraltetes Familienmodell, das die Motionäre hier dem Grossen Stadtrat wieder schmackhaft machen wollen, dass einfach beide Elternteile, ob sie dann arbeiten gehen oder nicht, tagsüber nicht mehr für die Kinder zuständig sein dürfen, sondern die Betreuung der Kinder an die Allgemeinheit, also an die Schulen, abgeben müssen. Das ist überhaupt nicht mehr modern. Auch die Wirtschaft arbeitet heute auf andere Modelle hin: Man spricht z. B. von neuen Arbeitszeitmodellen, man spricht von Homeoffice, um den Eltern eben genau die Möglichkeit zu bieten, in dem Umfang, in welchem sie es wollen, ihre Kinder zuhause am Mittagstisch begrüßen zu können. Das ist für die Entwicklung der Kinder nicht schlecht. Jetzt wurde den Anwesenden ja wieder weisgemacht, es sei für die Kinder, wenn sie über Mittag nach Hause gehen, pädagogisch schlechter, ihre schulischen Kompetenzen würden nicht so gefördert, sie würden schlechter lernen. Der Sprechende merkte zwischen den Zeilen der Motion – aber das will er jetzt einfach einmal im Raum stehen lassen –, dass vermutlich mehrheitlich Migranten und Fremdsprachige gemeint sind. Luzia Vetterli hat eigens von fremdsprachigen Kindern gesprochen; es ist nicht der Sprechende, der jetzt diesen Aspekt herausgreift. Aber nur weil es vielleicht Familien geben mag, die von der Tagesschule profitieren könnten, muss man die Tagesschule doch nicht flächendeckend auch für funktionierende Familien einführen. Die Fremdsprachigen können nicht als Argument für eine flächendeckende Tagesschule herangezogen werden. Die SVP-Fraktion möchte genauso wie die FDP-Fraktion das heutige Erfolgsmodell weiterhin beibehalten. 1997 ergriff die SVP das Referendum gegen die Einführung der Tagesschule und ebnete so den Weg, dass die Stadt das jetzige, vermutlich einmalige Erfolgsmodell umsetzen konnte. Der Sprechende ist sich bewusst, dass auch das jetzige Modell noch ein paar Fehler hat. Es darf nicht sein, dass jemand, der nur für einen Tag einen Platz sucht, abgewimmelt wird. Noëlle Bucher hat ein Beispiel erwähnt, das in diese Richtung geht. Aber gerade das Beispiel, das sie schilderte – beide Elternteile arbeiten je 60 Prozent –, scheint dem Sprechenden symptomatisch: Diese Eltern wollen keinen Zwang, sie wollen ihre Kinder nicht zu 100 Prozent in die Tagesschule schicken müssen.

Genau eine solche Familie ist ein Beispiel dafür, dass Eltern an einem oder an zwei Tagen eine Betreuung für das Kind, aber an den anderen Tagen das Kind bei sich haben wollen. Diesen Familien soll man doch weiterhin die Möglichkeit geben, sich an den Tagen, an welchen sie es wollen, am Mittag daheim zu verpflegen. In diesem Sinn steht die SVP-Fraktion hinter dem heutigen System. Die Fraktion hat im Zusammenhang mit dem Schulhaus St. Karli die Protokollbemerkung unterstützt, dass das Angebot bis zu 60 Prozent ausgebaut werden soll; sie ist bereit, Verbesserungen mitzutragen, auch wenn sie zu ein bisschen höheren Kosten führen sollten. Aber diese immensen Kosten, die vorhin erwähnt wurden – der Sprechende selber hat sie noch nicht genau ausgerechnet, aber es wird sich klar um einen zweistelligen Millionenbetrag handeln –, diese Kosten will die SVP-Fraktion nicht einsetzen, um ein letztlich pädagogisch schlechteres System einzuführen. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Mirjam Fries gibt Marcel Lingg und Sandra Felder-Estermann recht: Der Titel der Motion «Tageschulen für die Stadt Luzern» ist leicht irreführend. Er erweckt den Eindruck, Luzern habe keine Tagesschulen. Die Stadt hat Tagesschulen respektive Tagesstrukturen, es ist einfach das additive Modell. Das heisst, dass die Eltern in der Stadt Luzern selber wählen können, wie häufig sie ihre Kinder betreuen lassen möchten, sei es am Morgen, am Mittag oder am Nachmittag. Wer möchte, kann eine Betreuung für den ganzen Tag oder die ganze Woche wählen. In Luzern ist die Betreuung einfach freiwillig, während die Tagesschule im angesprochenen Zürcher Modell verpflichtend ist.

Genügend Betreuungsplätze sind für die CVP-Fraktion absolut wichtig, sie unterstützte den bedarfsgerechten Ausbau in der Stadt immer. Der Sinn und die Notwendigkeit von Tagesstrukturen an der Volksschule sind mittlerweile unbestritten, sei es in Bezug auf die Chancengleichheit für alle Kinder oder auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die CVP-Fraktion hat das Anliegen der Motion intensiv und sehr kontrovers diskutiert. Heute ist es ja so, dass die Kinder für die Tagesschule angemeldet werden. Im Zürcher Modell ist es gerade umgekehrt, sie müssen abgemeldet werden. Das ist ein anderer Ansatz, ein anderer Regelfall. In der Stadt Luzern nehmen aktuell 36 Prozent der Kindergärtler und Volksschüler ein Betreuungsangebot in Anspruch. Die Versorgungsquote wird aktuell auf 40 Prozent ausgebaut. Die Stadt Luzern ist also noch lange nicht bei 100 Prozent.

Es gibt Leute, die gerne in einem Teilzeitpensum arbeiten und die Kinder nicht die ganze Woche betreuen lassen möchten, Frauen und tendenziell auch immer mehr Männer. Viele Kinder gehen am Mittag noch nach Hause. Mit der individuellen Wahlmöglichkeit ist das Luzerner Modell sehr bedürfnisorientiert und auf die aktuelle gesellschaftliche Situation zugeschnitten.

Eine Tagesschule für alle hätte aber auch ihre Vorteile, z. B. wäre die Organisation einfacher. Auch das Argument einer möglichst hohen Chancengleichheit spricht tendenziell für eine Tagesschule für alle.

Der Bedarf an Betreuung hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Gut möglich, dass es in ein paar Jahren Sinn macht, die Tagesschule für alle effektiv einzuführen. Für die CVP-Fraktion ist es aber zum jetzigen Zeitpunkt zu früh dafür. Das aktuelle Modell passt zur Stadt Luzern und funktioniert aus Sicht der Fraktion zur Zufriedenheit der meisten Eltern und Schüler. Der richtige Weg scheint der CVP-Fraktion die Evaluation der Unterrichtszeiten zu sein, wie sie bei der Motion 160

diskutiert wurde. Die Evaluation soll aufzeigen, wie das aktuelle Modell angepasst und weiterentwickelt werden kann. Vielleicht zeigt sich dann auch irgendwann, dass die Tagesschule effektiv das richtige Modell ist. Zum heutigen Zeitpunkt teilt die CVP-Fraktion die Meinung des Stadtrates und lehnt die Motion ab.

Judith Wyrsh weiss nicht, ob alle Mitglieder des Grossen Stadtrates die Motion der GLP-Fraktion wirklich gelesen haben, denn hier steht: «Am Prinzip der Freiwilligkeit soll auch künftig nicht gerüttelt werden.» Also entfällt das Argument gegen die Motion, die Freiwilligkeit sei dann nicht mehr gegeben. Die Gegner der Motion gehen von irgendeiner Vorstellung aus, die sie im Kopf haben. In der Motion wird zwar das Zürcher Modell erwähnt, aber es steht auch: «als Anregung». Die GLP-Fraktion hat die Motion bewusst offen formuliert, damit die Stadt Luzern selber kreativ werden kann. Dass die Tagesschule billig sei, hat die Sprechende übrigens nicht gesagt, denn billig wäre auch nicht gut. Und im Gegensatz zur FDP-Sprecherin wäre die Sprechende unglaublich froh gewesen, sie hätte irgendwo auf den Papieren, die sie damals zur Anmeldung ihrer Kinder erhielt, auf einfache Weise und kurz angeben können, dass sie ihre Kinder am Montag, Dienstag und Mittwoch vollumfänglich betreut haben möchte. Es geht nicht darum, ob jemand politisch links oder rechts steht, sondern es geht um Bedürfnisse der Gesellschaft, die vorhanden sind und die man ernst nehmen muss. Die CVP-Fraktion ist der Ansicht, es sei jetzt zu früh – aber wenn nicht jetzt, wann denn sonst?

Maria Pilotto: Im Zusammenhang mit so fortschrittsorientierten Ideen wie der Tagesschule wird oftmals erwähnt, dass man ja nicht vorschreiben möchte, wie Familien zu leben haben, und dass man die Wahlfreiheit gewährleisten möchte. Aber jede Art von Schule, Wirtschaft oder Sozialstaat, wie auch immer sie gestaltet sind, haben einen Einfluss auf das, was als normal betrachtet wird. Wenn man jetzt sagt, die additive Tagesschule sei ja schon die Tagesschule, stimmt das einfach nicht in dem Sinn, wie es die Sprechende für die Stadt Luzern möchte. Es kommt vielleicht am Schluss das Gleiche heraus, weil die Eltern das Gleiche wählen, aber die Voraussetzung ist eine andere: Bei der Tagesschule gilt es als normal, dass die Kinder den ganzen Tag in der Schule sind, und man müsste sie aktiv abmelden. Das ist ein sehr wichtiger Punkt.

In den vorangegangenen Voten wurden die 36 Prozent Kinder ein paar Mal erwähnt, die aktuell in der Stadt Luzern in der schulergänzenden Tagesbetreuung sind. Man müsste aber auch noch den Drittel der Kinder dazurechnen, die sonst irgendwo betreut werden; rund ein Drittel der Familien braucht sonst eine zusätzliche Betreuung, sei das durch Nachbarn, Grosseltern oder wen auch immer. So ergeben sich schon 60 Prozent. Diese Familien greifen vielleicht nicht auf die Schulangebote zurück, weil sie eine Absage erhalten haben, weil es mit der Betreuung einfach nicht so klappte, wie sie sie gebraucht hätten. Die Sprechende ist überzeugt, dass es sich wirklich um einen Mehrheitsbedarf handelt, und sie wünscht sich, dass der Grosse Stadtrat die Motion überweist, damit sich die Stadt Luzern zukunftsgerichtet auf diesen Mehrheitsbedarf ausrichten kann.

Luzia Vetterli hat nicht ganz verstanden, was die Bürgerlichen in diese Motion hineinlasen. Sie betont, dass die Motion von der GLP-Fraktion und nicht von der SP/JUSO-Fraktion eingereicht wurde; es geht nicht um irgendein kommunistisches Modell. Denn der Sprechenden kam es zum Teil so vor, als herrschte auf der bürgerlichen Seite irgendwie die irrationale Angst, man wolle die

Kinder fünf Tage pro Woche von morgens 7 Uhr bis abends 18 Uhr in eine staatliche Indoktrination stecken. Die Abwehrhaltung gegen die Motion war zum Teil extrem. Die Sprechende wiederholt deshalb noch einmal, um was es geht, damit es alle verstehen:

1. Es soll keinen Zwang geben. Es gibt immer die Option, dass man die Kinder nicht in die Tagesschule schickt.
2. Es geht nicht um eine Fünftageschulwoche, sondern es geht für die 1. bis 4. Klasse um drei Mittagessen pro Woche. An zwei Mittagessen sind diese Kinder zuhause. Das ist das normale Modell. Vielleicht hilft diese Erklärung, um die irrationalen Ängste vor irgendeinem kommunistischen System abzubauen.

Wenn die SVP-Fraktion irgendwie von Migrationsfamilien spricht, die nicht intakt sein sollen, während Schweizer Familien es sind, will die Sprechende das nicht weiter kommentieren. Sie hofft, dass Marcel Lingg das auch nicht so pauschal gemeint hat. Sie fragt Marcel Lingg, ob sein Hinweis, die Tagesschule sei pädagogisch schlechter, einfach seiner persönlichen Haltung entspricht oder ob es irgendeinen Nachweis gibt, dass das so sein soll. Das ist wahrscheinlich eine solche Bortoluzzi-mässige wissenschaftliche Studie, dass Kita-Plätze für Kinder schlecht seien. Das ist einfach nicht wahr. Es gibt diverse Studien, die belegen, dass jede Tagesschule, wenn sie mit der entsprechenden personellen Unterstützung korrekt aufgebaut wird, pädagogisch wertvoll ist. Zur Aussage der CVP-Fraktion, es sei jetzt noch zu früh, bemerkt die Sprechende wie Judith Wyrsch, dass der Grosse Stadtrat jetzt die Weichen für die Zukunft stellt. Es geht nicht um die 36 Prozent, die aktuell ein Betreuungsangebot nutzen, sondern um die Prozente, die in zehn Jahren ein Angebot brauchen. Die Sprechende ist überzeugt, dass die Stadt Luzern, wenn sie bis in zehn Jahren keine Tagesschule hat, fürchterlich im Rückstand sein wird. Deshalb muss sie jetzt beginnen.

Noëlle Bucher möchte kurz zum Votum der CVP-Fraktion etwas klarstellen. Eigentlich hätte sie von der CVP-Fraktion erwartet, dass diese zu ihrer Haltung steht, auch wenn es für sie als Familienpartei möglicherweise nicht angenehm ist. Den Ausbau des Mittagsangebots auf der Sekundarstufe hat die CVP-Fraktion nicht unterstützt, sonst hätte die Stadt dieses Angebot nämlich nicht erst seit letztem Jahr. Als der Grosse Stadtrat darüber abstimmte, war die CVP-Fraktion dagegen. Ebenfalls dagegen war sie, als es im Jahr 2012 darum ging, die Tagesstrukturen bedarfsgerecht auszubauen. Die einzigen beiden Fraktionen, die eine Variante unterstützten, die nicht dem effektiven Bedarf hinterherhinkt, waren die G/JG-Fraktion und die SP/JUSO-Fraktion. Die Sprechende ist gespannt, ob die CVP-Fraktion in zehn Jahren, wenn das Modell der Tagesschulen in der Stadt Luzern ein Erfolg ist, behaupten wird, sie sei 2019 auch für die Tagesschule gewesen.

Fabian Reinhard: Die FDP-Fraktionssprecherin hat einerseits sehr deutlich dargelegt, dass die FDP-Fraktion für Tagesschulen ist, andererseits aber auch begründet, warum die Fraktion die Motion ablehnt. Sie hat erwähnt, dass eine Minderheit in der Fraktion die Motion unterstützt. Der Sprechende will kurz begründen, warum das so ist. Die Zeiten haben sich geändert, die gesellschaftlichen Veränderungen sind anzuerkennen. Die letzte Volksabstimmung zu diesem Thema fand in der Stadt Luzern vor 20 Jahren statt, auch vor 30 Jahren gab es eine solche Abstimmung. In diesen 20–30 Jahren hat sich so einiges geändert, und der Sprechende ist überzeugt, dass die Stadt und der Grosse Stadtrat die politische Diskussion zum Thema Tagesschule führen müssen. In dieser politischen Diskussion geht es eben darum, welches Modell es sein soll, wie es funktionieren

soll, wie flexibel es sein soll, und natürlich auch, was es kosten soll. Die Motion fordert einen Planungsbericht. Wenn ein Planungsbericht vorliegt oder auf dem Weg zu einem Planungsbericht kann der Grosse Stadtrat politisch Einfluss nehmen, er kann sagen, was er sich vorstellt, und dann kommt es zu einer politischen Entscheidung. Es wird eine politische Entscheidung geben, inklusive Volksabstimmung. In diesem Sinn ist ein Teil der FDP-Fraktion für die Überweisung der Motion 161.

Marcel Lingg findet es bemerkenswert: Er hat etwas aufgegriffen, was von den Befürwortern der Motion gesagt wurde, nämlich dass die Tagesschule für fremdsprachige Kinder vorteilhaft ist, und wird deswegen jetzt fast wieder in eine gewisse Ecke hineingedrängt.

Judith Wyrsch hat noch einmal darauf hingewiesen, dass kein Zwang vorgesehen sei. Da stellt sich die Frage, ob man in diesem Fall die Motion so überweisen und gleichzeitig abschreiben könnte. Denn eine Tagesschule ohne Zwang, eine Tagesschule, die auf Freiwilligkeit beruht, hat die Stadt Luzern heute schon. Wenn es wirklich nur noch darum geht, ob man sich für die Tagesschule anmelden muss, damit man sie nutzen kann, oder ob man sich abmelden muss, dann ist es letztlich eine Frage der Verwaltung. Der Sprechende ist ganz klar der Meinung, dass man sich aktiv sollte anmelden müssen, wenn man eine Leistung beanspruchen will. Es ist eher komplizierter, wenn man sich abmelden muss, weil man eine Leistung nicht in Anspruch nehmen will. Realistisch betrachtet muss man annehmen, dass viele Eltern es vergessen werden, ihr Kind abzumelden; diese Kinder werden dann einfach nicht kommen, obwohl sie nicht abgemeldet wurden. Es wird mit diesem Abmeldungssystem gewisse Probleme geben. Von der Logik her ist ein Anmeldesystem vermutlich einfacher als ein Abmeldesystem. Das ist gleich wie in anderen Bereichen. Der Unterschied zwischen Befürwortern und Gegnern der Motion liegt jetzt offensichtlich nur noch in diesem kleinen Detail, anmelden oder abmelden; im Übrigen sind sie gleicher Meinung.

Jules Gut ist sehr erfreut über das Votum von Fabian Reinhard, denn dieser hat ihm ganz aus seinem liberalen Herzen gesprochen. Das war genau die Idee dieser Motion: Es geht darum, die Planung jetzt aufzugleisen, und es geht nicht darum, im August 2019, wenn das neue Schuljahr beginnt, einfach alle Schülerinnen und Schüler zu 100 Prozent in eine Tagesschulstruktur zu zwingen. Die Stadt hat Schulhausplanungen für mehr als 200 Mio. Franken auf dem Programm, deshalb soll sie jetzt diesen Prozess in Bewegung setzen und darüber diskutieren, was sie will, was finanzierbar ist, und was sie eben nicht will, weil es zu teuer ist. Es geht darum, diesen Prozess zu starten und proaktiv zu begleiten.

Der Sprechende will noch auf ein paar Widersprüche in den Voten der Fraktionen hinweisen, welche die Motion ablehnen. An ihrer letzten Sitzung diskutierte die Geschäftsprüfungskommission über die digitale Stadt Luzern. Das Thema wurde auch in den Medien aufgegriffen; es wurde gefordert, die Stadt müsse flexibler sein, sie müsse unterwegs sein, wie digitale Nomaden. Das alles findet der Sprechende super. Wie ist es aber heute in der Realität mit dem flexiblen Anmeldemodell der Stadt? Im Dezember erhält der Sprechende das Anmeldeformular und muss ankreuzen, was für ein Angebot er im nächsten August braucht. Er muss also mit seinem Chef abklären, in welcher Form er im August arbeitet. Wenn seine Frau zufälligerweise noch schwanger wird, wird sowieso wieder alles über den Haufen geworfen. Im April oder Mai erhält er dann den definitiven Entscheid,

ob sein Kind einen Platz hat oder nicht. Diese Abläufe hinken doch einfach hinter der Realität hinterher, wie sie heute ist. Das ist so was von Old School!

Auch der Sprechende hat Rückmeldungen erhalten: Eine Frau – das geht wieder ins Thema Gleichberechtigung hinein; in der Regel ist es die Frau – telefonierte der Stadt Luzern, um zu fragen, was sie jetzt machen müsse, denn im Entscheid, den sie erhielt, hiess es, sie müsse warten. Man gab ihr die Auskunft, jede Frau müsse eben einen Plan B haben. Genau so ist es: Jede Frau muss einen Plan B haben. Der Mann geht ja arbeiten und die Frau ist zuhause und kocht, sie kann ihr Arbeitspensum ja ein bisschen reduzieren, es wird dann schon irgendwie gehen. Das ist völlig surreal.

Avenir Suisse hat nachweislich mehrmals errechnet, dass die Tagesschule volkswirtschaftlich ein Mehrwert ist. Avenir Suisse ist ja beileibe kein linksradikaler Klub, sondern ziemlich gewerbeverbandsnah. Viel liberaler und viel FDP-näher kann man gar nicht sein. Alle Berechnungen von Avenir Suisse zeigen, dass die Tagesschule volkswirtschaftlich ein klarer Mehrwert ist. Der Sprechende hatte Kontakt mit der IHZ Luzern. Dort kann man nicht verstehen, dass eine FDP, eine liberale Wirtschaftspartei, sich gegen die Tagesschule ausspricht. Man versteht das nicht. Wenn sich der Sprechende mit Leuten im Brambergquartier unterhält, können auch diese es nicht verstehen, dass eine FDP gegen ein solches Modell ist. Ja natürlich, alle wissen das: Bei der Klimapolitik ist die FDP dafür, – aber dann trotzdem nicht dafür; man ist ja liberal, es ist alles freiwillig. Die Gemeinde Stansstad hatte Probleme, genug Familien anzuziehen, und musste überlegen, die Oberstufe mit der Nachbargemeinde zusammenzulegen. Was tat die Gemeinde Stansstad? Sie führte eine Tagesschule ein, eine Tagesschule, bei welcher man sein Kind noch am Tag vorher abmelden kann. Alle Kinder sind angemeldet, aber die Eltern können ihr Kind spontan für den nächsten Tag abmelden. Was war das Resultat? Stansstad wird von Zuzüglern überschwemmt, was bei den Steuern einen sehr deutlichen Mehrertrag generierte. Denn genau diese Flexibilität suchen die Leute, die berufstätig sind und ein hohes Einkommen haben.

Sandra Felder-Estermann hat auch ein liberales Herz. Wenn man Kinder hat, muss man wirklich immer auch einen Plan B haben. Ein Kind kann krank werden und zuhause bleiben müssen, und dann hat man einen Plan B, das ist normal. Die Betreuung durch Eltern und Grosseltern ist nicht per se schlechter. Es wurde gesagt, ein grosser Teil der Kinder werde auch ausserhalb der Tagesstrukturen fremdbetreut. Das ist so, aber das wird auch so gewünscht und ist für alle Beteiligten ein Mehrwert. In ihrem ersten Votum sagte Luzia Vetterli, man könne sich ja für alles abmelden. Das möchte die Sprechende nicht. Das Modell der Stadt Luzern ist besser. Zu Jules Gut bemerkt sie, dass die FDP-Fraktion für die Tagesschule ist, aber eben für ein flexibles Modell, wie die Stadt Luzern es schon hat. Die FDP-Fraktion ist für den weiteren Ausbau vor allem der Mittagsplätze, denn da stösst die Kapazität zum Teil an ihre Grenzen. Das Tagesschulmodell der Stadt Luzern ist heute schon freiwillig, es kann nach Bedarf von Montag bis Freitag genutzt werden, von allen, die das wollen. Es gab auch schon einen Bericht, wie viele Familien ein Angebot von Montag bis Freitag nutzen. Es sind äusserst wenige. Wenn alle Leute die Ansicht der Befürworter der Motion teilen würden, müsste diese Zahl massiv höher sein. Die FDP-Fraktion ist auf die Entwicklung dieser Zahlen gespannt. Selbstverständlich verschliesst sie sich Veränderungen nicht, wenn das Tagesschulmodell der Stadt Luzern nicht mehr zeitgemäss wäre und nicht mehr genügen würde; selbstverständlich würde sie dann eine entsprechende Anpassung unterstützen.

Mirjam Fries: Die CVP-Fraktion unterstützte damals, als die bedarfsgerechte Tagesschule eingeführt wurde, die Variante Midi. Das waren noch andere Zeiten: Es standen Sparpakete im Raum, und deshalb wurde dort auch in der ersten Version der Mittagstisch gestrichen. Jetzt ist die Stadt glücklicherweise wieder in einer besseren Lage. Eine Evaluation ist gut, und es ist gut möglich, dass es so herauskommt, wie die Befürworter der Motion es sehen, aber im Moment passt nach Ansicht der CVP-Fraktion das aktuelle Modell der Stadt Luzern besser zu ihrer gesellschaftlichen Realität.

Adrian Albisser: Man merkt, wie emotional es wird, wenn der Begriff Tagesschule im Raum steht. Der Grosse Stadtrat hat jetzt beide Motionen diskutiert; man kann in beiden Motionen Aspekte finden, welche man eher ablehnt, man kann aber auch aus beiden Motionen gute Punkte herauslesen. Wenn sich die Mitglieder des Grossen Stadtrates ja einig sind, dass das Tagesschulmodell der Stadt Luzern beispielhaft ist und im Moment funktioniert, sollten sie diesbezüglich auch nicht eine Entwicklung verhindern wollen. Es ist ein Stück weit nicht von der Hand zu weisen, dass man den Begriff und die Struktur der Tagesschule nicht ausklammern kann, wenn man die Unterrichtszeiten integral evaluieren und sich Gedanken über die Tagesstruktur der Volksschule machen will. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Evaluation der Unterrichtszeiten und die Prüfung einer Tagesschule zusammengehören. Die Prüfung einer Tagesschule ist auch ein Dienst an der Wirtschaftsförderung in dieser Stadt, denn es geht um eine Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insofern sollte man jetzt nicht einfach klare Fronten bilden und sagen, die Tagesschule sei wieder so eine linke Idee. Das ist nicht der Fall. Die SP/JUSO-Fraktion möchte die Weiterentwicklung gern genau anschauen können. Darum möchte sie beliebt machen, die Motion zu überweisen, damit der Grosse Stadtrat dann die Modelldiskussionen führen kann, welche er jetzt schon zu führen begonnen hat, obwohl er noch gar keine Ahnung hat, welches Modell tatsächlich das passende ist. Dass die Diskussion über dieses Thema stattfinden muss, darin sind sich wohl alle Fraktionen einig. Die Diskussion gehört aber genau in den Kontext des Planungsberichts, welchen die Motion verlangt.

Irina Studhalter findet die Argumente, die jetzt zum Teil vorgebracht wurden, schlichtweg bevormundend, z. B. wenn gesagt wird, die meisten Eltern würden es vergessen, ihr Kind abzumelden. Es sind zum Teil fadenscheinige, an den Haaren herbeigezogene Argumente, die nur dazu dienen, dass man sich weiterhin ans eigene Weltbild klammern kann. Die Sprechende bezeichnet sich als liberal; liberal bedeutet, dass man Möglichkeiten bietet, dass man auswählen lässt.

Stadtpräsident Beat Züsli: Es ist eine interessante Diskussion, welche der Grosse Stadtrat da führt. Sie hat jedoch auch gezeigt, dass die Motion zwar einen einfachen Titel hat, aber doch sehr viele verschiedene Interpretationsmöglichkeiten offenlässt. Der Sprechende möchte nur auf drei Modelle, die jetzt auch erwähnt wurden, kurz eingehen.

- Es wurde von einer gebundenen Tagesschule gesprochen, von einer Tagesschule, welche die Betreuung an fünf Tagen abdeckt, die sogenannte Ganztageschule. Die Stadt Luzern hat dieses Modell vor rund zehn Jahren in einem Pilotprojekt erprobt, das sie jedoch mangels Nachfrage beendete. Aber auch wenn dieses Pilotprojekt vor zehn Jahren beendet werden musste,

bedeutet das nicht, dass die Situation heute noch gleich ist. Selbstverständlich kann die Stadt auch dieses Modell wieder prüfen.

- In der Motion wird die Tagesschule 2025 der Stadt Zürich als mögliches Modell erwähnt. Luzia Vetterli hat im Detail ausgeführt, was das für die einzelnen Stufen bedeutet. Es geht vor allem um das Mittagessen, um mehr Verbindlichkeit über den Mittag. Grundsätzlich bleiben die Kinder an den Tagen, an welchen sie am Nachmittag Schule haben, über Mittag in der Schule. Die Eltern können sie jedoch abmelden, aber das geschieht dann für das ganze Jahr; diese Kinder sind dann das ganze Jahr nicht dabei. Dieses Modell unterscheidet sich nur schon von den Betreuungszeiten her sehr stark vom Fünftages- oder Ganztagesmodell. Es ist aber ein Modell, das nach Ansicht des Stadtrates im Zusammenhang mit der vorhin überwiesenen Motion 160, der Evaluation der Unterrichtszeiten, geprüft werden kann, ob es einen möglichen Ansatz bietet, der für die Stadt Luzern interessant sein könnte. Im Moment ist es nicht möglich, auf diese Frage eine Antwort zu geben.
 - Das dritte Modell ist das, welches die Stadt bereits anwendet, das Modell der additiven Tagesschule. Darüber, ob man die additive Tagesschule als echte, richtige Tagesschule betrachten will oder bloss als eine Art Tagesschule, kann man selbstverständlich diskutieren. Der Sprechende möchte dazu ein paar Zahlen anführen: Aktuell stehen im Betreuungsangebot der Stadt rund 616 Tagesplätze und knapp 200 zusätzliche Mittagstischplätze zur Verfügung. Wie in verschiedenen Voten richtig bemerkt wurde, können nicht immer alle Anfragen befriedigt werden. Die genauen Zahlen sind im Monitoringbericht, der vor wenigen Tagen erschien, nachzulesen. Dort sieht man, dass im Februar 2018, also für den Schuljahresbeginn 2018/2019, über die gesamte Stadt hin die Anfragen für 83 Kinder nicht befriedigt werden konnten. Da es sich immer nur um Teilbetreuungsbedürfnisse handelt, sind das etwa 35 Betreuungsplätze, die nicht ganz gleichmässig verteilt sind: Die Anfragen bestehen hauptsächlich für Montag und Dienstag und vor allem für den Donnerstag. Die Stadt deckt also die Nachfrage nicht zu 100 Prozent ab. Die Umsetzung, welche die Stadt vornimmt, entspricht jedoch dem Fahrplan des Berichts und Antrags, den der Grosse Stadtrat beschloss, wobei er aus mehreren Varianten eine Mittelvariante wählte, auch im Hinblick darauf, dass diese nur mittlere Kosten verursacht.
- Die verschiedenen Modelle weisen Unterschiede bezüglich Ausrichtung, Nachfrage und Kosten auf. Die Motion 161, über welche der Grosse Stadtrat jetzt diskutiert, fordert am Schluss einen Planungsbericht, der konkrete Schritte für die Einführung einer Tagesschule aufzeigen soll. Der Stadtrat hat die Motion sorgfältig und mehrmals gelesen. Er kam zum Schluss, dass es jetzt noch nicht klar ist, was für eine Tagesschule das wäre. Er ist deshalb der Ansicht, dass er dem Bedürfnis der Motion 161 mit der vorhin überwiesenen Motion 160 recht weit entgegenkommen kann. Der Sprechende denkt, dass es sich bei der Differenz zwischen dieser Haltung des Stadtrates und der Forderung der Motion 161 vor allem um eine Differenz in Bezug auf das Vorgehen handelt. Der Stadtrat möchte eine Evaluation durchführen, er möchte die Bedürfnisse abklären und dann aufzeigen, welches Modell sinnvoll wäre. Er spricht sich gegen die Überweisung der Motion 161 aus, denn zum jetzigen Zeitpunkt ist noch völlig offen, welches Modell es sein könnte. Mit der überwiesenen Motion 160 würde nach Ansicht des Stadtrates der grösste Teil der Anliegen der Motion 161 abgedeckt. Der Sprechende versichert, dass im Planungsbericht, den der Stadtrat aufgrund der überwiesenen Motion 160 ausarbeiten wird, die Tagesschulmodelle behandelt werden.

Judith Wyrsch widerspricht dem Stadtpräsidenten, sie findet, er habe das jetzt einfach ein bisschen schöneredet. Ja, die GLP-Fraktion will einen Planungsbericht, aber sie hat die Motion unglaublich offen formuliert. Die beste Zusammenfassung brachte vorhin Adrian Albisser: Die beiden Motionen bedingen sich. Es wurde auch verschiedentlich aufgezeigt, was es alles an Möglichkeiten und Modellen gibt. Diese Möglichkeiten müssen analysiert, geprüft und angegangen werden. Das kann nicht einfach über die Evaluation von Schulstundenpensen geschehen. Wäre man dann letztlich nicht einfach wieder beim additiven Modell? Natürlich kann auch ein additives Modell tatsächlich als Tagesschulstruktur funktionieren. Aber bedeutet das dann, dass sich eine junge Mutter, die berufstätig sein will, immer noch durch 23 Kreuzchen hindurchangeln muss, damit sie irgendwo einen Betreuungsplatz erhält? Es geht um die Vereinfachung von Strukturen. Wenn man eine zukunftssträchtige Diskussion führen will, die eine weitere Generation betrifft, muss man jetzt beginnen, und zwar unbedingt mit beiden Motionen.

Stefan Sägesser will als Mann darauf hinweisen, dass die Zukunft unserer Gesellschaft weiblich ist. Die Damen wissen das wahrscheinlich bereits, deshalb sei es den Herren gesagt. Und das sagt nicht einfach der Sprechende, sondern das sagt Avenir Suisse: Gemäss Avenir Suisse kann die Schweiz, da in den nächsten zehn Jahren 1,5 Mio. Personen in Pension gehen, arbeitstechnisch ihr Niveau nur halten, wenn die Frauen vollständig integriert werden. Jetzt werden die Frauen immer noch exkludiert und als Bürgerinnen zweiter Klasse behandelt. Die GLP setzt sich für ein anderes Verhalten ein.

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion 161.

Pause 20.25–20.55 Uhr

7 Postulat 236, Noëlle Bucher und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion, Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Stefan Sägesser und Judith Wyrsch namens der GLP-Fraktion vom 20. September 2018: Mädchenförderung im Sport – auch in der Stadt Luzern!

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Sandra Felder-Estermann: Die FDP-Fraktion stellt einen **Ablehnungsantrag**. Sie findet die Antwort des Stadtrates weitgehend gut, vor allem den ersten Satz im untersten Abschnitt auf der ersten Seite: «Der Stadtrat steht einem umfassenden Ausbau eines Mädchensportangebots durch die Stadt Luzern skeptisch gegenüber.» Die FDP-Fraktion fragt sich jedoch, wieso der Stadtrat dann das Postulat vollständig entgegennimmt und nicht nur teilweise? Eine teilweise Überweisung hätte die Fraktion nämlich unterstützt, denn sie setzt sich wirklich für die Sportförderung ein, sie macht

nicht nur Versprechen, sondern engagiert sich aktiv für den Sport. Ausgerechnet die unterzeichneten Parteien setzen sich für bessere Integration sowie für eine Frauenquote ein, aber beim Sport wollen sie mehr Separation der Mädchen. Und das in der heutigen Zeit, in welcher von mehr als nur von zwei Geschlechtern gesprochen wird.

Natürlich sollen Sportangebote gefördert werden, die für Mädchen passender und interessanter sind. Denn es gibt wirklich auf der Wunschliste nach Sport Unterschiede bei den Mädchen und Knaben. Das zeigt der neuste Bericht der PH Luzern, der vor Kurzem in der ERFA-Gruppe Sport vorgestellt wurde. Bei diesem Anlass war leider ausser der Sprechenden niemand vom Grossen Stadtrat anwesend. Aber Angebote, die nur Mädchen oder nur Knaben wollen, gibt es einfach auch nicht. Die FDP-Fraktion will auf keinen Fall «girls only»-Kurse, wie sie im Postulat vorgeschlagen werden. Bei einem solchen Angebot werden nämlich wieder gewisse Kinder ausgeschlossen. Die FDP-Fraktion will keinen Ausschluss, sondern gelebte Integration, was im Sport ja wunderbar gelingt. Sport ist Leidenschaft, Begeisterung, er fördert den Teamgeist, stärkt den Durchhaltewille, weckt Emotionen. Beim Sport ist das Geschlecht sowie der kulturelle Hintergrund völlig egal. Aus diesem Grund kann die Fraktion der Forderung des Postulats nicht mit einer vollständigen Überweisung zustimmen.

Das Sportlerherz der Sprechenden sagt ebenfalls klar Nein. Als Teenager nahm sie aktiv und erfolgreich an Tanzturnieren teil; ohne Knaben beziehungsweise Männer wäre das schlicht nicht möglich gewesen. Und Tanzen gehört auch heute noch immer zu den Sportarten, welche vor allem die Mädchen ansprechen, aber man soll doch auf keinen Fall die Knaben von einem solchen Angebot ausschliessen, denn junge Tänzer braucht es auch, damit diese wunderbare Randsportart weiterhin stattfinden kann.

Fussball hingegen ist bei Mädchen weniger hoch im Kurs, aber auch immer beliebter. Deshalb dürfen die Mädchen in allen Fussball-Juniorenkategorien mit und gegen Buben spielen. Die Tochter der Sprechenden wollte unbedingt mit ihrem Bruder trainieren gehen, aber sie war leider zu jung, um das in der gleichen Gruppe tun zu können. Eine Separation macht somit auch da keinen Sinn. In der Stadt Luzern führen der FCL und auch die Kickers Mädchenmannschaften. Das soll auch weiter so bleiben und selbstverständlich auch gefördert werden.

Ja, die FDP-Fraktion ist für Sportförderung und Integration von allen möglichen Geschlechtern. Deshalb muss sie das Postulat ganz klar ablehnen, denn eine teilweise Überweisung ist ja leider nicht möglich. Die FDP-Fraktion ist nicht gegen die Sportförderung, sondern gegen die vollständige Überweisung des Postulats.

Luzia Vetterli hätte fast Wetten abgeschlossen, dass ein Ablehnungsantrag gestellt wird, aber sie hätte nicht auf die FDP-Fraktion getippt, sondern auf die SVP-Fraktion. Heute scheint jedoch die FDP ein bisschen die Arbeit der SVP zu übernehmen. Eigentlich ist die Sprechende ganz froh über den Ablehnungsantrag, denn das gibt ihr die Gelegenheit, etwas zur Antwort des Stadtrates zu sagen. Diese kam ihr nämlich, wie auch Sandra Felder-Estermann, ein bisschen komisch vor. Man könnte ja eigentlich froh sein und sich einfach bedanken, wenn ein Postulat entgegengenommen wird. Aber wenn die Sprechende dann Sätze liest wie z. B.: «Es gibt bereits spezifische Angebote für Mädchen im Geräteturnen und Fitness. ... Spezifische Angebote für bestimmte Geschlechtergruppen sind ein denkbarer und prüfenswerter Ansatz. Bei den Sportturnieren wird bereits in Kna-

ben- und Mädchenkategorien gespielt. Schneesportlager sollten für Mädchen und Knaben gleichermaßen zugänglich sein», wenn sie also solche Sätze liest, überlegt sie sich schon, ob diese Stellungnahme wirklich aus dem Jahr 2019 stammt. Sie tönt für die Sprechende arg nach den 50er- und 60er-Jahren, in welchen man z. B. noch darüber stritt, ob die Frauen im Hallenbad zu den gleichen Zeiten schwimmen dürfen wie die Männer. Es wäre schön gewesen, wenn der Stadtrat ein bisschen weitergedacht und kreativ und innovativ überlegt hätte. Andere Städte machen es vor. Es ist ein wichtiges Thema. Zwei Beispiele: Im Ruderclub der Sprechenden, einer doch recht traditionellen Institution, weigerte sich der Rudertrainer im Leistungssport bis letztes Jahr, die Mädchen zu trainieren; er weigerte sich einfach, obwohl der Club es wollte. Als der Grosse Stadtrat im letzten Sommer beim Fussballclub OG zu Besuch war, fragte die Sprechende, wie es mit den Mädchenmannschaften stehe. Es gibt keine! Und dieser Club erhält doch von der Stadt relativ viel Subventionen. Solche Zustände versteht die Sprechende nicht. Es geht nicht darum, Ballettkurse, Bodenturnen, Badminton oder sonst irgendetwas für Mädchen anzubieten. Dadurch würde die Geschlechterrolle gleich wieder zementiert. Sondern es geht darum, den Mädchen z. B. den Fussball oder irgendwelche anderen Sportarten schmackhaft zu machen, die sie vielleicht nicht gerade als Erstes wählen würden. Umgekehrt findet es die Sprechende genauso toll wie Sandra Felder-Estermann, wenn Knaben tanzen, reiten oder ins Ballett gehen. Das unterstützt die SP/JUSO-Fraktion gleichermassen. Aber in diesem Postulat geht es jetzt eben vor allem um die Mädchenförderung, weil dort noch ein Ausbau nötig ist. Der Stadtrat hätte bei den Massnahmen, die er vorsieht, so z. B. den Ausbau von Frauengarderoben usw., schon ein bisschen innovativer sein können. Das ist ja wohl klar, dass man Garderoben bauen muss, das gehört einfach dazu. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt, und deshalb würde es die Sprechende trotzdem freuen, wenn das Postulat überwiesen wird. Dadurch wird der Stadtrat hoffentlich dazu animiert, innovativer zu werden und sich auch bei anderen Städten umzusehen – die Stadt Luzern muss ja das Rad nicht neu erfinden –, um die Mädchen in der Sportwelt entsprechend mehr zu fördern.

Noëlle Bucher ist mit Sandra Felder-Estermann in einem Punkt einig: Auch sie war, nachdem sie die Antwort gelesen hatte, überrascht, dass der Stadtrat das Postulat vollständig entgegennimmt. Die G/JG-Fraktion hält natürlich an der Überweisung des Postulats fest, denn sie erachtet es als notwendig, dass in der Stadt Luzern Massnahmen zur Mädchenförderung im Sport ergriffen werden. Studien belegen, dass die sportliche Aktivität von Mädchen ab dem zwölften Lebensjahr signifikant abnimmt und deutlich hinter der ihrer männlichen Altersgenossen zurückbleibt. Die Differenz ist mit Blick auf die gesetzlich zugesicherte Gleichstellung von Mädchen und Knaben beziehungsweise von Frauen und Männern problematisch, vor allem weil sie auch kulturell und ökonomisch bedingt ist. So treiben insbesondere Mädchen aus bildungsfernen Schichten sowie aus Familien mit Migrationshintergrund weniger Sport. Die körperlichen Folgen von Bewegungsmangel können für die persönliche Entwicklung und das Selbstbewusstsein einer jungen Frau ausschlaggebend sein.

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen, was die G/JG-Fraktion freut. Er möchte unter anderem mit Beiträgen an Vereine für Infrastrukturanpassungen, z. B. Garderoben, dem Problem entgegenwirken, dass Mädchen ab einem gewissen Alter weniger Sport treiben als Knaben. Die Sprechende findet das super, denn in der Stadt Luzern gibt es tatsächlich Infrastrukturprobleme. Der SC OG hat – Luzia Vetterli erwähnte es vorhin – keine Mädchenmannschaft; er führt das ganz konkret auf

die fehlende Infrastruktur zurück. Die Sprechende glaubt jedoch nicht, dass fehlende Frauengarde-
roben der Hauptgrund dafür sind, dass Mädchen ihr Interesse am Sport verlieren. Darum hätte sie
sich gut vorstellen können, dass die Stadt als eine mögliche Massnahme ein Projekt zur Mädchen-
förderung im Sport entwickelt, wie das andere Städte oder auch Stiftungen wie z. B. IdéeSport oder
Laureus Schweiz tun. Das Projekt «Girls Camps» bietet beispielsweise in verschiedenen Regionen
eine Woche lang ein polysportives Angebot für Mädchen und junge Frauen im Alter von 12 bis 16
Jahren mit Fokus auf Sport, Bewegung, Persönlichkeitsbildung sowie Gesundheit und Ernährung
an. Viele Vereine und auch Leistungssportlerinnen aus der Region wirken mit, sodass die Besu-
cherinnen leicht Anknüpfungspunkte für weitere Aktivitäten finden können. Ziel ist es, dass sich die
Mädchen selber auch ausserhalb der Camps zu Sport und Bewegung motivieren.

Der Stadtrat sieht, wie er in seiner Stellungnahme zum Postulat schreibt, als weitere Massnahme
vor, dass bei der Weiterentwicklung der Sportkids-Angebote Kurse ins Programm aufgenommen
werden, die für Mädchen attraktiv sind. Dieser Ansatz scheint der Votantin schon eher Erfolg ver-
sprechend. Aber, und da schliesst sie sich Luzia Vetterli an, nicht nur Tanzen, Geräteturnen und
Yoga sind für Mädchen attraktive Sportarten. Auch mit Angeboten wie Klettern, Handball und Ho-
ckey kann man Mädchen ansprechen. Apropos: Die Sprechende wollte letzte Woche ihre älteste
Tochter im Rahmen der Freizeitangebote für die Kreativ- und Sportwochen in den Osterferien an-
melden. Das Ballettangebot ist nur für Knaben zugänglich. Aber ihre Tochter möchte sowieso lie-
ber in den Wald. Da passt der Ganztageskreativkurs «Abenteuer pur» inklusive Holz hacken,
Feuer machen und abseilen perfekt. Aber die Enttäuschung war gross, als sie sahen, dass dieser
Kurs nur für Knaben zugänglich ist. Die Sprechende konnte ihre Tochter nicht anmelden. Einen
entsprechenden Kurs nur für Mädchen sucht man vergebens. Es besteht in der Stadt Luzern also
definitiv Nachholbedarf.

Thomas Gfeller möchte diese Thematik als Vater einer sportlich erfolgreichen Tochter ein biss-
chen von einer anderen Seite betrachten. Die SVP-Fraktion glaubt nicht, dass ein Mangel an Mög-
lichkeiten besteht, um sich sportlich zu betätigen. Es gibt genügend Vereine und Clubs, die teil-
weise kostenlos die Möglichkeit bieten, sich zu beteiligen und zu engagieren. Die SVP-Fraktion
stört die Forderung, speziell nur die Förderung von Mädchen und jungen Frauen zu prüfen und
nicht die Sportförderung als Ganzes zu betrachten. Sport ist wichtig, Sport verbindet, er hat eine
wichtige Bedeutung für die Integration und ist gesundheitsprophylaktisch. Gerade im heutigen Han-
dyzeitalter ist es ein Muss, dass sich die jungen Leute bewegen, in die Natur gehen und noch an-
dere Werte kennenlernen als nur diejenigen von Youtube und Instagram. Aber Sport hat auch ei-
nen kulturellen Hintergrund. Egal, ob mit oder ohne Migrationshintergrund: Wenn die Eltern keine
sportlichen Leuchten sind und es bevorzugen, den Feierabend genüsslich vor dem Fernseher zu
verbringen, werden mehrheitlich aus den Kindern keine sportlichen Champions. Bekanntlich lernen
die Kinder von den Eltern, sie werden durch die Eltern geprägt und erhalten von ihnen die Wertvor-
stellungen. Da ist es eben schon so, dass vor allem Menschen mit Migrationshintergrund sich we-
niger an den sportlichen Möglichkeiten beteiligen. Aber das ist nicht eine Folge des mangelnden
Angebots, es ist eine Folge davon, ob man sich aktiv an der Gesellschaft beteiligen will. Wenn ein
Familienoberhaupt auch nach zwanzig Jahren immer noch nicht Deutsch kann, sich gegen Integra-
tion ausspricht und jeden Sport- und Freizeitanlass verbietet, kann noch so viel gefördert werden,

der Erfolg bleibt auf der Strecke. Vielfach haben Leute mit Migrationshintergrund klare Vorstellungen von ihrem Leben, doch es kann vorkommen, dass sich ihre Werte nicht mit unseren Werten decken. Der Sprechende denkt an Schwimmunterricht, an die Verweigerung des Handschlags, aber auch an das Fernbleiben vom Klassenlager usw. Alle diese Förderungsmassnahmen sind explizit nur für Mädchen oder junge Frauen. Sie werden kläglich scheitern, weil der Unterschied in Bezug auf Kultur und Wertvorstellungen sehr gross und die Integration schlicht und einfach noch nicht angekommen ist. Wenn der Votant von Kultur spricht, so meint er nicht nur die Kultur zwischen Ausländern und Inländern, sondern eben auch die Familienkultur. Das betrifft auch uns selber. Der Sprechende will das versinnbildlichen: Aus einem ägyptischen Maultier wird durch Integration und Förderungsmassnahmen kein Bündner Geissbock. Dasselbe gilt auch umgekehrt. Das ist aber genau das, was einige von uns gern hätten: Wir nehmen uns das Recht heraus, bei Familien einzugreifen, ihnen zu sagen, was für sie gut ist. Jeder weiss, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, dass Sport gesund ist, vital hält und eine Bereicherung fürs Leben ist. Man muss es aber selber in die Hand nehmen, man muss es wollen, man muss dafür bereit sein, denn wie bereits eingangs erwähnt: Möglichkeiten – für Mädchen und Knaben – sind genügend vorhanden. Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Stefan Sägesser hatte gehofft, der Ratspräsident würde ihm nicht unmittelbar nach dem SVP-Sprecher das Wort erteilen, denn so erweckt das immer den Eindruck, als habe er ein SVP-Bashing vor, was doch nicht seiner Grundanlage als eines natürlich netten Menschen entspricht. Aber vonseiten der SVP-Fraktion wurde gerade wieder eine spezielle Werterhaltung vorgetragen. Zum Glück war es Thomas Gfeller, der da sprach, denn mit ihm lässt sich, wie der Sprechende aus Erfahrung weiss, auch anders diskutieren. Aber sonst prallen hier natürlich ganz unterschiedliche Wertvorstellungen aufeinander. Bezeichnenderweise merkte man das schon beim vorhergehenden Traktandum.

Der Sprechende teilt die Ansicht einiger seiner Vorrednerinnen: Die Antwort des Stadtrates strotzt vor Ungleichstellung. Die Stadt hat ein grundsätzliches Problem: Die Gleichstellung zwischen Frau und Mann, Knaben und Mädchen ist nicht gegeben, sie ist keine Selbstverständlichkeit. Das ist der Punkt, der den Sprechenden am meisten verwundert. In der Stellungnahme kommt das ganz deutlich zum Ausdruck. Das beelendet den Sprechenden am meisten am Ganzen.

Der Sprechende weiss, dass Sandra Felder-Estermann wirklich eine Sportbegeisterte ist und sich sehr für den Sport einsetzt; sie ist eine Ausnahmeerscheinung. Davor zieht er den Hut. Die Stadt muss jedoch Möglichkeiten bieten und Informationen dazu. Die GLP-Fraktion will die Gleichstellung auch im Sportbereich erreichen. Gerade Leute mit Migrationshintergrund, die von ihrem kulturellen Hintergrund her den Mädchensport vielleicht nicht so kennen – gemäss Aussage von Thomas Gfeller –, muss man dazu hinführen, wie andere auch. Der GLP-Fraktion ist es ein Grundanliegen, dass alle Leute gleichbehandelt werden, dass alle Leute die gleichen Kriterien erfüllen müssen und die gleichen Zugangsmöglichkeiten haben. Genau das will dieses Postulat.

Michael Zeier-Rast: Gleichberechtigung bedeutet nicht gleichmachen. Dass Mädchen und Frauen andere Interessen und Bedürfnisse haben, ist wohl allen klar. Und dass die Männer bei gewissen sportlichen Aktivitäten aufleben, an welchen die Frauen allenfalls in der Mehrheit nicht so interes-

siert sind – es gibt selbstverständlich Ausnahmen auf beiden Seiten –, das zeigen die Zahlen: Offenbar machen Mädchen und Frauen nur einen Drittel in den Sportvereinen aus. Das ist sicher nicht nur so, weil man zu wenig Förderung macht, sondern eben auch, weil die Interessenslagen anders sind. Selbstverständlich ist die CVP-Fraktion grundsätzlich für die Sportförderung, aber es ist nicht nur der Sport, der integriert, sondern es gibt auch andere Möglichkeiten, die Integration zu fördern, z. B. durch die Musik. Da haben interessanterweise viele Mädchen den grösseren Zugang als die Knaben, selbst Mädchen mit Migrationshintergrund. Bei den BaBeL Strings bilden Mädchen die Mehrheit. Soll man nun konsequenterweise, analog zu diesem Vorstoss, verlangen, dass alle Knaben, die im St. Karliquartier leben, zu den BaBeL Strings müssen? Nein, Mädchen und Knaben sollen das machen können, was ihnen naheliegt. Das hat wirklich auch etwas mit dem kulturellen Hintergrund zu tun, und das braucht Zeit. Das heisst nicht, dass man nicht fördern und unterstützen soll. Was das Postulat verlangt, ist grundsätzlich richtig, aber es geht zu weit. Es ist übrigens interessant, dass auch hier wieder die Stadt Zürich als Vorbild genommen wird; das war schon beim vorhergehenden Traktandum so. Die CVP-Fraktion ist wie die anderen Fraktionen erstaunt, dass der Stadtrat das Postulat entgegennimmt, denn in der Stellungnahme bringt er eigentlich zum Ausdruck, dass er nicht für das Postulat ist. Auch das war vorher schon so, aber gerade andersherum: Der Stadtrat ist zwar für die Tagesschule und will diese Frage abklären, aber die Motion 161 lehnte er ab. Das versteht die CVP-Fraktion nicht. Sie erwartet vom Stadtrat eine stringente Haltung. Die CVP-Fraktion hätte das vorliegende Postulat teilweise überweisen können. Sie lehnt jetzt die Überweisung nicht ab, aber wird sich der Stimme enthalten.

Stadtpräsident Beat Züsli: Was der Stadtrat auf keinen Fall will, ist eine Separation, wo sie nicht nötig ist. Der Stadtrat hat in der Stellungnahme dargelegt, dass es Angebote gibt, die von Mädchen weniger genutzt werden oder weniger genutzt werden können, weil sie eben nicht separat angeboten werden. Nach Ansicht des Stadtrates ist die Stadt nicht in der Lage, ein umfassendes Angebot an Mädchensport zu gewährleisten. Es gibt aber drei Bereiche – darum nimmt der Stadtrat das Postulat auch entgegen –, in welchen er eine weitere Förderung des Mädchensports sieht:

- Bei den Sportkids kann die Stadt Angebote und Kurse selber entsprechend ausgestalten.
- Die Stadt kann die Vereine beim Aufbau von Angeboten für Mädchen und junge Frauen unterstützen, sie kann auch etwas Entsprechendes einfordern, wenn ein Verein von der Stadt einen finanziellen Beitrag erhält.
- Der dritte Bereich ist der Bereich der Infrastrukturen, der nicht unterschätzt werden darf. Es gibt immer noch diverse Infrastrukturen, die den Anforderungen nicht entsprechend. Da kann die Stadt Unterstützung leisten und hat das auch bereits getan.

Der Sprechende bestreitet nicht, dass die Beispiele in der Stellungnahme vielleicht nicht sehr innovativ sind, aber der Stadtrat hat auch gezeigt, wo die Stadt gezielt, aber eben nicht flächendeckend oder umfassend, tätig werden kann. In diese Richtung möchte der Stadtrat gehen, und er nimmt auch die Anregungen, die jetzt in den Voten gemacht wurden, gern in die Umsetzung auf.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 236.

**8 Postulat 217, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. Juni 2018:
Luzern braucht ein City-Management**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Sonja Döbeli Stirnemann hat viele Jahre im Detailhandel gearbeitet; sie kennt diese Branche recht gut von innen und kann somit auch die Funktion eines solchen Centermanagers einschätzen. Deshalb hat sie mit dem Vorstoss grosse Mühe. Ein Shoppingcenter hat eine Hülle, einen Besitzer. Der Inhaber eines Shoppingcenters hat ein Ziel: Er möchte den Gewinn optimieren und maximieren. Auf diese Art wird ein Shoppingcenter von einem Centermanager geführt. Die eingemieteten Läden sind verpflichtet, sich an die Vorgaben des Centers zu halten, und zahlen an das Centermarketing und an die Leitung. Der Erfolg eines Centerleiters wird am Umsatz und an der Frequenzentwicklung gemessen. Die eingemieteten Läden sind vertraglich an die diversen Vorgaben gebunden. Jetzt kommt die Idee mit dem City-Manager für die Stadt. Was für Ziele will die Stadt mit diesem City-Manager erreichen? Eine Gewinnmaximierung? Mehr Umsatz? Eine höhere Frequenz? Wann wird der City-Manager seinen Job richtig erfüllt haben? Was für einen Einfluss kann er auf die einzelnen Läden in der Stadt Luzern überhaupt haben? Wie so oft in der Politik fehlt der Sprechenden da das strategische Vorgehen: ein Problem erkennen, ein Zielbild formulieren, und dann eine Strategie entwickeln, wie man von der Ist-Situation in die Soll-Situation kommt. Im Vorstoss fehlt diese Analyse. Solange nicht klar ist, für welche Zielerreichung der City-Manager, der keinerlei Kompetenzen hat, eingesetzt werden soll, kann die FDP-Fraktion mit dem Vorstoss wenig anfangen. Zudem gibt es mit der City Vereinigung bereits eine private Institution des Detailhandels in der Stadt Luzern. Da soll nicht die Politik den Lead übernehmen, sondern die Wirtschaftsorganisationen müssen aktiv werden, und sie können das auch. Die Stadt hat klare Aufgaben: Sie muss koordinieren und gute Rahmenbedingungen schaffen, eine gute Erreichbarkeit, hohe Sicherheit, einen gepflegten öffentlichen Raum usw. Doch für die Koordinationsaufgaben hat die Stadt bereits Stellen, so z. B. den städtischen Beauftragten für Wirtschaftsfragen. Es braucht nicht noch einmal eine neue Stelle. Oder wo genau hat die Stadt jetzt ein Defizit? Für was genau muss diese Person eingestellt werden? Die Mehrheit der FDP-Fraktion wird das Postulat ablehnen, eine Minderheit stellt sich jedoch nicht gegen die Prüfung dieses Vorschlags.

Albert Schwarzenbach: Der Stadtrat erklärte die Innenstadtentwicklung zu einem wichtigen Thema. Es geht aber darum, dass die Stadt nicht nur Strassen und Plätze aufwertet, sondern es braucht auch gute Inhalte, es soll so sein, dass die Innenstadt leben kann. Dazu könnte ein City-Manager – es könnte auch eine Frau sein – etwas beitragen. Wer den Blick über den Tellerrand wagt, findet einen solchen City-Manager bereits in den meisten deutschen Städten. Was macht er? Er koordiniert, er ergreift die Initiative, er unterstützt die Veranstalter und Geschäftsleute, die Quartierbewohner und die Kulturschaffenden, er sorgt für einen einheitlichen Marketingauftritt der Innenstadt. Die Tätigkeit von City-Managern hat sich so bewährt, dass die meisten Städte diese Funktion geschaffen haben. Auch in der Schweiz: Die Stadt St. Gallen hat ein Programm zur Entwicklung der Innenstadt aufgelegt. Die erste Forderung lautet: Es soll einen City-Manager geben, eine Koordinationsstelle in der Form, wie man sie bis jetzt – so heisst es in diesem Programm – in der

Schweiz noch nicht kenne. Die Aufgabe sieht so aus: Die Bedürfnisse der verschiedenen Akteure in der Innenstadt sollen zusammengeführt werden, um eine lebenswerte Innenstadt zu schaffen, die auch wirtschaftlich prosperiert. Der neue Mann oder die neue Frau soll für alle da sein, soll breit abgestützt sein. Die Stadt Luzern könnte das auch so machen. Der City-Manager bedeutet nicht ein weiteres Büro im Stadthaus. Die Idee sieht ja so aus, dass er nahe bei den Leuten ist. Ein Modell in der Stadt Luzern gibt es bereits, nämlich die Citypastoral in der Peterskapelle. Die Leute, die dort angestellt sind, haben ihre Büros in dieser Kapelle, also nahe bei jenen, die sie erreichen möchten. Der City-Manager könnte dann mit den Kleingewerblern, den Quartierleuten und den Veranstaltern Kaffee trinken, um ihre Anliegen kennenzulernen, weil er nämlich gerade bei ihnen ist und man nicht noch ein Hemmnis hat, indem man in irgendein öffentliches Gebäude muss. Im Sinn eines One-Stop-Shops ermöglicht er den Innenstadtakteuren der verschiedensten Couleurs kurze Wege. Es ist wichtig, dass die Stadt Leute hat, die nicht nur regulieren und kontrollieren, sondern gestalten. Der City-Manager wäre eine solche Person, er ist ein Türöffner, der möglichst viele Interessengruppen aktiv fördert, die eine lebendige Innenstadt wollen. Er stösst Projekte an, er handelt, er ist kein Büromensch, kein Bürogeneral. Der ALI-Fonds soll zum Budget des City-Managers und dadurch näher an die Bedürfnisse der Innenstadt gerückt werden. In den letzten Jahren wurde der ALI-Fonds immer wieder kritisiert. Er unterstützt zwar vieles, aber nachhaltig ist wenig, weil er sich nur der Anschubfinanzierung verschrieben hat. Zudem werden seine Mittel nicht ausgeschöpft. Eine Neupositionierung drängt sich auf. Der City-Manager wäre eine Gelegenheit dazu. Denn allein eine Reglementsänderung bringt nichts entscheidend Neues, das wäre alter Wein in neuen Schläuchen.

Die Antwort des Stadtrates auf den Vorstoss ist sehr allgemein gehalten, die CVP-Fraktion hätte es gern konkreter gehabt. Aber auf der anderen Seite schafft die offene Ausgangslage auch Möglichkeiten, denn das Konzept wird, wenn der Grosse Stadtrat das Postulat überweist, zusammen mit den Direktbetroffenen erarbeitet. Bis jetzt kann nämlich keiner dieser Player alles abdecken, was hier verlangt wird. Die City Vereinigung hat Interesse, aber vor allem das Interesse ihrer Mitglieder. Wenn die bestehenden Akteure einbezogen werden, kann daraus ein Luzerner Modell entstehen, und wenn der Vorschlag einmal auf dem Tisch liegt, kann der Grosse Stadtrat definitiv entscheiden, ob das der richtige Weg ist. Der Grosse Stadtrat vergibt sich folglich wenig, wenn er das Postulat heute überweist, aber er ermöglicht, dass etwas Neues entstehen kann, und zwar zum Wohl der Innenstadt, des Herzens der Stadt Luzern.

Mario Willimann: Viele Städte verfügen über ein City-Management. Die allermeisten Städte allerdings brauchen das nicht, weil das Gewerbe und die Politik zusammenarbeiten. Leider kann man das für unsere Stadt Luzern nicht behaupten. Es ist zu begrüßen, dass man reagieren will, wenn etwas nicht optimal läuft. Aber ob es die richtige Lösung ist, jetzt wieder eine zusätzliche Stelle zu schaffen, um die Wogen zwischen Gewerbe, Gastronomie, dem Tourismus und dem Stadtrat zu glätten, ist fraglich. Für das Gewerbe, die Gastronomie und die Kulturszene ist es sehr schleierhaft, wie es zu den Bestimmungen und Reglementierungen kommt, welche die Damen und Herren von Stadtraum und Veranstaltungen durchsetzen. Vor allem versteht niemand, dass sie um jeden Preis umgesetzt werden müssen und man nicht einmal einen Fünfer gerade sein lassen kann. Die Postulanten stellen sich vor, dass der City-Manager Handel, Verwaltung, Kulturschaffende und Bevöl-

kerung zusammenbringt, dass er die Innenstadt als attraktiven Einkaufs- und Aufenthaltsort positioniert und Standortmarketing betreibt. Wenn die Stadt endlich die richtigen Rahmenbedingungen für unser Gewerbe, für die Gastrobetriebe, für den Tourismus und die Kultur schaffen würde, würde sich die Forderung nach einem City-Manager erübrigen. Dass sich der Stadtrat da wieder mit einer neu geschaffenen Stelle aus der Affäre ziehen soll, um Verpasstes wiedergutzumachen, leuchtet der SVP-Fraktion nicht ein. Es ist nun wirklich an der Zeit, dass vor allem unsere linken und grünen Stadträte nicht ihr Parteiprogramm umsetzen, sondern zu unserer Stadt schauen, zu welcher eben auch das Gewerbe, der Tourismus und alle anderen Beteiligten und nicht nur die Velofahrer gehören. Sehr amüsant findet es die SVP-Fraktion, dass genau die Fraktion, nämlich die CVP-Fraktion, die sich sehr schwer tat mit der Schaffung von Stellenprozenten für das Strategiemangement, jetzt einen solchen Vorstoss einreicht und einen City-Manager fordert. Und wirklich lustig ist, dass die SP/JUSO-Fraktion, die sich sehr kritisch zur Anzahl der Touristen äusserte, jetzt die Stadt noch attraktiver machen will. Für die SVP-Fraktion ist klar, dass sie den Antrag der FDP-Fraktion unterstützt und das Postulat ablehnt.

Gianluca Pardini: Die Attraktivierung der Innenstadt ist ein Dauerthema. Obwohl der Nutzungsdruck in der Innenstadt durch internationale Gäste, aber auch durch Tagestouristen, Gewerbetreibende und auch durch die Bewohner/innen stetig zunimmt, ist gleichzeitig ein Verlust beim Angebotsmix zu verzeichnen, worunter die Aufenthaltsqualität für die städtische Bevölkerung leidet. Zudem haben Gewerbetreibende und Bewohner/innen mit steigenden Immobilienpreisen zu kämpfen. Vor diesem Hintergrund ist es für die SP/JUSO-Fraktion ein zentrales Anliegen, einerseits langfristig für den Tourismus geeignete Lösungen zu finden und andererseits dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung an Lebensqualität gewinnt, indem sie den Stadtraum als Aufenthaltsort zurückerhält und die innerstädtischen Caremissionen reduziert werden. Aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion müssen konkrete Vorschläge zu mehr Lebensqualität für die Bevölkerung führen. Die Fraktion ist mit dem Stadtrat einig, dass die Innenstadt mit ihrem Erscheinungsbild, mit attraktiven öffentlichen Plätzen und adäquater Infrastruktur eine exzellente Aufenthaltsqualität für alle bieten soll. Nur lautet die gängige Definition für ein City-Management in anderen europäischen Städten eben oft, dass es sich mit der gesamten Innenstadt unter ökonomischen Gesichtspunkten beschäftigen muss. In anderen Städten, in welchen eine solche Stelle bereits umgesetzt wurde, ist sie daher häufig bei der Wirtschaftsförderung angesiedelt. Die SP/JUSO-Fraktion hat sich gefragt, ob das City-Management in der Stadt Luzern angesichts der Forderungen, die im Postulat gestellt werden, auch zwingend bei der Wirtschaftsförderung angesiedelt und genau gleich wie in anderen Städten umgesetzt werden müsste. Die Fraktion sieht positive Aspekte darin, wenn die «Koordinationsstelle Innenstadtentwicklung», um sie einmal so zu nennen, die Interessen der Anwohner/innen, des Gewerbes, des Tourismus, der kulturellen Ansprüche und des ehrenamtlichen Engagements zu koordinieren versucht und es schafft, zwischen unumgänglichen Interessenkonflikten im öffentlichen Raum Brücken zu schlagen. Es braucht also nach Ansicht der Fraktion eher ein Flächenmanagement der Innenstadt. Das heisst, die City-Managerin, der City-Manager würde z. B. auch proaktiv Kontakt mit Vermieter/innen und potenziellen Mieter/innen suchen, um die Innenstadt einwohnergerecht zu gestalten. Es geht darum, Handel, Verwaltung, Kulturschaffende und die Bevölkerung zusammenzubringen; es geht darum, die Innenstadt nicht nur als attraktiven Einkaufsort, sondern eben auch als attraktiven Aufenthaltsort zu positionieren. Das Standortmarketing scheint der

SP/JUSO-Fraktion bereits genug ausgereift zu sein. Was fehlt, ist eine Person, welche die zivilen Kräfte bündelt und die Innenstadt näher auf die politischen Ziele ausrichtet. Diesbezüglich stellt die SP/JUSO-Fraktion in der Antwort des Stadtrates eine gewisse Diskrepanz fest: Die Antwort befasst sich zu wenig mit den Themen der Aufenthalts- und Lebensqualität in der Innenstadt. Der Sprechende teilt die Ansicht von Sonja Döbeli Stirnemann, dass es keine weiteren Gefässe braucht, welchen die City Vereinigung ihre Traktanden aufdrücken kann. Ein City-Manager, eine City-Managerin soll auch das Gleichgewicht zwischen Kultur, Konsum und Aufenthalt und einem breiten Angebotsmix in der Innenstadt sicherstellen. Die Innenstadt sollte für mehr Platz bieten als nur für Bijouterie- und Uhrenstrassen. Es sollten auch preisgünstige Gewerberäume und Arbeitsplätze in unmittelbarer Nähe gefunden werden können. Wie das Postulat zudem fordert, sind eine Neuausrichtung und eine andere Mittelverwendung des ALI-Fonds zu prüfen, der mittels Parkplatzgebühren gespiesen und für Projekte für eine attraktive und lebendige Innenstadt eingesetzt wird. Der Perimeter, für welchen der ALI-Fonds überhaupt Beiträge vergeben kann, ist nach Ansicht der Fraktion heute zu eng gefasst; er müsste auf die gesamte Innenstadt mit ihren angrenzenden Quartieren ausgeweitet werden. Die Fraktion sieht den Zweck eines City-Managements nicht nur darin, Wogen zu glätten, sondern der City-Manager, die City-Managerin sollte sich auch dafür einsetzen, dass politische Vorstösse, politische Zielvorgaben oder eben auch Volksabstimmungen – z. B. zur Verkehrsberuhigung, zur Aufwertung des Reussufers, zur autofreien Bahnhofstrasse oder zum car-freeen Inseli – keinem Verzug mehr unterliegen. Der City-Manager, die City-Managerin soll als Verhandlungsperson zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen in Erscheinung treten und zu einer raschen Lösungsfindung beitragen. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt grundsätzlich, dass der Stadtrat die Idee einer solchen Koordinationsstelle weiterverfolgt und deshalb in einem ersten Schritt eine Situationsanalyse und in einem zweiten Schritt eine Auslegeordnung mit den skizzierten Fragestellungen zu Aufgaben, Organisation und Kompetenzen sowie erwarteten Wirkungen dieser Stelle machen will. Vor allem unterstützt die Fraktion, dass der ALI-Fonds miteinbezogen wird, den sie mit einem breit abgestützten Beirat aus Kultur, Gewerbe, Quartiervereinen sowie Privatinitiant/innen nach wie vor als geeignete Finanzierungsquelle für eine solche Stelle betrachtet. Aus allen diesen Gründen stimmt die SP/JUSO-Fraktion dem Postulat zu.

Irina Studhalter ist hin- und hergerissen. Das Postulat tönt interessant. Aber in der Antwort des Stadtrates ist von einem «Einkaufscenter», von einem «Centermanager» und von einem «inszenierten Jahresprogramm» die Rede. Da stehen der Sprechenden die Haare zu Berge. Wird jetzt jemand angestellt, um Werbung für «the Shopping City of Switzerland» zu machen? Die Sprechende sieht eine monatelange Werbeoffensive für das Einkaufserlebnis in der Stadt Luzern vor sich. Das ist für sie persönlich – sie spricht vielleicht nicht für alle in der G/JG-Fraktion – eine schreckliche Vorstellung. Dann liest sie von «Situationsanalyse», «Auslegeordnung» und «Organisationsvarianten prüfen». Das ist genau das, was sie erwartet hätte, wenn es z. B. um Smart City Luzern geht, um hochkomplexe, langfristige und innovative Themen. Aber bei einer City-Managerin? Auf einen ganz konkreten Vorschlag eine so schwammige Antwort? Da soll sie jetzt also Ja oder Nein sagen zu etwas, das entweder wie eine Birne oder wie ein Bund Radieschen herauskommen kann?

Wenn sich die Sprechende vorzustellen beginnt, was eine solche City-Managerin alles machen könnte, kommt schon ein bisschen mehr Begeisterung auf. Die Stadt könnte alle diese kleinen, einzigartigen Läden hervorheben, die sie so besonders machen. Sie könnte unsere Museen anpreisen, vorausgesetzt, es gibt noch gute Museen in der Stadt. Sie könnte auf die Parks, die Spazierorte und Badeorte hinweisen, auf das Reusschwimmen oder die Ufeschötti, wo man Fussball oder Diabolo spielen oder einfach den anderen dabei zuschauen kann. Oder wird sie vielleicht sogar einen Event auf der Ufeschötti organisieren, bei welchem das ganze Quartier zusammenkommt und die Leute sich austauschen? Die Stadt könnte Ausflugsvarianten sammeln, was man an einem Tag in Luzern alles machen kann, z. B. mit kleinen Kindern oder wenn man nicht mehr so schnell zu Fuss unterwegs ist. Die Stadt könnte geheime Perlen sammeln, die auch Stadtluzernerinnen und Stadtluzerner noch nicht kennen. Sie könnte z. B. den Familien aus dem Untergrundquartier schmackhaft machen, dass es beim Gütsch oben einen grossen Tisch gibt, wo man mit wunderbarer Aussicht picknicken kann.

Fazit: Wenn ein Luzerner City-Management nur Werbung macht, hat die Sprechende ein Problem damit, das Postulat zu überweisen. Wenn ein City-Management aber den öffentlichen Raum gestalten und bespielen will, kommerzfreie Angebote schafft und fördert, für den Tourismus und für die Stadtbevölkerung, dann würde sich die Sprechende sehr auf eine solche neue City-Managerin freuen.

Jules Gut: Innenstadt, City-Management, das Kleingewerbe: Wer ist denn das in der Realität? Geht es hier um die Geschäfte? Sie sind sowieso beim kantonalen Gewerbeverband oder bei der IHZ oder vielleicht doch eher bei der City Vereinigung Mitglied. Wenn Stadtrat und Grosse Stadtrat aber die Anliegen eines politisch unabhängigen Kleingewerbes in unserer Stadt ernst nehmen wollen, müssen sie konsequenterweise auch die Einführung eines City-Managements prüfen. Für die GLP-Fraktion liegt die wirkliche Chance eines solchen City-Managements klar darin, dass es eine selbstständige Stimme ist, die auch unabhängig von der City Vereinigung spricht und dezidiert kein verlängerter Arm eines leider oft politischen Lobbyverbandes ist. Aus Sicht der GLP-Fraktion geht es um einen klaren Prüfauftrag zuhanden des Stadtrates. Über die definitive Einführung müsste so oder so der Grosse Stadtrat bestimmen, denn für diese Stelle braucht es Geld. Der Grosse Stadtrat ist also immer noch frei, abschliessend zu entscheiden. Die GLP-Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub hatte eigentlich erwartet, dass sie an der heutigen Sitzung nicht viel zu diesem Postulat sagen müsse, weil alle Pro- und Kontra-Argumente in der Stellungnahme stehen. Sie merkte jetzt aber, dass sie noch ein paar Punkte klarstellen beziehungsweise gewisse Aussagen bestätigen muss.

Es ist genau so, wie es Jules Gut ausführte: Der Grosse Stadtrat sagt heute nicht Ja oder Nein zu einem City-Manager. Der Stadtrat schreibt, dass er die Idee, die aus einer Studie von Fuhrer & Hotz aus dem Jahr 2016 stammt, für prüfenswert hält; ein City-Manager könnte für die Stadt eine Chance sein. Der Stadtrat legt aber auch dar, dass noch nicht klar ist, wie genau das Aufgabenfeld des City-Managers aussähe. Die Stadt Luzern muss auch Vergleiche mit anderen Städten wie z. B. St. Gallen anstellen, aber die Situationen sind nicht identisch. Für das Stadtmarketing nach aussen

gibt es in der Stadt Luzern die Luzern Tourismus AG (LTAG), für den Bereich Innenstadt und öffentliche Räume gibt es auch andere Institutionen, die schon an der Arbeit sind, und andere Verwaltungsstellen. Genau solche Abgrenzungen und die Organisation des City-Managements möchte der Stadtrat in einem Konzept klären. Das Konzept würde auch Vorschläge zur Finanzierung dieser Stelle enthalten. Dann könnte der Grosse Stadtrat entscheiden, ob er ein solches City-Management nun will oder nicht. Es wurde auf den ALI-Fonds als mögliche Finanzierungsquelle hingewiesen. Im aktuell gültigen Reglement des ALI-Fonds ist festgehalten, wofür diese Gelder verwendet werden dürfen. Es geht effektiv vor allem um Projekte und Anschubfinanzierungen, nicht um dauerhafte, wiederkehrende Positionen. Der ALI-Fonds verfügt zurzeit über mehr Geld, als er jedes Jahr für die Projekte, die er prüft, ausgeben kann. Da stellt sich wirklich die Frage, ob man diese Mittel nicht besser, effizienter für die Attraktivierung der Innenstadt einsetzen könnte. Falls es zu einer Reglementsänderung des ALI-Fonds kommt, muss dem Grossen Stadtrat ein B+A vorgelegt werden. Aber bis dahin bräuchte es noch eine gewisse Zeit.

Es geht jetzt wirklich um die Frage, ob der Grosse Stadtrat die Idee als prüfenswert betrachtet oder nicht. Wenn er das Postulat überweist, wird der Stadtrat das Konzept in Auftrag geben. Intern verfügt die Stadt im Moment nicht über die entsprechenden personellen Ressourcen, um das Konzept selber zu erarbeiten. Sonja Döbeli Stirnemann hat bemängelt, dass eine Strategie fehle; so könne der Grosse Stadtrat nicht entscheiden. Der Stadtrat legt offen dar, dass es diese Strategie noch nicht gibt; er möchte zuerst vom Grossen Stadtrat den Auftrag erhalten, ein City-Management überhaupt zu prüfen. Er will nicht wochen- oder sogar monatelang Zeit aufwenden, ohne zu wissen, ob die Mehrheit des Grossen Stadtrates die Idee überhaupt als prüfenswert betrachtet. So, wie der Stadtrat das City-Management versteht, ist es aber nicht das Gleiche wie ein Center-Management. Vielleicht kommt das in der Stellungnahme nicht ganz eindeutig zum Ausdruck, und insofern ist der Einwand von Irina Studhalter berechtigt. Eigentlich wollte der Stadtrat zum Ausdruck bringen, dass eine Innenstadt, eine Altstadt nicht wie ein Center funktioniert. Der Stadtrat meint auf keinen Fall, dass der City-Manager die Altstadt wie ein Center managen würde. Aber diese Vorstellung ist im Vorstoss drin, und darum hat sich der Stadtrat dazu geäussert. Nach Ansicht des Stadtrates sollte es auch nicht eine städtische Stelle sein, eine Person, die von der Stadt angestellt wird, denn der Stadtrat glaubt nicht, dass diese die nötige Akzeptanz hätte. Es ginge eher um ein Modell wie bei der LTAG, um eine Institution, die zwischen den Leuten in den Branchen, zwischen den Wirtschaftstreibenden einerseits und der Stadt andererseits vermittelt. Wie das genau organisiert würde, ist Teil des Konzepts, das der Stadtrat in Auftrag geben will. Aber es geht nicht um eine neue Stelle in der Stadtverwaltung; so weit ist man mit den Überlegungen noch gar nicht, dazu kann man noch gar nichts sagen.

Die Sprechende fasst zusammen: Entweder finden die Mitglieder des Grossen Stadtrates, die Idee habe eine Chance verdient, und überweisen den Vorstoss – dann würde der Stadtrat sie prüfen, auch im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Reglements zum ALI-Fonds; oder sie finden, das sei der falsche Weg, – dann würde man diese Übung heute schon abrechnen.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 217.

**9 Interpellation 255, Peter Gmür namens der CVP-Fraktion
vom 28. November 2018:
Landerwerb Industriestrasse**

Peter Gmür beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Antrag zu.

Peter Gmür hat die Interpellation deshalb eingereicht, weil sehr viel Geld für eine Industriehalle ausgegeben wurde. Umgerechnet sind es rund 8'500 Franken pro Quadratmeter. Laut Baudirektion ist es ein Glücksfall, dass die Stadt dieses Land so günstig kaufen konnte. Bekanntlich wollte die Allreal das Nachbargelände, das etwa die gleichen Parameter aufweist, für 17,5 Mio. Franken kaufen. Aufgrund einer Volksabstimmung kam es dann dazu, dass die Stadt dieses Land für 11 Mio. Franken an Genossenschaften verramschte. Das Geschäft, um das es in der Interpellation geht, ist in der Tat eine tolle Leistung des Verkäufers, ein Glücksfall für ihn. Der Sprechende hat irgendwie das Gefühl, dass sich die Stadt unter Druck setzen liess. Sie musste innerhalb von ein paar Tagen reagieren; nach einem recht hohen Preis – der Sprechende will ihn nicht gerade als Phantasiepreis bezeichnen – war die Stadt damit einverstanden, sich unter Druck setzen zu lassen und ihren Entscheid innerhalb einer Woche zu fassen. Jetzt schreibt der Stadtrat in seiner Antwort, die Stadt habe sich aufgrund einer «detaillierten Marktanalyse» entschieden. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates sollen sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen: Innerhalb einer Woche hat sich die Stadt Luzern entschieden, 25 Mio. Franken auszugeben, weil sie eine detaillierte Marktanalyse gemacht hat. So schnell eine detaillierte Marktanalyse zu machen ist wirklich Weltklasse, gerade auch wenn man sich vorstellt, wie schnell die Baudirektion sonst arbeitet, z. B. beim Pilatusplatz oder Littauerboden: Da gibt es Studien oder hat Studien gegeben und wird noch weitere Studien geben, runde Tische, Echoräume usw. Dort läuft ja grundsätzlich einmal nichts. Des Weiteren würde den Sprechenden interessieren, wie die Stadt auf die Schätzung kam. Bekanntlich hat sie ja die Nachbarschaft nicht gefragt, sie machte also keinen Vergleich. Für die CVP-Fraktion ist demzufolge der Preis nicht ganz nachvollziehbar. Wahrscheinlich ist die Studie, welche die Stadt machen liess, geheim. Und wie alle wissen, hat ja die Baudirektion in Sachen Geheimverträge, Geheimabmachungen eine gewisse Erfahrung. Der Hinweis auf die Schätzung ist also nicht ganz ehrlich. Weiter schreibt der Stadtrat, dass Wohnungen dort eigentlich nicht in Frage kämen, es habe in dieser Gegend genug Wohnungen. Andererseits rechnet er aber mit 9'000 Franken und mehr pro Quadratmeter. Der Sprechende zweifelt, ob jemand bereit ist, dort Büroimmobilien für mehr als 9'000 Franken zu kaufen. Er weiss es nicht, aber anscheinend weiss es die Stadt. Abgesehen davon ist sie gemäss BZO ja gezwungen, einen gewissen Mindestanteil an Wohnungen zu bauen. Nur Büros kann sie dort nicht bauen, ausser sie würde die BZO ändern, das ist natürlich möglich. Weiter ist die Behauptung des Stadtrates, der Kauf durch die Stadt wirke sich nicht preistreibend aus, wahrscheinlich ein Wunschdenken, denn ein neuer Player mit einer vollen Kasse, der bereit ist, jeden Preis zu zahlen, ist immer ein Preistreiber, ob er das will oder nicht. Da muss man einfach ehrlich sein. Wenn jemand ein Grundstück oder ein Gebäude verkaufen will, geht er letztlich zur Stadt und bietet es ihr an. Und die Stadt wird wahrscheinlich bereit sein, es zu kaufen. Letztlich sind die Fakten bei diesem Kauf zumindest für den Sprechenden und vielleicht auch für

die Mehrheit des Grossen Stadtrates nicht ganz nachvollziehbar, und sie sind extrem stossend. Der Kauf ist auch darum nicht so gut, weil der Stadtrat bekanntlich nicht bereit ist, ordentlich Rechenschaft abzulegen. Es geht immerhin um 25 Mio. Franken. Letztlich ist das eingetroffen, was der Sprechende erwartete: Wenn jemand viel Geld zur Verfügung hat, ist die Möglichkeit gross, dass er unprofessionell oder naiv handelt, und das ist für alle Beteiligten, vor allem für die Steuerzahler in dieser Stadt, sehr schlecht.

Simon Roth findet die Antworten des Stadtrates grundsätzlich gut. Er will einen Punkt aus dem Votum von Peter Gmür klarstellen. Dieser fragte, welcher Gewerbetreibende bereit sei, Büroflächen für 9'000 Franken pro Quadratmeter zu kaufen. Es handelt sich dabei um den Bodenpreis, es ist ja nicht davon auszugehen, dass dort später einstöckig gebaut wird; man wird mehrere Etagen bauen, und entsprechend reduziert sich auch der Preis.

Der Sprechende möchte dem Stadtrat an dieser Stelle ein Kränzchen winden: Er findet es hervorragend, dass der Stadtrat diesen Boden gekauft hat. Es ist das erste Mal seit Jahrzehnten, dass die Stadt Luzern eine aktive Bodenpolitik betreibt. Das braucht Mut. Diesen Mut hat der Stadtrat bewiesen, und dafür möchte der Sprechende ihm danken. Das Parlament hat dem Stadtrat, indem es bei der Revision des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells dessen Kompetenz erhöhte, den Auftrag erteilt, eine aktive Bodenpolitik zu betreiben. Diese Reglementsänderung wurde nachher mit einem Referendum bekämpft, es ging beim Referendum genau um die Erhöhung der Kompetenz des Stadtrates. Die Bevölkerung hat diese Kompetenzerhöhung in der Abstimmung sehr klar bestätigt. Das bedeutet, dass der Stadtrat für den Landkauf, den er jetzt getätigt hat, eine grosse demokratische Legitimation besitzt. Mit dem Landkauf wurde ein auch aus städtebaulicher Sicht wichtiges Areal der Bodenspekulation entzogen. Der Sprechende ist überzeugt, dass künftige Generationen dem jetzigen Stadtrat dankbar dafür sein werden. Er möchte an dieser Stelle seiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass es auch andere Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer gibt, die zukünftig auf die Stadt zukommen, um mit ihr zu klären, ob ein Landverkauf an sie getätigt werden kann.

Fabian Reinhard: Als man die Kompetenz des Stadtrates für Landkäufe auf 30 Mio. Franken erhöhte, versprach der Stadtrat, dass er mit dieser erhöhten Kompetenz sehr sorgfältig und zurückhaltend umgehen würde. Stadtpräsident Beat Züsli versicherte, der Stadtrat werde verantwortungsvoll mit dieser Kompetenz umgehen, man werde von ihr nur Gebrauch machen, wenn es um öffentliche Bedürfnisse gehe. Baudirektorin Manuela Jost brachte das Beispiel der Schulhäuser und versicherte, der Stadtrat werde ganz sicher nicht einfach so Land kaufen, ohne konkrete strategische Absichten. Das kann man in der Luzerner Zeitung nachlesen. Jetzt kauft genau der gleiche Stadtrat, welcher diese Versprechen machte, Land für mehr als 25 Mio. Franken, ohne strategische Absicht – er weiss ja offenbar nicht, was er auf diesem Land realisieren will. Und er kauft dieses Land zu einem sehr hohen Preis. Der Sprechende kann den Preis nicht direkt beurteilen, dazu müsste er die Analyse, die ja gemacht wurde, genauer anschauen. Die FDP-Fraktion würde diese Analyse gern sehen; es wäre angebracht, dass der Stadtrat sie öffentlich macht. Der Grosse Stadtrat sollte sich wieder einmal über das Öffentlichkeitsprinzip unterhalten. Wenn der Stadtrat so viel Geld ausgibt – es geht um 25 Mio. Franken –, ist er äusserst genaue Rechenschaft schuldig, was

er mit so viel Geld macht. Es ist schon eigenartig, dass der Stadtrat die marktwirtschaftlichen Mechanismen gar nicht begreift. Denn wie soll das funktionieren, was der Stadtrat über die Marktpreisdämpfung schreibt? Der Preis am Markt wird ja ganz sicher nicht sinken, wenn man eine knappe Ressource noch weiter verknappt. Boden oder Land sind eine relativ beschränkte Ressource, und wenn die Stadt Boden kauft – ökonomisch gesehen kommt es nicht einmal darauf an, zu welchem Preis –, steht nachher nochmals weniger von dieser Ressource zur Verfügung. Das führt dazu, dass der Preis in der Tendenz eher steigen und sicher nicht sinken wird. Also der ökonomische Sachverstand sowohl des Vorredners des Sprechenden wie auch des Stadtrates ist da offenbar sehr beschränkt.

Zur Verhandlungsführung der Stadt: Der Vorredner sagte, der Stadtrat sei mutig gewesen. Der Sprechende findet die Verhandlungsführung eher schwierig. In der Antwort auf die Interpellation schreibt der Stadtrat, dass der Stadt ein offenbar nicht verhandelbares, zeitlich beschränktes Angebot gemacht worden sei. Das ist jeweils genau der Moment, dass der Sprechende vom Verhandlungstisch aufsteht und weggeht, denn mit dem Messer am Hals verhandelt man einfach sehr schlecht.

Der Stadtrat beschreibt auch, wie die Landpreisschätzung zustande gekommen sei. Er geht von der profitabelsten Realisierungsform aus, vom Stockwerkeigentum. Aber genau diese profitabelste Realisierungsform wird wahrscheinlich auf diesem Grundstück nie realisiert werden; es wird wahrscheinlich irgendwann in diesem Parlament eine Mehrheit geben, die den Stadtrat in Richtung gemeinnützigen Wohnraum schubst, und dann wird dort solcher Wohnraum realisiert. Wenn es in diese Richtung geht, wird das Grundstück sehr viel an Wert verlieren. Das ist auch im zweitletzten Satz der Antwort zu lesen, wo der Stadtrat schreibt, dass man wie bei jedem Grundstückskauf je nach künftiger Nutzung allenfalls eine Wertberichtigung vornehmen müsse. Das ist aber keine Wertberichtigung, sondern das ist vorsätzliche Wertvernichtung. Bei einer Wertberichtigung führen unvorhergesehene Faktoren dazu, dass man den Wert berichtigen muss, es sind die Umstände, die sich geändert haben. Im konkreten Fall, um den es hier geht, sieht man es jedoch schon kommen, und wenn man es schon kommen sieht, ist es keine Wertberichtigung, sondern eine Wertvernichtung. Es ist der gleiche Stadtrat, der nachher jammert, dass er die notwendigen Investitionen nicht mehr stemmen kann, aber hier 25 Mio. Franken zu viel hat.

Mirjam Landwehr: Die G/JG-Fraktion möchte als Allererstes dem Stadtrat zum Kauf des Grundstücks an der Industriestrasse gratulieren. Seit dem Januar 2018 hat der Stadtrat die Kompetenz, Grundstücke im Wert von bis zu 30 Mio. Franken zu kaufen. Das Grundstück, um das es hier geht, ist für die Stadtentwicklung ausserordentlich wichtig. Die Stadt erhält damit die Möglichkeit, das Gebiet um die Industriestrasse, das sich mit zwei grossen Entwicklungsarealen im Wandel befindet, aktiv mitzugestalten. So können auf diesem Areal zu gegebener Zeit Angebote entstehen, die für die Durchmischung und die gute Versorgung des Quartiers wichtig sind. Es geht da – die Sprechende nimmt dabei Bezug auf das, was ihr Vorredner sagte – nicht einfach um eine Kostenrechnung auf dem Stand von heute, sondern um Zukunftsvisionen. Der Kauf entspricht also voll und ganz dem politischen Leistungsauftrag fürs Finanzliegenschaftsmanagement, wie er im Aufgaben- und Finanzplan 2019–2022 formuliert ist. In der Antwort auf die Interpellation erläutert der Stadtrat, wie das Angebot durch den Grundeigentümer im August 2018 an die Stadt herangetragen wurde und wie die nachfolgenden Verhandlungen aussahen. Dass der Stadtrat eine Schätzung im

Sinn einer zweiten Meinung machen liess und dann basierend auf dieser Schätzung den Preis verhandelte, erachtet die G/JG-Fraktion als korrektes Vorgehen. Wie der Stadtrat erläutert, standen für diese Schätzung auch ausführliche Dokumentationen zum Ist-Zustand und zur späteren Machbarkeit zur Verfügung. Ob die Schätzung des Landwertpotenzials für diese Liegenschaft in Bezug auf die Methode optimal war, vermag die G/JG-Fraktion nicht zu beurteilen. Die Fraktion vertraut daher dem Stadtrat, dass die Schätzung sorgfältig erfolgte und dabei eine Methode angewandt wurde, die ergebnissicher und robust ist. Den Entschluss zum Kauf der Liegenschaft zum revidierten Preis, der ja innert sehr kurzer Frist notwendig war, findet die G/JG-Fraktion wie gesagt korrekt und lobenswert. Die Fraktion unterstützt den Stadtrat in seinem Vorgehen.

Jules Gut nimmt aus einem Teil der vorangegangenen Voten zur Kenntnis, dass man offenbar in der Vergangenheit als bürgerliche Vertreter unserer Wirtschaft sehr gut verdiente, wenn man das Land unter sich aufteilte, und dass das jetzt offenbar nicht mehr so einfach ist. Der Sprechende hat die Voten so verstanden, dass FDP- und CVP-Stadträte zurücktreten sollten, denn sie sind ja unfähig, der ganze Stadtrat ist ja unfähig. Das haben die Mitglieder des Grossen Stadtrates schon mehrmals, bei verschiedenen Geschäften gehört: Alles, was der Stadtrat macht, ist ja sowieso völlig falsch. Die GLP-Fraktion sieht es so, dass der Stadtrat einfach das macht, was den Zielen entspricht, die der Grosse Stadtrat definiert hat. Der Grosse Stadtrat hat definiert, dass man den genossenschaftlichen Wohnungsbau stärken soll; er hat definiert, was für die Stadt wichtig ist. Das steht in den entsprechenden Papieren, welche eine Mehrheit des Grossen Stadtrates verabschiedet hat. Der Stadtrat setzt das um, und die GLP-Fraktion begrüsst das sehr. Es ist ein Auftrag dieses Parlaments. Das Votum der Familie Gmür nimmt die GLP-Fraktion so zur Kenntnis; leider hat das Pult des Sprechenden ein fixes Niveau, er kann es nicht tiefer stellen, darum ist das so in Ordnung.

Baudirektorin Manuela Jost will sich nicht weiter auf die willkürlichen Interpretationen zum Handeln des Stadtrates einlassen. Der Stadtrat geht sehr verantwortungsvoll mit seiner Kompetenz um; das war auch beim Geschäft der Fall, zu welchem diese Interpellation eingereicht wurde. Der Stadtrat wurde vom Verkäufer angegangen, es lag ein Angebot auf dem Tisch. Der Stadtrat hat es seriös geprüft, es gab eine Landwertschätzung, in welcher verschiedenste Varianten berechnet wurden. Das war eine wichtige Grundlage für den Stadtrat, um nachher in Verhandlungen treten zu können. Richtig ist die Feststellung, dass die Zeit kurz bemessen war, der Stadtrat musste relativ schnell handeln. Er sah das Angebot als eine gute Gelegenheit, etwas zur zukünftigen Stadtentwicklung beizutragen. Die Objektstrategie steht noch aus, es gibt verschiedene denkbare Varianten. In die Analysen wird das ganze Quartier einbezogen werden. Die Varianten können theoretisch auch eine Anpassung der Zonierung umfassen. Wie Fabian Reinhard bestimmt weiss, geht eine Wertberichtigung nicht immer nur nach unten, sondern kann durchaus auch, je nach Nutzungsart und Ertragswert, nach oben gehen. Die Sprechende kann verstehen, dass eventuell andere Liegenschaftsbesitzer in der Nachbarschaft auch Interesse an einem Kauf hatten und jetzt enttäuscht sind, dass nicht sie, sondern die Stadt den Kauf tätigen konnte. Auf diesem Grundstück lässt sich vieles realisieren; die Stadt wird eine seriöse Prüfung vornehmen. Gemeinnütziger Wohnungsbau steht an diesem Ort nicht im Vordergrund, weil dort schon sehr viel gemeinnütziger

Wohnungsbau entsteht. Der Stadtrat wird wie gesagt in nächster Zeit eine Quartieranalyse machen, was dort sinnvoll ist, was es braucht, und die Realisierung entsprechend angehen.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub will noch etwas klarstellen, damit es nicht unwidersprochen stehen bleibt. Der Kauf, um welchen es in dieser Interpellation geht, ist ein Kauf ins Finanzvermögen der Stadt Luzern. Kreditrechtlich ist es keine Ausgabe, welche dem Finanzreferendum unterliegt, sondern eine Anlage. Wenn die Stadt Aktien oder ein Grundstück als Anlagewert kauft, läuft das nicht über die Investitionsrechnung im Budget. Von links bis rechts wurde jetzt gesagt, die Kompetenz des Stadtrates bei Grundstückskäufen sei erhöht worden; das habe die Stimmbevölkerung bei der Abstimmung zur Revision der finanzrechtlichen Grundlagen der Stadt so bestätigt. Das mag, wenn man die Zwischenschritte ausblendet, im Vergleich zu früher so erscheinen. Das übergeordnete kantonale Gesetz, das Finanzhaushaltsgesetz für die Gemeinden (FHGG), das seit Beginn dieses Jahres gilt, sieht jedoch eine unlimitierte Kompetenz der Exekutive für Immobilienkäufe ins Finanzvermögen, sprich für Anlagen vor. Gemäss übergeordnetem Gesetz hätte der Stadtrat also unlimitiert die Möglichkeit, Immobilien zu kaufen. Die Limite, welche die Stadt in ihre GO aufgenommen hat, ist eine freiwillige, gemeindegewählte Beschränkung. Das wollte die Sprechende zuhanden des Protokolls klarstellen.

Die Interpellation 255 ist somit erledigt.

Die verbleibenden Traktanden 10 bis 13 werden auf die nächste Sitzung verschoben.

Ratspräsident Daniel Furrer dankt allen Besucherinnen und Besuchern, welche bis jetzt ausharrten, und den Ratsmitgliedern, dass sie bereit waren, an diesem Experiment mitzumachen. Jetzt wissen die Mitglieder des Grossen Stadtrates, wie sich die Zürcher Parlamentarier fühlen müssen, welche immer Abendsitzungen haben, und dann nicht nur bis 22 Uhr, sondern manchmal auch länger.

Der Sprechende hat die Information erhalten, dass insgesamt 85 Besucherinnen und Besucher kamen. Zu Beginn der Sitzung mussten auch ein paar Leute warten, denn es dürfen sich aus Sicherheitstechnischen Gründen nur 100 Leute auf diesem Stockwerk befinden. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates und des Stadtrates machen schon über 50 Personen aus, deshalb konnten sich nur je etwa 45 Besuchende gleichzeitig hier aufhalten.

Marco Müller ist es ein Anliegen, Ratspräsident Daniel Furrer zu danken, dass er diese Abendsitzung initiierte. Der Sprechende fand das eine geniale Idee, und er denkt, dass sie einen Applaus für den Ratspräsidenten wert ist.

Die Anwesenden leisten der Aufforderung zum Applaus gern Folge.

Ratspräsident Daniel Furrer teilt mit, dass die nächste Ratssitzung am 28. März ganztägig sein wird.

Schluss der Sitzung: 22.05 Uhr

Luzern, 10. Juni 2019

Der Protokollführer:

F. Lienhard

Franz Lienhard

Eingesehen von:

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'A' followed by a horizontal line extending to the right.

Dr. Urs Achermann, Stadtschreiber